



Vierteljährlicher Abonnementshy. in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnement 60 Pf., außerhalb pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Infektionsgebühr für den Raum einer kleinen Zelle 30 Pf., für Inserate aus Schlesien u. Polen 20 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postkassen Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 61. Morgen-Ausgabe.

Neunundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewoldt Zeitungs-Verlag.

Mittwoch, den 25. Januar 1888.

## Abonnements-Einladung.

Die unterzeichnete Expedition lädt zum Abonnement für die Monate Februar und März ergebnis ein.

Der Abonnementspreis für diesen Zeitraum beträgt in Breslau 4 M., bei Zustellung ins Haus 4 M. 75 Pf., auswärts incl. des Porto zu schlagen 5 M., und nehmen alle Postanstalten Bestellungen hierauf entgegen.

In den k. k. österreichischen Staaten, sowie in Russland, Polen und Italien nehmen die betreffenden Postanstalten Bestellungen auf die „Breslauer Zeitung“ entgegen.

## Expedition der Breslauer Zeitung.

## Die Untersuchungshaft.

Wie die Entschädigung für unschuldig erlittene Strafhaft unzweifelhaft in kurzer Frist in die Gesetzgebung übergehen wird, wenigstens auch augenblicklich die Reichsregierung gegen die einheitliche Ordnung in dieser Angelegenheit für das gesamte Reich noch sträubt, so ist einsweislich keinerlei Aussicht vorhanden, daß auch, wie die Folgerichtigkeit erfordert, für unschuldig erlittene Untersuchungshaft eine Entschädigungspflicht gesetzlich ausgesprochen werde. Die Antragsteller im Reichstage selbst haben bereits, damit wenigstens etwas zu Stande komme, seit Jahren von der Untersuchungshaft ganz abgesehen und ihre Befreiungen lediglich auf die Entschädigungspflicht für Strafhaft beschränkt. Aber je weniger Aussicht die Haftspflicht für universale und ungerechte Untersuchungshaft hat, um so dringender ist das Bedürfnis, die Untersuchungshaft so zu regeln, daß sie ebenso selten grundlos verhängt werde wie heute in den anderen Ländern germanischen Rechts, vorzugsweise in dem englischen Inselreich.

Nach den heutigen Bestimmungen der Strafprozeßordnung darf die Untersuchungshaft gegen einen Angeklagten nur stattfinden, wenn gegen ihn „dringende Verdachtsgründe“ vorhanden sind, und zugleich die Einzelne ein Verbrechen zum Gegenstande hat, oder der Angeklagte keinen bestimmten Aufenthaltsort hat, oder nicht im Stande ist, sich über seine Person auszuweisen, oder wenn er Ausländer ist und begründete Zweifel bestehen, ob er sich zur Vernehmung und Strafvollziehung stellen werde, oder wenn Collusionsbedenken vorliegen und acentündig gemacht werden, oder endlich wenn der Angeklagte der Flucht verdächtig ist. Wenn man in Betracht zieht, daß neben den dringenden Verdachtsgründen einer dieser besondern Gründe für die Untersuchungshaft vorhanden sein muß, um dieselbe zu rechtfertigen, so sollte man meinen, dieselbe könne nur in seltenen Fällen verhängt werden. Indessen Glaser, der berühmte Rechtslehrer und frühere österreichische Justizminister und Generalstaatsanwalt, hat sich getäuscht, wenn er die Hoffnung aussprach, daß „aus den anstossenden Gemüthern Echt und Lust in die heimliche schriftliche Voruntersuchung dringen werde“. Tatsächlich ist die Voruntersuchung auch nach dem neuen Prozeßrechte eine wesentlich inquisitorische, und in Folge dessen nimmt die Untersuchungshaft einen Umfang an, wie er bei richtiger Durchführung des Auflageprinzips kaum denkbar wäre. Noch immer wird der Angeklagte in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle von vornherein als Schuldiger vermutet. In Folge dessen ist der Staatsanwalt und Untersuchungsrichter, sowie die Vorkammer, welche über die Einleitung des Hauptverfahrens beschließt, nur zu leicht geneigt, die Belastungsmomente in den Vordergrund zu rücken und zu übersehen, was zu Gunsten des Angeklagten spricht. So, nicht selten wird die Untersuchungshaft geradezu zur modernen Folter. Sie dient dazu, den Angeklagten, der nicht geständig ist, nach und nach mürbe zu machen. In den weitauß meistens Prozessen sind sich die Beamten nicht einmal bewußt, daß diese Praxis gegen die Grundlagen des ganzen modernen Prozesses verstößt.

Zunächst erfahren die Worte „dringende Verdachtsgründe“ die weiteste Auslegung. Schon die Haltung des Angeklagten genügt sehr oft, ihn ohne Weiteres in Haft zu bringen. Mit Recht sagt ein erfahrener Praktiker, wie der leider gleich Glaser bereits verstorben — sächsische Generalstaatsanwalt von Schwarze: „Die Unruhe und Unsicherheit des Angeklagten sind oft nicht Kennzeichen des Schuldbeweissteins, sondern gerade Symptome jener Aengstlichkeit und Furcht, die bei dem Bewußtsein der Nichtigkeit aus der Sorge entstehen können, trotz der Unschuld verurtheilt zu werden.“ Aber welcher Jurist hätte nicht erfahren, daß die Unsicherheit des Aufstrebens in Hunderten von Fällen genügt, um die Verdachtsgründe, welche sonst ganz hinfällig wären, als „dringend“ erscheinen zu lassen? Je raffinierter ein Angeklagter zu Werke geht, je meisterhafter er sich auf das Kombiantenthum versteht, um so weniger sieht er sich dem „dringenden Verdachte“ ausgesetzt.

Ganz ähnlich verfährt die Praxis mit der Auslegung des Begriffes „Fluchtverdacht“. Schon Holzendorff hat darauf aufmerksam gemacht, daß die Verhaftung wegen Fluchtverdachts den heutigen Verhältnissen überhaupt kaum noch entspreche. „Welchen Sinn hätte es, Angeklagte vor ihrer Verurtheilung zu verhaften, weil sie, wie vor hundert Jahren, verdächtig sind, fliehen zu wollen?“ Der bekannte Rechtslehrer sagt, man solle an Stelle des alten Begriffs der Fluchtverdächtigkeit den auf moderner Erfahrung beruhenden Begriff der Fluchtfaßlichkeit und des Fluchtersfolges setzen. So lange man annimmt, daß der Angeklagte noch freigesprochen werden kann, so lange erscheint es nur in Ausnahmefällen zulässig, ihm die persönliche Freiheit zu entziehen und die freie Bewegung zu untersagen. Tatsächlich aber wird in neunzig unter hundert Fällen die Absicht des Angeklagten, zu fliehen, auch wenn er dieselbe gar nicht hegt und gar nicht ausspielen kann, einschließlich und daraus hin die Untersuchungshaft verfügt.

Von der Collusionshälfte denkt die Jurisprudenz schon seit geraumer Zeit nicht sehr freundlich. Der Göttinger Strafrechtslehrer von Bar sagt nicht ohne Grund: „Die sogenannte Collusionshälfte, die ohnehin ein recht bedenkliches, angreifbares Ding ist, könnte mehr und mehr aus der Praxis verdrängt werden“. Statt dessen kommt sie immer mehr und mehr in Uebung. Handelt es sich wirklich um Schuldige, welche den Versuch machen, den Thatbestand zu verdunkeln, so werden solche Versuche regelmäßig der Criminalpolizei, dem Ankläger und dem Untersuchungsrichter als Handhaben zur Überführung des Verbrechers dienen. „Die listigen Veranstaltungen der Schuldigen“, sagt Gneist, „sind nicht gewachsen der Gesamtmacht der Polizei und der Auf-

merksamkeit des Publikums, welche in den kritischen Tagen der öffentlichen Verhandlung von allen Seiten gespannt auf die Schuldmomente gerichtet ist.“ Eine Folge dieser Erfahrung ist die Maxime aller englischen und amerikanischen Anwälte, ihre Klienten vor Allem vor Collusionsversuchen abzuraten, weil sie nur zum Verderben des Angeklagten ausschlagen; während man nun aber dem wirklich Schuldigen durch Verhinderung von Collusionen einen Dienst erweist, werden andererseits Unschuldige häufig in Lagen gebracht, in welchen sie glauben, unrechtmäßigen Einwirkungen und Collusionen ihrer Gegner in irgend einer Weise, sei es auch nur durch Erwähnung der Zeugen zur Wahrheit, entgegentreten zu müssen. Sie werden also dann wegen scheinbaren Collusionsversuchen in Haft genommen, in ihrer Vertheidigung beeinträchtigt und dem feindlichen Complot gegenüber mehr oder weniger wehrlos gemacht.

Nun aber ist die Untersuchungshaft für viele Angeklagte von nicht minderem Nachteil als die Strafhaft. Die finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Wirkungen der Verhaftung bedürfen keines besonderen Beweises. Ob ein Mann neun Monate in Untersuchungshaft sitzt und dann freigesprochen wird, oder ob er ohne vorgängige Untersuchungshaft sechs Monate Gefängnis erhält, ist, abgesehen von dem Stigma der Schuld, für ihn ziemlich einerlei. In den meisten Fällen verliert der Angeklagte durch die Untersuchungshaft nicht nur verschiedene Mittel zum Beweise seiner Unschuld, sondern auch seine sociale und geschäftliche Position. Häufig genug legt die Untersuchungshaft den Keim des Siechthums in die Brust des Unschuldigen, zumal die Behandlung und Verpflegung in der Untersuchungshaft seltenwegs von der gebührenden Voraussetzung ausgeht, daß man es nicht mit einem Verbrecher zu thun hat, sondern mit einem Manne, der bisher keinerlei Schuld überführt ist.

Will man die Entschädigungspflicht für unschuldig erlittene Untersuchungshaft einzuweihen nicht anerkennen, so wird man unzweifelhaft Maßregeln treffen müssen, der unbegründeten Verhängung von Untersuchungshaft besser als bisher vorzubeugen. Die englischen Zustände, welche kürzlich die offizielle Presse hinsichtlich des Versammlungsrechtes, wie es jetzt in London gesetz ist, als musterhaft bezeichnet hat, verdienen gerade im Punkte der Untersuchungshaft allgemeine Nachahmung. Die englischen Rechtsnormen sind in die Forderungen zusammenzufassen: „Untersuchungshaft ist nur zulässig bei Verbrechen, im Falle der Erregung auf frischer That oder falls ein Fluchtverdacht durch acentündig zu machende Thatsachen begründet wird und genügend Sicherheit seitens des Angeklagten nicht geleistet werden kann“. Alles Andere ist vom Uebel. Wenn die Untersuchungshaft in dieser Weise beschränkt wird, wenn dazu die Deffenlichkeit der Voruntersuchung eingeführt und die Einführung des Hauptverfahrens von contradictionen öffentlichen Verhandlungen vor der Anklagekammer mit obligatorischer Vertheidigung abhängig gemacht wird, dann, aber auch nur dann wird das Verlangen nach gesetzlicher Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft und ebenso in weitem Umfang der heute durchaus volksfürthliche Ruf nach Wiedereinführung der Berufung verschwinden.

## Deutschland.

○ Berlin, 23. Januar. [Die Seehandlung.] Das Herrn von Scholz nahestehende Presbogen scheint die heutige Verhandlung des Abgeordnetenhauses über die Seehandlung zu einem Erfolg für den Herren Finanzminister aufzubauen zu wollen. Indessen allzuviel solche Erfolge könnte selbst Herr von Scholz nicht ertragen. Wenn man das Ergebnis der Debatte nächstern betrachtet, nach Abzug des rhetorischen Wortschalls und der ungemein geistreichen Bemerkung des ewig verkannten Herrn von Minnigerode, daß die Seehandlung zur Kriegsbereitschaft gehöre, wie der Juliusthurm, so verbleiben

eine Mutter ihres Schmerzenskindes. Indessen hat er außer Herrn v. Minnigerode und Genossen kaumemand zu überzeugen vermögt, daß die deutsche Nation ohne Seehandlung nicht so gut und — besser bestellt wäre, wie mit derselben. Außer Preußen gibt es auch noch Staaten, aber keiner verfügt über eine Seehandlung. Dafür freilich ist auch keine andere Nation dergesten mit russischen „Werthen“ gesegnet, wie die deutsche. Die unglücklichen Besitzer sind vielleicht competentere Beurtheiler der Nothwendigkeit und Unentbehrlichkeit dieses Instituts, als die Herren am Ministerische.

[Die Zahl der preußischen Offiziere.] Die „Mil.-Btg.“ hat aus der neuen Rangliste die Zahl der preußischen Offiziere genau festgestellt. Die „Bos. Btg.“ gibt die Hauptzahlen wieder (der Bestand nach der vorjährigen Rangliste ist in Klammern zugefügt). Es sind in der aktiven Armee vorhanden: 2 (2) General-Feldmarschälle, 58 (59) Generale der Infanterie und Kavallerie, 87 (76) Generalleutnants und 118 (117) Generalmajors, zusammen also 265 (254) Generale; ferner 280 (277) Obersten, 315 (262) Oberstleutnants und 1174 (1143) Majors, zusammen also 1769 (1682) Stabsoffiziere; die Zahl der Hauptleute bzw. Rittmeister beträgt 3183 (3041), die der Premierleutnants 2873 (2727), und die der Secondelieutnants 5726 (6045). Insgesamt sind also 13 816 (13 749) aktive Offiziere vorhanden. An Reserveoffizieren wurden gezählt: 1 (1) Major, 91 (74) Hauptleute bzw. Rittmeister, 521 (431) Premierleutnants und 6127 (6161) Secondelieutnants, insgesamt also 6740 (6667) Offiziere, von denen 2961 (2964) auf die Infanterie, 1437 (1438) auf die Kavallerie, 633 (598) auf die Feldartillerie, 114 (116) auf die Fügkavallerie, 106 (116) auf die Pioniere, 97 (86) auf das Eisenbahnenregiment und 392 (361) auf den Train entfallen. Die Zunahme entfällt also ausschließlich auf die Feldartillerie, das Eisenbahnenregiment und den Train. Die Zahl der Landwehroffiziere ist erheblich zurückgegangen. Es sind vorhanden 372 Garde-Landwehroffiziere und 498 (5151) Offiziere der Provinzial-Landwehr, unter letzteren 19 (19) Majors, 585 (510) Hauptleute bzw. Rittmeister, 1385 (1288) Premierleutnants und 2994 (3334) Secondelieutnants; ferner werden bei der Landwehr noch 246 (225) inactive Offiziere als Bezirkskommandeure, Bezirksoffiziere z. geführt. Der Bestand der Armee an aktiven Reserve- und Landwehroffizieren bestätigt sich nach Allem auf 26 157, d. i. 30 weniger als im vorigen Jahr. Durch diese genaue Auszählung wird die Angabe des „Mil.-Wochenbl.“, nach welcher ein Minus von 163 Offizieren vorhanden sein sollte, berichtig. Wie bedürftig jüngeren Nachwuchses die Armee ist, ergibt sich daraus, daß im vorigen Jahre insgesamt 15 540 Secondelieutnants vorhanden waren, während jetzt trotz der starken Vermehrung der Cadres nur 14 847 gezählt werden; die Abnahme beträgt also nahezu 700.

[Trichinosis.] In Obercunewalde wütet, der „Allg. Fleischer-Btg.“ folge, die Trichinose. Die genannte Zeitung berichtet: „Der Schänkwirth Angermann in Obercunewalde, der nebst seiner Frau selbst an der Trichinosis erkrankt liegt, batte zu Weihnachten fünf Schweine geschlachtet, aber nur drei auf Trichinen untersuchen lassen. Er hat seine Kunden zum Weihnachtsfest zahlreich mit Räucherwürstchen beschenkt, welche von den nicht untersuchten Schweinen herzurühren scheinen, so daß schon hierdurch die Trichinosis weite Verbreitung gefunden hat. Außerdem hatte die dortige Feuerwehr am letzten Weihnachtsfeiertage in der Schänke ein Fest gefeiert, bei welchem zahlreiche Würstchen verzebt worden sind und nun liegen fast sämtliche Mitglieder der Feuerwehr krank darunter. Wie uns heute ein Gemeinderatsmitglied aus Obercunewalde schreibt, sind der Gemeindevorstand, Gemeindeälteste und mehrere andere Gemeinderatsmitglieder erkrankt, bei den Schwägern deselben Herrn liegen neun Personen erkrankt darunter. Im Ganzen beträgt die Zahl der an der Trichinosis Erkrankten bereits über 120, täglich aber kommen neue Erkrankungen dazu, sechs Personen sind bis Sonnabend bereits gestorben, zahlreiche Andere ringen unter den größten und peinigendsten Schmerzen mit dem Tode. In dem sonst so arbeitsamen Dorfchen hört man jetzt nur selten noch das Klappern des Webstuhls, denn meist sind es arme Weberfamilien, die die schreckliche Epidemie betroffen hat, wenig Häuser nur sind verhont geblieben, und die Familien, die gesund blieben, müssen sich der Pflege ihrer Verwandten und Freunde widmen. Die Not wird täglich größer — seit Weihnachten haben die Familien, in denen Erkrankungen aufgetreten, nichts mehr verdienen können, die kleinen Ersparnisse der armen Weber aber sind bereits für Arzt und Apotheker drausgegangen. Es herrscht eine furchtbare Not, deren Ende noch gar nicht abzusehen ist. Die öffentliche Milbthätigkeit muß hier schnell und wirksam eingreifen.“

Aus Baußen, 18. Januar, wird geschrieben: In Obercunewalde in der sächsischen Oberlausitz sind neuerdings 30 Personen an der Trichinosis erkrankt. Auch hier handelt es sich ebenso wie im Vogtland um den Gemüß geräucherter Bratwurst, bei deren nachträglicher Unterforschung man eine große Menge von Trichinen aufgefunden hat. Der Urheber des Unglücks, der Schänkwirth Angermann, welcher nebst seiner Frau ebenfalls schwer erkrankt ist, erklärt, daß sämtliche Schweine, die bei ihm geschlachtet wurden, untersucht worden seien, während von anderer Seite behauptet wird, daß von 5 Schweinen, die er zur Weihnachtszeit geschlachtet hat, nur 3 einer Untersuchung unterworfen wurden. Erkrankt sind u. A. fast sämtliche Mitglieder der Obercunewalder Feuerwehr, welche während der Weihnachtsfeiertage in jener Restauration ein Kränzchen veranstaltet hatten. Ein junger 25jähriger Mann ist bereits gestorben. Hoffentlich sieht sich nunmehr der Landtag veranlaßt, der Regierung die Dringlichkeit der Einführung der obligatorischen Trichinen-Schau nahe zu legen.

B. Aus der sächsischen Oberlausitz, 23. Jan. [Die Folgen der Wahl in Bischofswerda.] Der Sieg des freisinnigen Kandidaten für den sächsischen Landtag im 7. ländlichen Wahlkreise, Dr. Minckwitz, mit 1263 Stimmen gegen die beiden conservativen Kandidaten mit 1097 und 336 Stimmen hat im conservativen Lager sehr verstimmt. Jetzt erläßt der Vorsitzende des conservativen Wahlvereins, Landesältester von Zschwitz, eine öffentliche Erklärung, welche die gegen den conservativen Vereinsvorstand erhobenen Vorwürfe energisch zurückweist und außer dem angeblichen Localpatriotismus eines Theils der früher conservativen Wähler in Großfröhnsdorf und Umgegend den unverantwortlichen Eigentümern einer Anzahl conservativer Landwirthe in der Umgegend von Bischofswerda, welche trotz eindringlicher Bitten des Vereinsvorstands die Separat-Kandidatur Hähnel's aufstellten und festhielten und durch die Zersplitterung der conservativen Stimmen den Sieg des Fortschritters herbeiführten, für den Misserfolg verantwortlich macht. Die Erklärung schließt mit dem Satze: „Wenn ein großer Theil der Partei es nicht über sich gewinnt, sich da zu führen, wo es nötig ist; wenn es keine Parteidiscipline gibt, wenn jeder auf eigene Faust Politik treiben will, da ist es unmöglich, eine Wahl mit Erfolg zu leiten.“

C. Aus dem Reichslande, 22. Januar. [Landesverräther.] Die in den letzten Tagen erfolgte Verhaftung der mutmaßlichen Landesverräther Diez, Streißguth und Wagner hat im Reichslande nur geringe Überraschung hervorgerufen. Nachdem der Prozeß Cabannes das verderbliche System der französischen Regierung entdeckt hat, im subalternen Beamtenlauf des Reichslandes stehende Personen zu Spionagediensten zu benutzen, mußte es ja abezu gewiß erscheinen, daß Cabannes nicht das einzige Exemplar eines Landesverräther-Beamten sei, daß diesem ersten vielmehr über kurz oder lang weitere

Schuldige hinter die Kerkermauern folgen würden. Auch heute kann als sicher gelten, daß dem Landesvertrath in Elsaß-Lothringen noch nicht alle Wurzeln abgegraben sind, denn es weisen nicht nur die mehrfachen Haussuchungen, welche in vergangener Woche ohne gravirendes Resultat in Straßburg, Niedelsy &c. vorgenommen wurden, darauf hin, sondern auch die logischen Folgerungen aus dem bisher Bekannten. Wenn, wie im Falle Cabannes, der famose Oberst Vincent nicht nur die staatlichen Verwaltungswege mit Spähern umgab, sondern auch, wie der lezte Fall beweisen dürfte, private Verwaltungen, sofern sie über die Wehrkraft der deutschen Nation Aufschluß geben konnten, in den Bereich seiner Informationen zog, so ist wohl mit Zug anzunehmen, daß der Chef des bureau des renseignements in Paris noch mehrere Fische in seiner Nezen zappt läßt, die gelegentlich der deutschen Justiz in die Hände fallen werden. Auch der Umstand, daß die bisher abgesetzten Landesverräther dem Elsaß angehören und fast ausschließlich über die Grenzstation Avricourt, durch Vermittelung der dortigen Specialcommission Gerber, Fleuriel &c. mit dem bureau des renseignements in Verbindung standen, läßt nur zwei Schlässe zu, entweder, daß der geriebene Schnäbel zur Zeit, als er noch in Pagny residierte, seine Arbeit für Mes und Lothringen selbst so gründlich besorgt hat, daß es keiner weiteren Vermittelung bedurfte, oder, daß die Fäden noch unaufgedeckt sind, welche zur Entlarvung der in Lothringen im Solde der französischen Regierung Stehenden führen.

Über das Verschulden der in Straßburg und Muzig Verhafteten ist nur bekannt geworden, daß der Hilfsschreiber Dies — leider ein Altdeutscher, ein geborener Pfälzer, welcher vor 1870 mehrere Jahre in Frankreich lebte — Documente über den Eisenbahnbetrieb im Kriegsfall aufgeliefert hat. In welcher Weise hingegen der Messerfabrikant Streißguth aus Straßburg und der Bierbrauer Wagner aus Muzig verdächtig sind, darüber ist nichts Näheres in die Offenlichkeit gedrungen. Einige höchst wahrscheinlich sichere Anhaltspunkte lassen sich trotzdem durch den Vergleich mit früheren Prozessen und durch mehrere bekannt gewordene Einzelheiten gewinnen. Auch in den Landesvertragsprozessen gegen Klein und Cabannes waren es drei Personen, welche anfänglich hinter Schloß und Riegel gebracht wurden; im Falle Cabannes der Genannte selbst, der Drucker Klausinger und der Bogenmeister Brückner; im Falle Klein Klein selbst, der Fabrikant Grebert und der Wirth Erhardt. Grebert war der Mitarbeiter und Helfershelfer des Klein, während der Name des Wirthes nur zu Deckadressen benutzt wurde. Die Complices des Dies sind nun wiederum ein Fabrikant und statt des Wirthes ein Bierbrauer. Sollte da nicht die Vermuthung gerechtfertigt erscheinen, daß auch Streißguth der Mitarbeiter und Vermittler des Dies war, Wagner hingegen nur der Reisepass einer Deckadresse und die Zwischenperson, an welche die Briefe aus und nach Frankreich gelangten? Daß Wagner der Minderhuldige ist, geht daraus hervor, daß ihm gegen Stellung einer Caution von 50 000 M. die vorläufige Entlassung aus der Haft zugestanden wurde. Ferner fällt ins Gewicht, daß der Ort Muzig, in welchem Wagner wohnt, Bahnhofstation der Linie Straßburg-Avricourt ist, dort also eine bequeme Zwischenstation geschaffen werden konnte. Streißguth besteht schließlich in Nancy ein Filialgeschäft und in Folge dieses Umstandes konnte sein Verkehr über Muzig und Avricourt unauffällig erscheinen. Das sind Anhaltspunkte genug, um die vermutete Geschäftstheilung des Landesverräther-Kleeblasses für zutreffend erachten zu können. Sei dem übrigens wie ihm Wolfe, die verhängnisvolle Thalsache bleibt bestehen, daß sich das Reichsgericht dennoch mit einem neuen Landesvertragsprozess befassen wird, dem siebenen in der Reihe der durch die französische Organisation des Spionagedienstes ausgegangenen, und dem dritten, der zur Verurtheilung von Elsaß-Lothringern führen

dürfte. Daß dieser Prozeß der lezte sein wird, ist leider nicht anzunehmen.

## Deutschland-Ungarn.

Triest, 23. Januar. [Prozeß Maffei-Ribos.] Heute beginnt vor unseren Aussen die Hauptverhandlung in der sensationellen Mord-Affaire, deren Opfer der 28-jährige Cassier der hiesigen Creditanstalt-Filiale, Heinrich Mosettig, wurde. Am 19. November 1887 Nachmittags verbreitete sich in der Stadt das Gericht, der Cassier der Creditanstalt, Mosettig, habe einen Selbstmord vollstellt. Man zweifelt keinen Augenblick, daß dieser Schritt mit Defraudationen bei der Creditanstalt in Verbindung stehe; allein bald wurden Details bekannt, welche den angeblichen Selbstmord als einen Mord erscheinen ließen, und es traten auf den Schauplatz Vittorio Maffei und dessen Geliebte, die Schneiderin Ribos. Es hieß, die Ribos habe dem unglücklichen Opfer die Kehle durchschnitten, während Maffei seinen Nebenbuhler durch zwei Revolverschläge hinfleckte habe — eine Eifersuchs-Tragödie also! — Allein auch diese Darstellung hielt vor der gerichtlichen Untersuchung nicht Stand, und bald war das Verbrechen in seiner ganzen abstoßenden Gestalt bekannt. Rich Eifersucht hatte Maffei die Mordwaffe in die Hand gedrückt, nicht unbedingt willenslose Gelegenheit in den Willen des Geliebten hatte die Ribos zur entschuldeten That getrieben — es lag ein viel größeres, geheimeres Verbrechen vor: der Ermordete hätte des Schlüssels der ihm anvertrauten Kasse beraubt werden und Maffei hätte diese Kasse während der Mittagspause ausrauben sollen — ein tüchtiger Raubmord also, keine Eifersuchs-Tragödie! Die Ribos hat bereits ein offenes Geständniß ihrer That abgelegt, während Maffei die räuberische Absicht hartnäckig leugnet. Der Anklageschrift entnehmen wir folgenden Auszug: Im fünften Stock des Hauses Nr. 4 der Via San Giovanni hatte die Schneiderin Maria Ribos, 19 Jahre alt, katholisch, ledig, eine aus einem Zimmer und Küche bestehende Wohnung inne; das Mädchen, welches sehr oft Wohnung wechselte, führte einen ziemlich lockeren Lebenswandel. Rämentlich der Chef-Cassier der hiesigen Filiale der Creditanstalt, Vittorio Maffei, 24 Jahre alt, katholisch, ledig, war der Begünstigte, benahm sich offen als Geliebter des Mädchens, welches vor einiger Zeit Mutter eines wenigen Tages nach der Geburt verstorbener Kindes geworden war. Maria Ribos war bisher unbeachtet; Victor Maffei wird dagegen in der Polizeiakte in hell ungünstigen Farben geschildert. Er war zuerst bei der Creditanstalt als Angestellter bedient gewesen, welche Stellung er aus Gesundheitsrücksichten aufgeben mußte, worauf er nach zwei Jahren (1885) als Beamter aufgenommen und schließlich als Hilfskassier verwendet wurde. Er sei tüchtiger Charakter, sei mit seinem Geliebte nie ausgekommen und habe schon einmal ein von ihm entehrtes Mädchen mit einem Kinde im Stiche gelassen. In der Seele dieses Menschen, der schnell und mühelos reich werden wollte, reiste bald ein blutiger Plan, um seinen Zweck zu erreichen. Erst hatte er es auf einen der Austräger der Creditanstalt abgesehen; er verabredete nämlich mit seiner Geliebten, er werde den Diener genannter Institut, Paul Goffuti, welcher Napoleon in Päcken zur Post zu tragen habe, unter irgend einem Vorwand in ihr Zimmer senden; dafelbst würden sie den Mann ermorden und mit dem Gelde entfliehen. Doch gab er diesen Plan bald auf, um einen anderen, nicht minder blutigen zu fassen. Einige Tage vor dem verhängnisvollen 19. November setzte Maffei seiner Geliebten den Plan auseinander: den Cassier der Creditanstalt, Heinrich Mosettig, in ihr Zimmer zu locken, zu ermorden, ihm den Kassenschlüssel abzunehmen, zur Creditanstalt zu eilen und die dem Mosettig anvertraute Kasse auszurauben. Der Leichtnam sollte mittelst eines Koffers weggeschafft und irgendwo aufgegessen werden, um auf einen Selbstmord schließen zu lassen. Maffei erklärte, die That müsse bald ausgeführt werden, da er binnen wenigen Tagen auf Betreiben Mosettigs, der in seine Echtheit Zweifel setzte, von der Kasse weg in die Correspondenzabteilung versetzt werden soll und dann nicht mehr Zutritt zur Kasse habe; auch sei es notwendig, daß die That zwischen 12 Uhr Mittags und 2 Uhr Nachmittags gehehe, um die Kasse während der Mittagspause leer zu können. Die Ribos willigte in den Plan ein: Maffei ließ den Koffer bringen, das scharfgeschliffene Küchenmesser wurde unter die Bettdecke gelegt, auf dem Waschtisch ein Rasiermesser versteckt und alle Einzelheiten der Schreckensstat verarbeitet. Am 19. November 1887, 12 Uhr Mittags, machte sich die Ribos auf den Weg, um dem aus der Creditanstalt kommenden Mosettig zu begegnen. Sie traf ihn, den sie von früher her kannte, in der That und lud ihn ein, sie in ihre Wohnung zu begleiten; sie habe ihm wichtige Mitteilungen zu machen. Er erklärte, erst noch einen Gang machen zu müssen, worauf die Ribos nach Hause eilte und Maffei den Besuch Mosettigs ankündigte; dieser versteckte sich in einem dunklen Winkel des Kurs. Nach einiger Zeit erschien Mosettig, wurde durch die Ribos ins Zimmer geliebt, wobei er, beim Tische stehend, einige Schriftstücke der Ribos betrach-

tete. Nach einigen höflichen Redensarten verließ die Ribos, welcher im entscheidenden Moment der Wuth fehlte, das Zimmer und eilte zu Maffei, welcher ihr nun antrieb, die That mit dem Rasiermesser zu begehen und ihr zeigte, wie sie den Schnitt führen müsse. Das Mädchen kehrte in das Zimmer zurück, ergriß das Rasiermesser, umging den nichts ahnenden Mosettig mit dem linken Arm, während sie ihm mit der rechten Hand einen Schnitt in den Hals bebrachte. Mosettig schrie laut auf und entzog dem Mädchen das Messer, wobei er sich die rechte Hand verletzte; in diesem Augenblick erschien Maffei mit einem geladenen Revolver und feuerte gegen den Unglüdlichen zwei Schüsse ab, welche ihn tot niederschreckten. Da der Plan, Mosettig geräuschlos umzubringen, mißlungen war, verließ das verbrecherische Paar — nachdem es dem Ermordeten den Revolver in die Hand gedrückt hatte — eilig das Haus und eilte zunächst zur Familie Maffei, sodann zur Mutter der Ribos, lächelnd zur Polizei wobei sie überall erzählten, Mosettig habe den Ribos Gewalt anthon wollen und habe sich sodann erschossen. Die Anklageschrift sucht sodann die Aussagen Maffei's zu entkräften. Dieser erklärte nämlich — im Widerspruch mit seiner Geliebten — diese habe Mosettig töten wollen, da er schlecht über sie gesprochen habe. Er sei auffällig dazu gekommen, worauf Mosettig aus dem auf dem Tische liegenden Revolver auf ihn (Maffei) geschossen habe; aus Notwehr habe er Mosettig sodann erschossen. Die Anklage sucht die Unschuldigkeit dieser Angaben nadzuweisen: Alles spräche für einen tüchtigen Raubmord, an welchem nach dem Geständniß der mitschuldigen Ribos nicht mehr gezweifelt werden könne. Über die Ausführbarkeit des Raubes spricht sich die Anklage folgendermaßen aus. Der Hauptcassier Cezi der Creditanstalt weise jeden Morgen den einzelnen Cassiern Geldsummen zu; Mosettig habe gewöhnlich 80 000 bis 100 000 fl. erhalten. Um 12 Uhr würden alle Kassen einfach abgesperrt; am Abend müßten alle Cassiere Rechnung ablegen und die restlichen Summen zurückgeben, worauf die Kasse doppelt verperrt würde. In der Pause zwischen 12 bis 2 Uhr Mittags sei nur ein Diener zur Bewachung der Kassen anwesend; kommt jedoch einer der Beamten, darf der Diener sich entfernen; auch könne der Beamte denselben unter irgend einem Vorwand wegziehen. Wäre der Vorwurf dann nach der Erwartung Maffei's gelungen, so wäre nichts im Wege gestanden, die Kasse auszurauben. Am 19. November befanden sich in der Mosettig anvertrauten Kasse 86 265 fl. 12 kr.

## Frankreich.

s. Paris, 22. Januar. [Das Ministerium Tirard.] Also doch! — Mit diesem Ausdruck höchsten Erstaunens nahm man allseitig die Mittheilung entgegen, daß die Berathungen über das Budget des Jahres 1888 am Montag in der Kammer ihren Anfang nehmen sollen. Man war bereits darauf gefaßt gewesen, das Ministerium Tirard noch vor dem Beginn dieser Operation fallen zu sehen. Aber die Kammer ist so menschenfreudlich, das Cabinet erst über eine der bei der Discussion der Staatshaushaltstrechnungen notwendiger Weise sich erhebenden Meinungsverschiedenheiten der einzelnen Parteien fallen zu lassen, damit es sich nach seinem Sturz mit dem erhebenden Bezwüchtsein trösten kann, daß in Frankreich auch Ministerien, die thatkräftige und bedeutende Männer zu den ihrigen zählen, oder vielmehr gerade immer solche bei der Budgetberathung unterlagen. Es fragt sich blos noch, bei welchem Punkte man Herrn Tirard zur Niederlegung seines Portefeuilles veranlassen wird. Wird das Cabinet sofort bei der Generaldiscussions fallieren oder wird man sich bis zur Berathung der einzelnen Propositionen, welche zur Balancirung des Etats vorgeschlagen werden, gedulden? — Anhaltspunkte zu einem Votum gegen das Ministerium finden sich für diese frisendürftige Kammer in dem Budget in hinreichender Anzahl. Da ist zunächst der Conflict der Regierung mit der Budgetcommission über die Ebssteuer. Die Budgetcommission will eine radical Reform bei derselben eingeführt sehen, sie will eine progressive Steuer schaffen, nach der von Ebschälen über 50 000 Franken bis 18 p. Et. dem Staate verfallen sollen; das ist natürlich ganz nach dem Sinne der Neuersten Linken und der Socialisten, die denn auch nach Herzogenrath in Lobschymmen über diese demokratische Reform sich ergehen. Dagegen haben die Opportunisten und das Centrum sich entschieden gegen dieselbe ausgesprochen und es ist daher nicht recht wahrscheinlich, daß in diesem Punkte die Kammer der Regierung

## Stadt-Theater.

Montag, 23. Januar.

„Minna von Barnhelm.“

Es ist in diesen Tagen als vierter Heft einer Sammlung gemeindlicher Aufsätze über litterarische Fragen der Gegenwart, die unter der Bezeichnung „Litterarische Volkshefte“ vom Verlag von Richard Eckstein's Nachfolger in Berlin herausgegeben wird, eine Streitschrift von Heinrich Bulthaupt „Dumas, Sardou und die jetzige Franzosenherrschaft auf der deutschen Bühne“ erschienen, in deren Titel sich die polemische Tendenz deutlich genug ausprägt. Bulthaupt klagt die deutschen Bühnenleiter, die deutsche Kritik und das deutsche Publikum an, daß sie für das moderne französische Drama eine strafbare Vorliebe an den Tag legen; er geht mit denjenigen deutschen Schriftstellern streng ins Gericht, die den Herren und Meistern Dumas, Sardou und Genossen es in der Wahl der Stoffe gleich zu thun beabsinnen. „Lehnt man sich gegen diesen Lipigen und im Hinblick auf die damit verbundene Thalsache, daß oft noch unbekannte Werke irgend eines Modeschriftstellers an der Seine wie die Kaze im Sac oder noch ungeboren, wie das Korn am Halm gekauft werden, geradezu schamlos Cultus auf, dann zucken die Theaterdirectoren die Achseln und welsen auf ihre Kassenrapporte, das Publikum erklärt, sich nirgends besser zu unterhalten als dort, einige Kritiker betonen wieder und wieder, wie unendlich überlegen die französische Schauspielerei verfassung der deutschen sei und wie viel unsere Dramatiker in technischer Beziehung von unseren westlichen Nachbarn zu lernen vermöchten.“ Auch unserer nordischen Vertretern Björnson und Ibsen gedenkt Bulthaupt in seiner Streitschrift: „Was Augier, was Björnson und Ibsen uns auf dem Gebiete des realistischen, modernen, bürgerlichen Dramas lehren können, das zeigen uns „Kabale und Liebe“, „Minna von Barnhelm“ und mit einigen Einschränkungen auch „Emilia Galotti“ weit reiner und heroischer. Es ist nicht möglich, eine strengere Führung der dramatischen Intrigue als in dem dritten Drama Schillers, nicht möglich, eine gesundere Charakteristik, eine reinere Lustspielheiterkeit als in Lessings wundervollem Soldatenstück zu finden“... Jawohl, Bulthaupt hat Recht: was er in seinem von innigster Verehrung für die classischen Meisterwerke der deutschen dramatischen Literatur dictirten Appell an das nationale Bewußtsein seiner Landsleute gegen den übertriebenen Franzosencultus ausführt, das unterschreiben wir beinahe Wort für Wort, ohne uns eines engeren Chauvinismus schuldig zu wissen; was er den Dramen „Kabale und Liebe“, „Minna von Barnhelm“ und anderen Perlen deutscher Dichtung nachdrückt, das würdigen wir voll und ganz, im Besonderen hat uns die vorgestrige Aufführung des Lessing'schen Soldatenstückes von Neuem erkennen gelehrt, was für einen köstlichen Schatz die deutsche Literatur, das deutsche Volk an diesem unerschöpfbaren Jugendfrischen Lustspiel besitzt. Aber der achtzehnende Theaterdirector, der auf die Kassenrapporte wüßt, ist keine Ercheinung, über die man zur Tagesordnung übergehen kann. Wie viele Bühnenleiter greifen zu dem Import aus dem Auslande „der Noth gehorhend, nicht dem eigenen Triebe“. Der Theaterdirector ist leider nicht souveräner Herr in seinem Hause; er ist der Diener des Publikums; er lebt nicht von der Ehre allein, die darin liegt, daß er die deutsche dramatische

Production vor Allem fördert; er kann das Publikum nicht lenken und schieben wie er will; er ist der Geschobene. Goethe war als Regisseur des Weimarer Hoftheaters von den idealsten Gesichtspunkten geleitet, aber die Kassenerfolge, deren er zur nachdrücklichen Pflege seines classischen Repertoires bedurfte, ließ er sich von den Stücken Kogebue's besorgen, und Schiller übersetzte für das Weimarer Hoftheater einige mittelmäßige französische Lustspiele. Wir möchten nun keinen Theaterdirector loben, der nur in der Jagd nach „Kassenstücken“ seine Aufgabe sieht; aber wir möchten ihn entschuldigen, wenn er so nebenbei auch daran denkt, wie sein Theater im Kampf ums Dasein zu erhalten sei. Bei unbesangener Würdigung der Thalsachen muß man der gegenwärtigen Leitung unseres Stadttheaters nachsagen, daß sie mit hineinnehmendem künstlerischen Anstand die Aufgabe verfolgt, das deutsche Drama zu pflegen. Unjene besten klassischen Stücke gehören dem Repertoire an; von den Nachklassikern bekommen wir gelegentlich Einiges zu sehen; ernst strebende deutsche Dichter der Gegenwart sind im Stadttheater wiederholt zum Worte verpflichtet worden, obwohl ein „Kassenersolg“ dabei nicht voraussehen war. Bulthaupt selber ist auf unserer Bühne kein Fremdling. Von Paul Heyse sind uns innerhalb zweier Saisons fünf dramatische Werke vorgeführt worden. Der Cultus des französischen Dramas ist über das zulässige Maß nicht hinausgegangen. Die Posse scheint ganz aus dem Hause in der Schweidnitzerstraße nach der Nicolaivorstadt verwiesen. Und das Publikum? Nun, die vorgebrachte Vorstellung von „Minna von Barnhelm“, diesem Muster- und Meisterstück mit seiner unerschöpfbaren Lustspielheiterkeit, kann es beweisen, daß nur das Publikum die Schuld trifft, wenn die Bühnenleitung mit ängstlichem Zagen an die Aufführung von derartigen „älteren Sachen“ geht. „Der erste Rang, welch' rührend Bild, war von 'nem Lieutenant angefüllt“ heißt die Unterschrift unter einem in engeren Kreisen bekannten Relief. Viel anders war's am Montag Abend auch nicht. Im Parquet sah es etwas besser aus; höher hinauf waren sehr Biele, die nicht da waren. Und dabei war die Aufführung des Lustspiels eine so abgerundete, eine in ihrer Totalwirkung so erquickende, eine die unvergleichlichen Vorzüge des Stükcs so kräftig ins Licht setzende, daß man seine herzliche Freude daran haben konnte. Herr Resemann ist ein guter Tellheim, wie von früher her bekannt; Fräulein Bensberg läßt in Bezug auf ihre Darstellung der Minna nichts zu wünschen übrig; Fräulein Jenke und Herr Pfeil geben als Franziska und Wachtmeister Werner hinsichtlich ihrer künstlerischen Leistungen einander nichts nach; Herr Will ist ein Just, wie aus einem Guß, eine prächtig charakterisierte Gestalt; der Wirth ist bei Herrn Thomas in den besten Händen; Herrn von Fischer's Marlinière und Frau Hermann-Benedix' Dame in Trauer sind gleichfalls schon felsher nach Verdienst gewürdigirt worden. Die der Vorstellung beiwohnten, ließen es an Beifall nicht fehlen. Aber wenn Lessing vor leeren Häusern gespielt wird, worauf soll sich die Direction verlegen? Ist es nicht schon bezeichnend genug, daß die Direction es nicht wagen durfte, das Stück, durch dessen Aufführung sie doch offenbar das Gedächtnis des Dichters ehren wollte, auf Lessings Geburtstag, auf den Tag vorher, anzusezen, da dieser Tag ein Sonntag war? Nur ein Schauspiel am Sonntag! heißt es bei uns, am allerwenigsten etwas Klassisches! Und dies Los trifft auch das „beste deutsche Lust-

spiel“, das es sich gefallen lassen muß, als lendemain-Gericht servirt zu werden und nur wenige Liebhaber zu finden!

Karl Vollrath.

## Aus San Remo.

(Von unserem Special-Berichterstatter.)

X. San Remo, 21. Januar.

Der selige Büchmann hatte Recht, als er in seinem Buche „Geblügte Worte“ auch dem für die Presse keineswegs schmeichelhaften Sage „Er lägt wie gedruckt“ eine Sielle anwies. Der Ausspruch muß aus einer Zeit stammen, die gleich der Periode, in der wir jetzt leben, eine sehr ausgeregte war, und in der es dem Chronisten sehr schwer gemacht wurde, das Unterkat vom Weizen zu trennen. Würde ein belebter Sammler von Zeitungsberichten aus San Remo diese zu einem städtlichen Bande vereinigen, er wäre um einen Gesamttitle für sein Werk kaum verlegen; nennt er es klipp und klar „Biel Dichtung und wenig Wahrheit“, er trafe den Nagel auf den Kopf. Nach einer von mir aufgestellten Statistik sind in dieser Woche allein sieben Dichtungen entstanden. Und da sage man noch, daß unsere Zeit keine großen Dichter hervorbringt! Erst hat die Phantasie eines Berichterstatters „sämtliche Lieblingshunde des Kronprinzen vergiftet“, worauf das Märchen von einem „plötzlichen Unwohlsein des hohen Patienten auf der Landstraße“ und, um den Schauergeschichten die Krone aufzusetzen, „ein geplantes Attentat gegen das Leben des Kronprinzen“ herhalten mußte. Der Erzähler dieser wenig harmlosen Anekdoten“ hat Schule gemacht, denn einzelne der anderen Herren Correspondenten theilten sich in die Arbeit und verkündeten — allerdings weniger blutdürstig als ihr Meister —: „Dr. Bramann's Abreise“, den Beginn der „Reconvaleszenz des Kronprinzen“, die „Ankunft des Königs Humbert“, und ein ganz besonders erstaunlicher Kopf wußte sogar von „Zewürfnissen unter den behandelnden Aerzten“ zu berichten. Wird dem armen Zeitungsleser auf der einen Seite durch diese „Wilden“ der Appetit auf eine gesunde Hausmannskost, wie sie ihm der solide Berichterstatter vorstellt, verdorben, so ist es auf der anderen Seite zu beklagen, daß hierdurch die Zeitungs-Berichterstattung als solche discreditirt wird; und hiergegen müssen alle besseren Elemente entschieden Verwahrung einlegen. Außerdem ist zu bedenken, daß dem Kronprinzen seit einiger Zeit die Lecture der Zeitungen von den Aerzten wieder gestattet ist. Muß nicht ein Mann der Wahrsagkraft, wie unser Kronprinz, zu all diesen Münchhausenfesten bedenklich den Kopf schütteln? Zumal in den letzten Tagen war der Kronprinz ganz besondert auf das Lesen der Tagesblätter und gute Bücher angewiesen, denn der Katarrh, der bei ihm sich wieder eingestellt hatte, fesselte ihn bis heute an die behaglichen Zimmer der „Villa Zirio“. Von Dienstag bis gestern war die Luft ziemlich scharf; es wehte ein kalter Wind, der die Aerzte zu dem strengen Gebot veranlaßte, ihren duldsamen Patienten von den täglichen Ausflügen zu Fuß oder zu Wagen abzuhalten. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend hatte sich der unfreundliche Wind gelegt; die erwärmenden Sonnenstrahlen thaten heute schon am frühen Morgen ihre Schuldigkeit, und in diesem Falle in besonderem Maße, indem sie dem vornehmsten Wintercolonisten von San Remo die Wiederaufnahme seiner regelmäßigen Spazierfahrten ermöglichten. Die Aerzte hatten die

Uneracht geben wird. Aber unmöglich ist, wie man weiß, in dem Palais Bourbon überhaupt Nichts! In Rücksicht auf die großen Einnahmen, welche diese Reform verspricht, hat die Commission denn an dem vielfach gestrickten Budget große Abschüsse bei den anderen Einnahmen gemacht, die sich auf 150 bis 160 Millionen belaufen. Wird nun dieser Vorschlag der Commission verworfen, so wird der Kampf trotzdem um jedes einzelne dieser „Ersparnisse“ hell aufflammen und bei der Berathung jeder derselben läuft das Cabinet Gefahr, eine Majorität gegen sich aufzustehen zu sehen. Diese Gefahr ist um so größer, als die Rechte dem Cabinet durchaus feindlich gesetzt ist und wahrscheinlich jede Gelegenheit ergreifen wird, um dasselbe im Bunde mit einer der republikanischen Fraktionen zu stürzen. — Aber abgesehen hiervon, ist es sehr wahrscheinlich, daß das Ministerium über eines seiner eigenen Finanzprojekte, die es in den Budgetentwurf Herrn Dauphin's, der von Herrn Rouvier verbessert und dreimal von der Budgetcommission mit Veränderungen bedacht wurde, hineingelegt, fallen wird. Die von Herrn Tirard vorgeschlagene Reform der Getränkesteuer begegnet vielfacher Opposition; vor Allem aber sind die Vorschläge des Kriegsministers General Legerot zahlreichen Angriffen ausgesetzt. Die Art, wie er den Effectivbestand der Armee auf dem Friedensfuß zu einer bisher unerreichten Ziffer ohne eine Mehrbelastung des Militärbudgets heben will, begegnet sehr vielen Bedenken. Man sieht nicht recht ein, welch einen Vortheil es für die Landesverteidigung ergeben soll, wenn man zu dem Zwecke, 20—25 000 Mann mehr unter den Waffen zu haben, jedes Jahr 30—40 000 Soldaten vor ihrer vollkommenen Ausbildung entlässt, und die Dienstzeit weiterer 30 000 durch längere Urlaube unterbricht. Wenn also das Cabinet sich bis zur Berathung des Militärbudgets wirklich zu halten vermag, so werden doch bei dieser Discussionen sich erheben, die seinen Sturz fast sicher erscheinen lassen. Man erachtet daraus, daß so gut als keine Hoffnung vorhanden ist, daß das diesjährige Budget zu einer vollkommenen, wenn auch noch so verächtlichen Durchberatung gelangen wird. Selbst die ultima ratio, die Kammeraufsicht, würde an diesem Factum kaum etwas zu ändern vermögen.

[Auf dem letzten Donnerstagabend im Elysée] ereignete sich eine ergötzliche kleine Scene. Unmittelbar nach dem Eintritte des Generals Miribel meldete der Huissier Herrn Marime Lisbonne an. Aller Blüte richten sich erstaunt und neugierig nach dem Eingange und hereinat der bekannte alte Communardoberst, jedoch nicht in der betretenen Phantasie-Uniform, ebenso wenig in der seltsamen Künstlertracht, mit der er sich auf den äußeren Boulevards zu zeigen liebt, sondern im frac, welchen Handschuhe, Klapphut und blau gewickelten Stiefeln. Feierlich begrüßt er den Präsidenten, verneigte sich ehrenhaft vor Frau Carnot und schritt durch den Ehrensaal. Ein Major, der ihn 1871 als Gefangenen in Versailles gekannt hat, begrüßte ihn, führte ihn in den „Kleopatraaal“ und hier erklärte der alte Communard sein uneingeladenes Er scheinen wie folgt: „Die Wahl Carnots war das Werk der Revolutionäre. Ich bin hergekommen, um zu sehen, wie Frankreich vertreten wird, und will meinen Freunden erzählen können, wie ihr Erfreuer das Volk empfängt.“

## Provinzial - Zeitung.

Breslau, 24. Januar.

Das soeben im Verlag von C. Morgenstern hier selbst erschienene 3. Heft der II. Serie der „Breslauer Statistik“, herausgegeben vom Statistischen Amt der Stadt Breslau, bringt über den Bevölkerungswchsel unserer Stadt im Jahre 1886 interessante Mittheilungen. Die Bevölkerungsziffern betrug am Ende des gedachten Jahres 302 549 Seelen gegen 299 701 Ende 1885. An dieser verhältnismäßig geringen Gesamtzunahme ist am meisten befreit die Ohlauer Vorstadt mit 143 pro Mille, am wenigsten der östliche Theil der inneren Stadt mit 104 pro Mille in absoluten

Zahlen. Dagegen stand im Verhältniß zur Bevölkerung am Jahresanfang (also relativ) in der Obervorstadt die starke Vermehrung, in der Ohlauer Vorstadt die größte Verminderung statt. Im Jahre 1886 wurden in Breslau 11 422 Kinder geboren, 272 mehr als im Vorjahr, davon waren totgeboren 4,8 p.C., außerhalb geboren 16,5 p.C.; Zwillinge geboren waren 150 zu verzeichnen. Die meisten Geburten fielen auf die Monate Januar und Mai, die wenigsten im December. Der Knabenüberschuss ist geringer als im Vorjahr.

Die Zahl der in Breslau im Jahre 1886 Gestorbenen betrug einschließlich der Todgeborenen 9837. Die höchste Sterblichkeit fand, abweichend von den Vorjahren, und zwar wegen der abnorm warmen Witterung und daraus folgender großer Kindersterblichkeit im September, die geringste im Februar statt. Die Gesamsterblichkeit ist gegen das Vorjahr etwas gestiegen, namentlich in der Säb- und Nicolai-Vorstadt. In der Mortalitätsziffer sind unbegriffen 115 Unglücksfälle mit tödlichem Ausgang und 115 Todesfälle infolge von Selbstmord.

Die Zahl der im Jahre 1886 hier zugezogenen Personen belief sich auf 45 778 oder 152 pro Mille der mittleren Bevölkerung; der Abzug betrug 44 516 Köpfe oder 148 pro Mille, mithin verblieb ein Wanderungsüberschuß von 1263 Personen oder 4 pro Mille der mittleren Bevölkerung. Es ist dies der niedrigste Wanderungsüberschuß, welcher seit 16 Jahren zu verzeichnen war. Unter den Zugezogenen gehörten 54, unter den Abgezogenen 53 p.C. dem männlichen Geschlechte an; 38 043 bzw. 33 850 exkl. unbekannte Verzogene waren Einzelpersonen, 7735 bzw. 7103 waren Familienmitglieder. Die meisten Zu- und Abgezogenen standen im Alter von 20 bis 30 Jahren, nahezu 80 p.C. der Zugezogenen waren aus der Provinz Schlesien gebürtig, 70 p.C. gingen von hier nach derselben; von dem Rest entfiel ungefähr je ein Viertel auf Polen und Brandenburg. Nach Berufsgruppen entfielen von den gewanderten Einzelpersonen und Familienhäuptern in Prozent auf Dienstboten Zugang 30,4, Abzug 28,5; Tagelöhner, Arbeiter 6,2 resp. 4,3; Gewerbegehilfen 37,6 resp. 37,3; selbstständige Gewerbe- und Handels treibende 2,7 resp. 3,4; Gelehrte, Militärs, Beamte, Künstler 6,3 resp. 7,6; Rentner, Pensionäre, Hausbesitzer 1,0 resp. 1,0; Personen in Berufsvorbereitung 7,6 resp. 8,6; Andere und ohne Beruf 8,2 resp. 9,3.

Der in Breslau verbliebene Überschuß besteht mit Ausnahme von 14 Rentnern, Pensionären und Hausbesitzern ausschließlich aus Dienstboten, Tagelöhner und Arbeitern, sowie Gewerbegehilfen; bei den besser stützten selbstständigen Gewerbe- und Handeltreibenden, Gelehrten, Beamten u. s. w., selbst bei den in Berufsvorbereitung begriffenen Personen (Schülern und Studenten) hat ein stärkerer Abzug als Zugang stattgefunden. Auch der Fremdenverkehr ist mit 103 449 Durchreisenden oder 344 pro Mille der mittleren Bevölkerung geringer gewesen als 1885; die Verhältniszahl entspricht aber dem Durchschnitt des letzten Jahrfünfs. Die meisten Fremden wurden im Juli und August, die wenigsten im December gezählt. — An den Umzügen beteiligten sich 175 856 Personen oder 584 pro Mille der mittleren Bevölkerung, d. i. gegen das Vorjahr eine Zunahme von 4,20 p.C. Mehr als die Hälfte aller Wohnungswechsel (57,56 p.C.) ging innerhalb derselben Stadttheile vor sich. Von den einzelnen Stadttheilen erfüllten die Oder- und Sand-Vorstadt einen erheblichen Zugang, alle anderen Stadttheile eine Verminderung durch Umzüge; den größten Verlust hatten die Schweidnitzer Vorstadt und die innere Stadt.

Die Zahl der im Jahre 1886 geschlossenen Ehen beträgt 2727 oder 91 auf 10 000 der mittleren Bevölkerung; die Heiratsfrequenz ist also gegen 1885, sowie gegen den Durchschnitt der Jahre 1881/85 etwas zurückgegangen und hat damit seit 1881 ihren niedrigsten Stand erreicht. Nach dem Familiestand der Hei-

ratenden kommen auf 1000 Eheschließungen 831 solche von Junggesellen, 145 von Wittwen und 24 von geschiedenen Männern, 907 von Jungfrauen, 74 von Wittwen und 19 von geschiedenen Frauen, und zwar auf Junggesellen mit Jungfrauen 779, mit Wittwen 41, mit geschiedenen Frauen 11, auf Wittwer mit Jungfrauen 110, mit Wittwen 30, mit geschiedenen Frauen 5, geschiedene Männer mit Jungfrauen 18, mit Wittwen 3, mit geschiedenen Frauen 3. Unter den 2605 von evangelischen und katholischen Männern geschlossenen Ehen waren 978 Mischungen und zwar 473 zwischen evangelischen Männern und katholischen Frauen und 505 zwischen katholischen Männern und evangelischen Frauen; die Verhältniszahl ist mit 359 auf denselben niedrigen Standpunkt geblieben wie im Vorjahr und steht gegen den Durchschnitt des Jahrfünfs 1881/85 um 13 pro Mille zurück. Blutsverwandtschaft zwischen den Eheschließenden wurde 34 mal nachgewiesen, darunter 29 Ehen zwischen Geschwisterkindern, 4 zwischen Onkel und Nichte und 1 zwischen Neffe und Tante. Von den eheehelichen Männern standen 1747 oder 64,1 p.C. im Alter von über 20 bis 30 Jahren, 659 oder 24,2 p.C. waren über 30 bis 40, 202 über 40 bis 50, 82 über 50 bis 60 und 37 über 60 Jahre alt; unter den heiratenden Frauen standen 144 oder 5,3 p.C. im Alter bis zu 20 Jahren, 1879 oder 68,9 p.C. waren über 20 bis 30, 533 oder 19,5 p.C. über 30 bis 40, 140 über 40 bis 50, 28 über 50 bis 60 und 3 über 60 Jahre alt. Eheschließungen zwischen über 40 bis 60 Jahre alten Männern mit bis 20 Jahre alten Frauen kamen 2, solche von über 60 Jahre alten Männern mit über 20 bis 30 Jahre alten Frauen 3 vor. In Bezug auf die sociale Stellung überwiegen bei beiden Geschlechtern die Unselbstständigen mit ungesicherter Existenz, und zwar bei den Männern die Gewerbegehilfen ic. mit 45,9 p.C. bei den Frauen die Dienstboten mit 34,1 p.C. aller Eheschließenden.

• Herr Max Bruch, der Dirigent des Breslauer Orchestervereins, ist von der „Niederländischen Gesellschaft zur Förderung der Tonkunst“ (Maatschappij tot de bevordering der tonkunst) in Amsterdam zum Ehrenmitglied ernannt worden.

• Das Concert von Frau Sophie Menter findet erst am 27. Januar statt.

• Kunstgewerbe-Verein zu Breslau. In der letzten Sitzung, die ausnahmsweise Dienstag stattfand, sprach Herr Architekt Köhler in eingehender Weise über das Thema: „Was ist Gothic?“ An den Vortrag knüpfte sich eine lebhafte Debatte, die jedem Anwesenden Gelegenheit bot, eine interessante Anregung mit nach Hause zu nehmen. Es wurden außerdem verschiedene neue Mitglieder aufgenommen. In der nächsten Sitzung, Mittwoch, den 25. d. Mon., Abends 8½ Uhr, bei Alami, Ohlauerstr. 9, wird Herr Maler Meister jun. über die Natur der Verzierungskunst sprechen. Gäste sind willkommen.

— d. Von der hiesigen Ober-Realschule und Baugewerkschule. Zu der am künftigen Östertermine stattfindenden Abiturientenprüfung sind der vorgezeigte Staatsbehörde angemeldet worden: 1) 5 Oberprinzipal der Ober-Realschule, 2) 22 Schüler der oberen Fachklasse für Maschinenbau, 3) 7 Schüler der oberen chemischen Fachklasse, 4) 14 Schüler der ersten Baugewerkschule.

Festcommers. Der Ev. Verein für wissenschaftliche Theologie veranstaltet am 18. Januar in seinem Vereinslokal einen Festcommers zur Feier der Wiederaufrichtung des deutschen Reiches. Die aktiven Mitglieder waren in corpore erschienen, auch viele alte Herren, Inactive und einige Gäste hatten sich eingefunden. War das Vereinslocal auch nicht mit prunkvollen Wappenschildern und Fahnen geschmückt, waren die Teilnehmer auch nicht nach Hunderten zu zählen, so verlieh das Fest doch in einer der Bedeutung des Tages würdigen Weise. Nach Begrüßung der Gäste wurde der Commerz eröffnet durch Aendl's Bundeslied: „Sind wir vereint zur guten Stande“. Nachdem das zweite Allgemeine: „Deutschland, Deutschland über Alles“ verkündigt, schilderte st. theol. Kleine in schwungvoller Rede, welche Bedeutung der 18. Januar 1871, der Geburtstag des neuen deutschen Reiches, für unser Vaterland, ja für ganz Europa erlangt habe. Redner schloß mit einem Hoch auf unseren freien Helden-

Fürsorge getroffen, daß die Aussicht nicht vor elf Uhr erfolgen sollte, damit bis zu dieser Stunde „die Luft gründlich durchwärm“ sei. Pünktlich zur festgelegten Stunde stellte ich mich vor der „Villa Zirio“ ein, um nach einer Pause von sechs Tagen wieder einmal der Freude teilhaftig zu werden, unserer Kronprinzen zu sehen. Ich befand mich in der Gesellschaft des intimen Freundes des eisernen Kanzlers, des Herrn Amtsraaths und Reichstagsabgeordneten Dieze-Barby, der einige Tage hier Rast macht, um von der ersten Februar-Woche ab mit erneuten Kräften an den Arbeiten des Reichstages teilzunehmen. Dieze-Barby ist ein jovialer alter Herr von bestechender Liebenswürdigkeit, ein glühender Verehrer des Kronprinzen. Wir standen erst fünf Minuten vor der Villa, als das kronprinzliche Gespann sichtbar wurde. Auf dem Rückfahrt saß, wie immer, der Kronprinz; die Equipage war kaum an uns vorübergezogen, als der Kronprinz Herrn Amtsraath Dieze erkannte, sich mit dem Oberkörper weit aus dem Wagen beugte, ihm freundlich zunickte und mit der rechten Hand immer und immer wieder Grüße nachsandte, bis der Wagen unserm Gesichtskreise endlich entflog war. In diesen herzlichen Gruss, glaube ich, legte der Kronprinz auch seine Grüße an die deutsche Heimat, die Dieze-Barby in wenigen Tagen wieder betrifft und in der er jedem, der es hören will — und wer wollte so frohe Kunde nicht vernehmen! — von dem blühenden, gesunden Aussehen des Kronprinzen erzählen wird, das uns wieder mit neuer froher Hoffnung erfüllt. Wenige Stunden nach dem Enttreffen des Herrn Dieze war der Fürstbischof von Breslau, Dr. Kopp, wie ich den Lesern der „Breslauer Zeitung“ in einem Telegramm bereits berichtete, im Auftrage des Papstes hier eingetroffen. Er war auf der Heimreise von seiner Romfahrt. Der Abstecher, den der Fürstbischof hierher machte, erstreckte sich nur auf fünf Stunden; mit dem Dreiuhrzuge war der Kirchenfürst in Begleitung seines Geheimsekretärs aus Genua angekommen; auf dem Bahnhofe wurde er von demstellvertretenden Hofmarschall des Kronprinzen, Major von Lyncker, empfangen und in dem kronprinzlichen Wagen nach dem Absteigekwartier aller hohen Gäste, dem „Hotel Mediterranée“, geleitet. Nachdem Dr. Kopp sich auf einige Zeit zurückgezogen und später auf seinem Zimmer diniert hatte, schritt er hinüber zur „Villa Zirio“, um dem Kronprinzen die Segenswünsche des Papst-Bülares zu überbringen. Die Unterhaltung wurde überwiegend vom Fürstbischof geführt, da der Kronprinz sich die größte Schonung der Stimme auferlegen muß. Mit dem um acht Uhr Abends nach Genua abgehenden Schnellzuge reiste das kirchliche Oberhaupt der Katholiken Schlesiens nach Breslau; er hatte, in einen Pelz gehüllt, in einem für ihn reservierten Salonwagen Platz genommen. Vor dem Fürstbischof hatte die „Villa Zirio“ in dieser Woche nur einen Gast beherberg, den Capitän des italienischen Courier-Dampfers „Agostino Barbarigo“. Der „Barbarigo“ ist der kronprinzlichen Familie für größte Ausfälle auf dem mittelägyptischen Meere vom König Humbert zur Verfügung gestellt. Auf Anrathen der Aerzte aber wird sich der Kronprinz selbst jede Seefahrt versagen. Am Montag hatte der Capitän der kronprinzlichen Familie seine Aufwartung gemacht, und gestern erhielt er an Bord des staatlichen Dampfers den Gegenbesuch der Frau Kronprinzessin. Prinz Heinrich war in Begleitung seines Abkömmlings Grafen Usedom schon am Dienstag auf dem „Barbarigo“,

der bisher noch unbewohnt in der Nähe des Molo liegt. Um den Weg zu dem Schiffe für die Familie des Kronprinzen abzukürzen, wird gegenwärtig am Ufer des Gartens des der „Villa Zirio“ gegenüberliegenden „Hötel Mediterranée“ eine Einstiegsstelle errichtet, von der aus der „Barbarigo“ mittels einer Gondel in drei Minuten zu erreichen sein wird. Prinz Heinrich ist bei dem hiesigen Offiziercorps ein gern gefeierter Gast. Vor einigen Tagen wohnte er den Nebungen des hier garnisonirenden Bataillons des 26. Infanterie-Regiments bei, nach dessen Beendigung er alle Räume der Kaserne besichtigte. Die Kaserne liegt an dem Corso Garibaldi und bringt einen Schmuck, von dem nur sehr wenige Einwohner, resp. Wintergäste Kenntnis haben; es ist das eingerahmte Bild des Kronprinzen, eine vorzüglich gelungene Cabinet-Photographie desselben in Generalsuniform.

Vielleicht findet sich in Breslau ein Patriot, der von den kronprinzipiellen Bildern eine kleine Collection nach San Remo sendet und sie dem Bazar zum Besten der hiesigen deutsch-evangelischen Kirche widmet, der Ende Februar unter dem Protectorate der Frau Kronprinzessin stattfinden wird. Ich bin mit Freuden bereit, diese Bilder der Sammlstelle zuzuführen. Dieser Bazar hat einen Concurrenten gefunden, der sum mit Bismarck zu reden, „früher aufgestanden ist“. Auch für diesen Bazar hat die Kronprinzessin das Protectorat übernommen; er ist von der „Société de biansaisance“ zum Besten der Armen ohne Unterschied der Nationalität“ arrangiert und wird am 25. und 26. Januar et. in dem Casino der Société abgehalten. Die feierliche Eröffnung des „Internationalen Bazaars“ durch die Kronprinzessin findet am Hochzeitstage des kronprinzipiellen Paars um 10 Uhr Vormittags statt. Auf diesen Act allein wird sich die Feier des dreihundertsten Hochzeitstages jedoch nicht beschränken. Die deutsche Colonie lädt am Morgen des Festtages dem kronprinzipiellen Paare ein Bouquet überreichen und in dem herrlichen Garten der „Villa Zirio“ von der Stadtkapelle ein Ständchen darbringen. Als Vorlage für das Bouquet dient eine Zeichnung, die heute dem betreffenden Gärtner in Borsigwerda zugestellt wurde; das Bouquet soll sich durch ausserlesene Schönheit auszeichnen und eine Stunde vor der Überreichung in dem Geschäftslöschen des deutschen Apothekers Wiedemann zur Ausstellung gelangen. Bei dieser Gelegenheit will ich verrathen, — daß diesem Papier anvertraute ausgeplauderte Geheimnisse kann ja doch vor dem 25. Januar nicht mehr seinen Weg zurück nach San Remo finden — daß unser Kronprinz schon längst einen Strauß von Orangeblüthen bestellt hat, den er am Vorabend seines Freudentages der geliebten Gattin darreichen will. Am Abend des Hochzeitstages lassen die hier lebenden Deutschen auf dem zwischen der „Villa Domergue“ und dem „Hötel de Mediterranée“ gelegenen freien Platze, genau dem Balkon der „Villa Zirio“ gegenüber, ein Feuerwerk abbrennen, das aus den Mitteln einer Geldsammelung, zu der nur Landsleute beisteuern dürfen, bestreiten werden soll. Die Listen, welche unter den Deutschen kursiren, sind teilweise mit namhaften Beträgen bedeckt, so daß voraussichtlich auch der Plan wird realisiert werden können, die auf dem westlichen Hügel sich aufthämmende und von der „Villa Zirio“ aus sichtbare lange Häuserreihe der Altstadt durch Rothfeuer zu beleuchten. Die hellen Flammen des Freudenfeuers, die zur „Villa Zirio“ aufzünden werden, sie werden beredte Zeugen der innigen Liebe sein, die wir für den theuren Kron-

prinzen und die Kronprinzessin allzeit, in guten und in schweren Tagen, hegen. Während dieser feierlichen Stunde werden sich die Gedanken des deutschen Volkes in Nord und Süd und Ost und West mit denen der deutschen Landsleute in San Remo vereinigen; und wir Alle wissen uns in dem Wunsche Eins, daß es dem erlauchten Paare beschieden sein möge, nach abermals zwei Decennien den goldenen Hochzeitstag zu begehen!

## Litterarisches.

Lars. Norwegisches Idyll von Bayard Taylor. Deutsch von Margaretha Jacobi. Stuttgart. Verlag von Robert Luz. — Zu den tölpelhaften Schöpfungen des gottbegnadeten Sängers, dessen Liedern und Erzählungen die Welt diesseits und jenseits des Atlantik gleich begeistert wie kaum einem Andern lausche, gehört das norwegische Idyll „Lars“. Der Grundgedanke der Dichtung, die in Thüringen, der Heimat der Gattin des Dichters geschrieben ist, der Sieg des Friedens und der Versöhnung über Leidenschaft und Gewaltthätigkeit, stellt sich dar in dem wirkungsvollen Gegenseitze des gleich seinem Lande starken und unwüchsigen, von wildem Blut und ungestümen Sitten bewegten Norwegers zu dem in seinem Aeußern so schlichten, nur vom innern Licht des Geistes erleuchteten Däucher. Gehörte Taylor auch nicht selbst der Gesellschaft der „Freunde“ an, so war er doch nach ihren Grundsätzen erzogen am Ufer des Delaware und im lieblichen Thal Hochesseln, auf dem Schauspiel des zweiten Theiles seines „Lars“, das er deshalb mit Liebe schildert. Die lebendig in des Dichters Seele haftenden Bilder, die sich ihm auf seiner Reise nach Norwegen 1857 eingeschrieben, bilden die fesselnde Scenerie zum ersten Theil der Dichtung, in welcher er das Däucherthum aus seinen „engen Schranken in die freieren Regionen echter Menschlichkeit erhebt.“

Maulbronner Geschichtenbuch von Paul Lang. Stuttgart. Adolf Bonn u. Comp. — Die vorliegenden „Geschichten“ haben eine doppelte Eigenschaft. Einmal sind es anziehende Genrebilder aus den Seiten des Mittelalters, welche uns in ihrer originalen Färbung außerordentlich anmuthen, andererseits aber sind es Mosaik-Bausteine für die Geschichte im Allgemeinen und insbesondere auch des Klosters Maulbronn, welches zu den bedeutendsten seiner Art gehört und seinen mächtigen Einfluß über weite Lande hinaus geltend zu machen und zu vertreten wußte. Allen Respekt vor diesen Kern-Naturen, denen das Leben rauh und streng entgegentrat, das doch von ihnen bemüht wurde. Was uns aus diesen Seiten Wunderliches und Absonderliches entgegentritt, erscheint in den Maulbronner Geschichten nur natürlich — ruft aber unter regstem Interesse nach. Wach und hält es gefangen. Die Sprache ist einfach und gut und ganz und gar entfernt von der jetzt so häufigen Künstelei und einer modern gewordenen Geschraubtheit, welche immer widerwärtig wird. Die „Maulbronner Geschichten“ werden viele Freunde und Leser finden. S.

Der lezte Republikaner. Roman von Ernst Nethwisch. Baden-Heimrich Fischer Nachfolger. 1888. — Einer von den besten geschriebenen Romanen, welcher sich in den allerneuesten Zeitverhältnissen bewegt und die politischen Gegensätze in nicht unangenehmer Weise in den einzelnen Personen zur Anschauung bringt und aufeinander plazt läßt. Die Fabel ist sehr einfach, die Geschichte fließt einem ruhigen Bach gleich in engen Verhältnissen dahin; trotzdem aber spielen sich auch in den engen Grenzen dieser kleinen Verhältnisse schwere Conflicte ab, deren Lösung wir mit reitigem Interesse verfolgen. Einen Rat möchten wir dem Verfasser geben: etwas mehr Sorgfalt auf die Art zu verwenden, in welcher die Menschen sich äußern. Die in dem Buche geschilderten Menschen mögen ja im Leben ziemlich salopp sprechen. Der Dichter darf aber unseres Erachtens nicht so verschämt. Nicht Alles, was wahr ist, ist darum auch schön und am Allerwichtigsten darf der Lehrer des Volkes, und als solchen betrachten wir jeden Schriftsteller, sich selbst zu controlliren nicht anhören und sich nicht gehen lassen“. S.

Kaiser, in welches die Versammlung begeistert einstimmte. Darauf verlas stud. theol. Siegert ein von ihm selbst verfasstes Gedicht, in welchem das heilige Jahr der Hohenzollern geprägt wurde. In die feierlichste Sitzung versetzte stud. theol. Gembus, der den Verein schon oft durch seine Poetische Freiheit hat, die Versammlung durch ein auf den Kronprinzen bezügliches Gedicht. Den Gefühlen der Verehrung für unsere Kronprinzen und den Wünschen der Versammlung für seine baldige Genesung wurde in einem urkundlichen Salamander Ausdruck gegeben. Die nach einigen weiteren Gesängen eröffnete Fidelitas hielt die Festteilnehmer bis spät nach Mitternacht zusammen.

+ **Kaufmännischer Verein Union.** Der Verein veranstaltet am 11. Februar im Saale des Concerthauses ein Maskenfest. Zu demselben werden bereits seit einiger Zeit umfassende Vorbereitungen getroffen.

**B. Ein Breslauer in Zittau.** Mit dem Schluß des Jahres ist der greise Stadtverordnetenvorsteher von Zittau, Commerzienrat Gisingberg, aus der Versammlung freiwillig geschieden, zum lebhaften Bedauern der Bürgerschaft. Derselbe ist ein geborener Breslauer, kam 1840, fünfundzwanzig Jahre alt, nach Zittau und wußte sich rasch Ansehen bei seinen Mitbürgern zu verschaffen, denn schon 1849 ward er Mitglied der Deputation, die nach Dresden geschickt wurde, um für die Anerkennung der Reichsverfassung zu wirken. 1854 wurde er Stadtverordneter und 1871 Vorsteher der Stadtverordneten. Die glänzende Entwicklung der Stadt in den letzten dreißig Jahren ist vorzugsweise seinem Zusammenwirken mit dem Bürgermeister Haberstock zu verdanken, was die Stadt durch seine Ernennung zum „Ehrenbürger“ anerkannt hat.

+ **Fest.** Der Niederrei-Besitzer Chr. Pfeiffer feierte am Sonnabend im Etablissement „Belvedere“ aus Anlaß des Verkaufs seiner Niederei ein Abschiedsfest, zu welchem sämtliche Capitäne und Maidsäfinnen seiner Dampfer und die Herren des Bureaus mit ihren Frauen eingeladen waren.

**• Stenographie.** Am Freitag, 27. d. Mts., beginnt wieder unter Leitung des Herrn Egmont Pollak, Ring 2, II, ein Unterrichtskursus in der im Abgeordnetenhaus amtlich gelehrtene Neu-Stolzesche Stenographie. (Siehe Inserat.)

**• Vortrag im Protestantverein.** Am 20. Januar sprach Diakonus Just über Rechtserfertigung und Abläß. Unter Rechtserfertigung, so führte der Vortragende aus, ist die Wiederherstellung des durch die Sünde gefürteten rechten Verhältnisses zwischen Gott und dem Menschen zu verstehen. Nach dem Evangelium kann Gott allein den Sünder wieder in den rechten Zustand versetzen, indem er ihm Schuld und Strafe erläßt. Diese Gnade hat der Mensch im Glauben, d. h. im Vertrauen zu ergreifen. Die evangelische Rechtserfertigungslehre ist durch Paulus ausgebildet worden. Es handelt sich damals um die wichtige Frage, ob den Heiden, welche Christen werden wollten, das ganze jüdische Geiz, also auch die Forderung der Bescheidung sollte als Bedingung für den Eintritt in die christliche Gemeinschaft auferlegt werden, oder ob der Glaube an Jesum Christum genügen sollte. Paulus war entschieden dagegen, daß den Christen wieder das Gesezegos aufzufordern werden sollte, weil nach seiner eigenen Erfahrung doch Niemand das ganze Gesez erfüllen und somit den Anspruch erwerben kann, von Gott für einen gerechten erklärzt zu werden. Wenn also auf dem Wege des Gesezes nicht Gerechtigkeit erlangt werden kann, wozu sollen die Christen daran gebunden werden? Das ist ja die Bedeutung des Kreuzestodes Jesu, daß Gott den Sünder von Sünde und Strafe freisprechen kann, weil Jesus die Strafe erlitten und alle Schuld bezahlt hat. Auf Grund des führenden Todes Jesu schenkt Gott allen Menschen die Gerechtigkeit, wenn sie dieselbe in herzlichem Vertrauen annehmen wollen. Durch den Glauben wird also der Mensch gerecht vor Gott und erlangt die Kindschaft Gottes. Da der Glaube als herzliches Vertrauen die innige Vereinigung mit Christo bedeutet, so ist damit ein neuer Lebensanfang gezeigt, eines Lebens, das sich fortsetzt in stetem Kampf gegen die Sünde und sich einst in vollkommener Heiligkeit vollendet. Aber das Unvollkommen des Zustandes hier auf Erden benimmt demselben nichts von seinem Werth. Im Glauben an Jesum Christum sind die Erbfeinde schon hier der Gnade Gottes und der künftigen Seligkeit allezeit so gewiß, daß nichts sie scheiden kann von der Liebe Gottes. Die Paulinische Rechtserfertigungslehre von Luthers Schwert, womit er die Christen von einem neuen Gezesjoch befreite. Nach der Lehre der römisch-katholischen Kirche kann der Sünder die Gnade Gottes allein durch die Kirche, d. h. durch den Priester erlangen. So ist der Mensch gebunden an das Urtheil von Menschen, die ihm losprechen oder ihm die Sünde beklagen können. Kommt aber, wie die evangelische Kirche lehrt, das Heil allein von Gott, so ist der Christ frei von menschlicher Vermittelung und allein gebunden an das Evangelium, das ihm die Gnade verkündet. Wenn aber das Evangelium im Herzen die Gnade ausrichtet, der hat doch eine größere Gewissheit, als wenn ihm bloß der Priester die Sünden vergibt. In dieser Gewissheit durch das Evangelium können wir allen Bannsprüchen trocken, die uns von der Seligkeit ausschließen wollen. Nach evangelischer Auffassung tritt Gott durch die Rechtserfertigung mit dem Menschen in einen Bund, auf Grund dessen er ihm die Vergebung aller Sünden zusagt, so oft der Gerechtigkeitszug in Buße und Glauben sich zu ihm wendet. So kann also die Sünde, gegen die der Gerechtigte noch täglich ankämpfen muß, ihn nicht wegen seines Heiles beunruhigen; er ist ihrer Vergebung gewiß, sobald er nur im Vertrauen auf die Hilfe Gottes auf ihre Überwindung hinarbeitet. Aus dieser Gewissheit geht der protestantische Heldenmuth, der unverzagte Trost hervor, auch wenn es ringzum dräut und weitert. Diese Gewissheit hat das Tridentinische Concil ausdrücklich als Irrthum verworfen. Der römische Katholik soll nie seines Heiles gewiß sein dürfen. Darum lehrt die römische Kirche: durch die Taufe wird der Mensch gerecht gemacht, aber durch jede nachfolgende Lodsünde geht die Gnade wieder verloren und kann nur durch das Sacrament der Pöbeliten wieder erlangt werden. So ist also der Katholik fort und fort auf die Kirche gewiesen, wenn er Gewissheit haben will, ob er felig werden wird. Auch über die Bedingungen sind die Lehren der beiden Kirchen verschieden. Nach römischer Lehre ist der Glaube nicht das herzliche Vertrauen, die völlige Hingabe des Menschen an Gott, sondern das Fürmachen aller kirchlichen Lehren; deshalb bedarf der Glaube der Ergänzung durch gute Werke, unter welchen namentlich kirchliche Werke, Fasten, Almosen, Rosenkranzbetzen u. s. v. zu verstehen sind. Diesen Werken wird die Kraft zugeschrieben, daß sie die Gnade Gottes verdienen können. Wir Protestanten sprechen den Werken jedes Verdienst ab, weil sie nur aus der von Gott gegebenen Gesinnung hervorgehen können und immer unvollkommen bleiben; aber wir fordern auch; nur verlangen wir, daß sie aus der gläubigen Gesinnung mit natürlicher Notwendigkeit erwachsen und daß es nicht bloß kirchliche Werke sind, sondern solche, die Gott durch das Gewissen und das Sittengeboten hat. Aus diesem Unterschiede ergiebt sich, daß auf Seiten der römisch-katholischen Kirche mehr die Kirchlichkeit, auf unserer Seite die Sittlichkeit mehr hervorträgt. Nach evangelischer Lehre werden dem Gläubigen Schuld und Strafen erlassen, nach römisch-katholischer Lehre nur die ewigen Strafen; die zeitlichen Strafen dagegen, d. h. die Strafen, welche Gott und die Kirche auflegen, müssen durch gute Werke hier auf Erden oder durch die Qualen im Fegefeuer abgebußt werden. Diese Strafen kann die Kirche gegen die Leistung von geringen Bußwerken, sogar für Geld erlassen, indem sie, was der Sünder an guten Werken erlangt, aus dem Schrage der überflüssigen Werke Christi und der Heiligen ergänzt. Das ist der Abläß. Derselbe wird zwar nur ertheilt unter Voraussetzung der Reue und der Ohrenbeichte. Aber da die Reue aus Furcht vor den Strafen schon genügt und diese Furcht durch den zu erlangenden Abläß aller Strafen gemindert wird, so muß seine Einrichtung zur Beförderung des Sittenverderbnisses führen. Am Abläß hat die Reformation ihren Anfang genommen. Aber das Abläsunwesen dauert noch fort, wenn derselbe jetzt auch nicht mehr gegen Geld sondern gegen irgend welche kirchliche Leistungen ertheilt wird. Der Abläß und die Feuertuinen bilden eine Kluft zwischen der evangelischen und katholischen Kirche, über welche hinweg die beiden Kirchen sich niemals die Hände zum Bunde reichen können.

+ **Breslauer Dichterschule.** Mit dem Januarheft, das vor einigen Tagen die Presse verlassen, treten die „Monatsblätter“, das Organ des Vereins, in den 14. Jahrgang ihres Bestehens, während dessen sie sich einen ansehnlichen Kreis poesieliebender Leser in allen Berufsräumen erworben. Unter den Mitarbeitern des Heftes finden wir Julius Gesellhofen, Sigmar Mehring, Karl Maria Heidt, Reinhold Fuchs, Philo v. Walde, Peter Hille, F. Herse, Leopold Hörmann u. a. als die Autoren kirchlicher Produkte vertreten. Die Prosafolge bringt unter dem Titel: „Etimas über Christian Dietrich Grabbe“ den ersten Abschnitt eines über diesen Dichter im Verein kürzlich gehaltenen Vortrages des Herrn Ludwig Sittenfeld. — Die Sitzungen des Vereins im Monat December waren nach dem auszugsweisen Bericht aus den Protokollen ebenso aufzufriedenstellend besucht, als sie schönes und Anregendes in reichem Maße boten; auch der gesellige Herrenabend am 20. December erfreute sich Dank der gewohnten Fülle Declamatorischer und musikalischer Gaben einer vorzugsweise lebhaften Theatralnahme, so daß der Verein wohl mit froher Zuversicht in das neue Jahr eintreten durfte.

**• Frauenbildung-Verein.** Um vergangenen Montag hielt Frau Clara Schönborn ihren Vortrag über George Eliot. Auf lebhaften Wunsch der Versammlung sprach alsdann Frau Clara Schönborn noch einmal den von ihr zur Einweihungsfeier der Vereinsräume Catharinenstraße 18 gedicteten Prolog. Die Stellenvermittelung für die zu Ostern abgehenden Kinderpflegerinnen hat bereits ihren Anfang genommen, sie findet in der Registratur des Vereins, Catharinenstraße 18, statt, wo auch die Anmeldungen der neu eintretenden Kinderpflegerinnen entgegenommen werden.

**• Verein Rastatt (ehem. 22er).** Der am 10. November 1887 begründete Verein ehemaliger 22er hat es in der kurzen Zeit bis auf fast 100 Mitglieder gebracht. Vorsitzender ist Herr Walter Albrecht v. Bigage, Schriftführer Herr Kilian, Kassirer Herr Kleiner I. Das Vereinslocal ist im „blauen Schiff“, Herrenstraße 19. In der letzten Sitzung hielt Kamerad Madan eine Vorlesung über den ersten Feldzug des siebenjährigen Krieges. Donnerstag, 26. d. M., setzt derselbe seine Vorlesung fort.

**• Breslauer landwirtschaftlicher Verein.** Am Dienstag, Vormittags 11 Uhr, hielt der Breslauer landwirtschaftliche Verein im Saale der Hansem'schen Weinhandlung seine Jahres-Generalversammlung ab. Dieselbe begann mit der Aufnahme neuer Mitglieder. Hierauf erstattete der Schriftführer des Vereins Dr. Kutsch, den Jahresbericht. Der Verein hat sich auch in dem abgelaufenen Jahre erfreulich weiterentwickelt und eine rege und erfolgreiche Thätigkeit bewiesen. Die Zahl der Mitglieder stieg auf 595. Das Vereinsvermögen erfuhr einen Zuwachs von 2744,99 Mark, indem es von 106 499,36 M. auf 109 244,35 M. stieg. Wie bisher hat auch in dem abgelaufenen Jahre der Verein gemeinnützige landwirtschaftliche Zwecke dienende Unternehmungen thatkräftig gefördert. An Stipendien für bedürftige Schüler der landwirtschaftlichen Lehranstalten des Centralvereins, an Subventionen für landwirtschaftliche Institute, sowie für zweckverwandte Vereine u. s. f. sind namhafte Beiträge verwandt worden. Die vom Verein zur Förderung der Landwirtschaft ins Leben gerufenen und unterhaltenen Einrichtungen haben wiederum eine befriedigende Thätigkeit entfaltet. Der Maschinemarkt war zahlreich besucht und gut besucht und ergab wiederum einen reichen Ueberschuß. Die bisherige Samenkontrollestation wurde zu einer selbstständigen agricultur-botanischen Verfuchs- und Samenkontrollestation mit erweitertem Programm umgestaltet und ist am 1. April in die geeigneten und zweckmäßig eingerichteten Parterreverräumlichkeiten des dem Centralverein gehörigen Grundstückes, Matthiashausplatz 6, verlegt worden. Auch das innere Vereinsleben war rege und fruchtbringend. Die sechs Generalversammlungen erfreuten sich zahlreicher Bezeichnung und boten Gelegenheit zur Berathung über mannigfache wichtige Fragen, sowie zur Abhaltung einer Reihe belebrender Vorträge. Der vom I. Kassen-Curator, Rittergutsbesitzer Schadt, erstattete Kassenbericht ergab (incl. des Bestandes aus voriger Rechnung) eine Gesamt-Einnahme von 128 352,60 Mark und eine Gesamt-Ausgabe von 19 108,25 M. Der Bestand pro 1888 beträgt also 109 244,35 M. Der Etat für das neue Jahr balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 118 864,35 M.; derselbe wurde von der Versammlung genehmigt. Zu Rechnungsrevisoren wurden die bisher als solche fungirenden Herren Regierungsrath Frank und Rittergutsbesitzer Lemahl wiedergewählt. Für den aus dem Vorstand ausgeschiedenen Amtsraht Grove wurde Rittergutsbesitzer von Wallenberg-Schmolz zum 2. Stellvertreter des Vorstehenden gewählt. Zu Delegirten für den Centralverein wählte die Versammlung die Herren Rittergutsbesitzer Schadt, Rittermeister Stapelsfeld und Landes-Abteilern von Schönberg. Hierauf referierte Dr. Trampe über „die Bedingungen der Ausstellungsortordnung für Thiere auf der seitens der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft veranstalteten II. Wander-Ausstellung zu Breslau.“ Gemäß den Vorschlägen des Referenten beschloß die Versammlung, von Vereinswegen 4 Garantiescheine zu zeichnen und zu Prämitierungszwecken für die genannte Ausstellung 1000 Mark zu bewilligen. Dr. Klein-Proskau referierte demnächst über „Schleuderentrahmung mit Dampf- und Handbetrieb“. In Verbindung mit dem Vortrag fanden Demonstrationen mit 2 Civilingenieur Lesius gestellten Handseparatoren von der Fabrik statt. Dr. Klein theilte ferner mit, daß vom 1. bis 9. Februar am mitwirtschaftlichen Institut zu Prostau ein Molkereicurios abgehalten wird. Im Anschluß an die Demonstrationen mit den Handseparatoren wies Director Klein auf die Bedeutung dieser Maschinen, namentlich auch die zwischen Decke und Dachung befindliche, aus Hobelsägen bestehende Ausführung. Das Feuer wurde mittelst einiger Eimer Wasser gelöscht.

**• Besitzveränderungen.** Rittergut Lichtenwalde, Kreis Bunzlau, Verkäufer: Rittergutsbesitzer Paul Schubert; Käufer: Particulier Ernst Eichner aus Breslau.

**• Feuer.** Durch unvorsichtiges Umgehen mit Licht geriet auf dem Grundstück Hirschstraße 58 ein Schuppen in Brand. Es brannte die zwischen Decke und Dachung befindliche, aus Hobelsägen bestehende Ausführung. Das Feuer wurde mittelst einiger Eimer Wasser gelöscht.

**• Belohnung.** In der Nacht vom 5. zum 6. November v. J. fiel die 24 Jahre alte Arbeiterin Anna Scholz in der Nähe der Lessingbrücke in die Oder. Dem Oberwächter Emil Wegener, welcher das dem Ertrinken nahe Mädchen mit eigener Lebensgefahr gerettet, ist jetzt von Seiten des Regierungspräsidenten eine Belohnung von 15 Mark bewilligt und eingehängt worden.

**• Raufurter Betrug.** Vor einigen Wochen erschien in einem hiesigen größeren Waarengehäuse eine den besseren Ständen angehörende Dame, welche für 14 Mark Delicatessen einkaufen. Sie erhielt von dem expedirenden Commis einen Zettel, auf welchem die entnommenen Gegenstände mit der Preisnotierung verzeichnet waren, und der unter Zahlung des Betrages beim Kassirer, wie üblich, abgegeben werden sollte. Beim Weggehen entnahm die Dame jedoch noch bei einem anderen der dortigen Commis eine Kleinigkeit im Preise von 90 Pf., worüber sie gleichfalls einen Zettel empfing. Nunmehr ging die Dame zum Kassirer, zahlte aber unter Abgabe des letzten Zettels nur den Betrag von 90 Pf., während sie die Bezahlung von 14 Mark unterließ. Das Betrugsmädel war ihr gesichtet. Acht Tage später wiederholte dort die Dame das Gaunerstück, welches jedoch diesmal von dem Personal, allerdings erst zu spät, entdeckt wurde. Man beschloß nun, die Betrügerin bei ihrem nächsten Wiederkommen genau zu beobachten. Als die Dame bei ihrem dritten Erscheinen den Laden verlassen hatte, wurde ihr vom Geschäftsinhaber ein Commis nachgeschickt, der sie auf der Straße anhielt und sie über die verübten Gaumereien zur Rede stellte. Ihren Angaben in Bezug auf Stand und Namen schenkte der Commis keinen Glauben, sondern verfolgte sie bis in ihre Wohnung. Ein herbeigerufener Schuhmann stellte hier fest, daß die Wohnung, in welche die Betrügerin geflüchtet war, ihr garnicht gehörte. Die Untersuchung der Angelegenheit ist im Gange.

**• Unglücksfälle.** Als der Knecht Paul Lewenda aus Prisselwitz, Kreis Breslau, neben seinem mit Sand beladenen Wagen einberging, wurden die von ihm geleiteten Pferde plötzlich scheu und gingen durch. Der Knecht stürzte bei seinen Bemühungen, die Thiere zu zügeln, zu Boden und wurde überfahren. Er erlitt mehrfache Kopfschwellungen und eine schwere Quetschung der rechten Körperseite. Außerdem wurde ihm das rechte Ohr abgerissen. — Der auf der Laurentiusstraße wohnende Arbeiter August Schaff stürzte beim Ueberqueren eines Steinsteines auf der Scheitnerstraße so unglücklich zu Boden, daß er mit gebrochenem rechtem Beine liegen blieb. Beide Verunglückten fanden Aufnahme im hiesigen Krankeninstuit der Barmherzigen Brüder. — Dem auf dem Schiekerwerderplatze wohnenden Arbeiter Carl Jäschke fiel am 23. d. M., Nachmittags, ein schweres Fahrrad, das er von einem Wagen laden wollte, auf das linke Bein und zerstörte ihm die Unterschenkelknöchen derselben. — Bei dem Hafenbau in Böpplen verunglückte heute Mittag der auf der Ottostraße wohnende Arbeiter Carl Jäschke. Derselbe fiel von einem hohen Gerüst herab und brach bei dem Aufsprall den rechten Arm. — Den leichtgenannten Arbeiter wurde in der Königl. chirurgischen Klinik Aufnahme bezw. ärztliche Hilfe zu Theil.

**• Schwere Körperverletzung.** Am 23. Januar geriet der Cigarrenarbeiter Wilhelm Spilmann auf der Scheitnerstraße mit mehreren Männern in Streit, der damit endete, daß Spilmann mehrere tiefe Wunden in den Rücken und einen Oberarm erhielt. Der Arbeiter mußte in Folge dessen nach dem Allerheiligsten-Hospital geführt werden. Leider sind die Nebelhäuser bis jetzt noch nicht errichtet worden.

+ **Gestorgenommen wurde ein Kellner,** welcher in einer Weinhandlung am Dominikanerplatz in Stellung und seinem Principal mit der aus 75 M. be-

stehenden Tagesspeisenausgabe durchgegangen war. Bei seiner Festnahme war das entwendete Geld bereits bis auf den letzten Pfennig verausgabt. — Zu einem Schuhmachermeister auf der Stockgasse kam gestern ein bereits wegen olzfächer Diebstähle vorbestrafter Arbeiter und wollte ihm zwei neue Schuhe verkaufen. Da sich der Arbeiter über den rechtmäßigen Erwerb des Leders nicht zu legitimieren vermochte, so wurde ein Schuhmann herbeigerufen, welcher ihn verhaftete. Die beschlagnahmten Ledere liegen im Bureau Nr. 13 zur Ansicht aus und können vom rechtmäßigen Eigentümer in Empfang genommen werden.

**• Polizeiliche Meldungen.** Gestohlen wurden der 6 Jahr-alten Sohn eines Choralisten von der Holsteistraße von einer unbekannten Frauensperson ein goldener Ohrring, einem Juwelier aus Rumpitz eine goldene Damencylinderuhr mit der Fabriknummer „9879 S.“. — In handen gekommen sind der Frau eines Oberstleutnants aus Neisse ein Tasch mit Fleischwaren, einem Kutscher von der Kaiser-Wilhelmsstraße ein grauer Leinwandtasch mit 3 Taschen, welche Dextrin, Schwefelblättchen und Thee enthielten, einem Kaufmann von der Kupferschmiedestraße ein goldener Reifring mit wertvollen Brillanten.

**B. Görlitz, 21. Januar.** [Riesengebirgsverein - Section Görlitz.] Der soeben ausgegebene Jahresbericht, erstattet von dem aus dem Amt geschiedenen Schriftführer Prümke, stellt fest, daß die Section am 31. December 1887 544 Mitglieder (gegen 525 im Vorjahr) zählte. An gemeinsamen Ausflügen wurden drei unternommen, und in vier von 7 Sitzungen Vorträge gehalten. Im December bewilligte die Section 500 Mark Buchfuß zur Herausgabe eines Hefts der Drei-Fühlischen „Europäischen Wanderbilder“ das Dr. Blau abfassen wird. Der Rechnungsschluß am 31. December 1887 hat einen Kassenbestand von 558,70 M. ergeben. Vorsteher für 1888 ist wieder Stadtrath Halberstadt, sein Stellvertreter Landgerichtsrath Danel, Schriftführer Oberlehrer a. D. Dr. Winkler.

**• Grünberg, 23. Jan.** [Kriegerverein. — Theaterabend. — Petition.] Der hiesige, 360 Mitglieder und zwei Ehrenmitglieder zählende Kriegerverein hielt gestern seine statutenmäßige Generalversammlung ab. Der Vereinsvorsteher, Herr Fabrikdirektor Mattenloß, eröffnete die Sitzung mit einem dreimaligen Hoch an den Kaiser. An die Hinterbliebenen von 10 im Laufe des vergangenen Jahres verstorbene Kameraden wurden vom Verein 500 Mark Begräbnisprämien gezahlt. Das Vereinsvermögen stieg auf 4508 Mark; angelegt ist dasselbe in preußischen Staatspapieren und in der hiesigen städtischen Sparkasse. — Der hiesige katholische Gesellenverein veranstaltete gestern Abend im Künzel'schen Saale einen Theaterabend. Ein zahlreiches Auditorium wohnte den wohlvorbereiteten Aufführungen bei. — Zur Zeit circuliert in der hiesigen Bürgerschaft eine Petition bezüglich Sammlung von Unterlagen, welche an den Minister für öffentliche Arbeiten gesandt werden soll und in welcher dieser erholt wird, den Bahnhof Horla-Sorau-Grünberg (Bau einer Bahn von Grünberg nach der sächsischen Landesgrenze) mit Weiterführung Böllschau-Schwiebus-Kreuz zu fordern.

**h. Lanbar, 23. Jan.** [Goldene Hochzeit. — Landwirtschaftlicher Verein.] Das Restaurateur Trautmann'sche Ehepaar feierte heute in voller körperlicher und geistiger Frische das Fest der goldenen Hochzeit. Die Einsegnung des Jubelpaares erfolgte in der Kreuzkirche durch Herrn Pastor prim. Thüfus, welcher auch die vom Kaiser verliehene Chefbüdiläums-Medaille überreichte. — In der gestrigen Sitzung des landwirtschaftlichen Vereins des Kreises Lanbar wurden die Herren Gutsbesitzer Wende-Altanbar und Dietrich-Schreibersdorf als Delegirte zu den im Februar stattfindenden Sitzungen des landwirtschaftlichen Centralvereins zu Breslau gewählt. An Stelle des verhinderten Hrn. Prof. Dr. Holdeleß-Breslau ist wieder Herr Dr. Schulz-Breslau, Adjunkt der agrar- und chemischen Verfuchstation, erschienen, welcher einen lehrreichen Vortrag über „concentrirtre Futtermittel“ hielt.

**r. Schweidnitz, 22. Januar.** [Stiftungsfest. — Gartenbauverein.] Der Gewerbeverein der Bauhandwerker feierte gestern Abend in Lindner's Etablissement sein erstes Stiftungsfest mit humoristischen Vorträgen und Tanz. — Der Freiburger Gartenbau-Verein hielt heute Nachmittag hierorts eine Sitzung ab, in welcher Kunst- und Handelsgärtner Althier einen Vortrag hielt über „Die Anlage von Versuchsobstgärten in verschiedenen Gegenden Schlesiens“. Ausgeteilt hatte Handelsgärtner Althier ein Sortiment blühender Rosen, Cyclamen und Primeln.

**\*\* Brieg, 24. Jan.** [Drei Kinder erstickt.] Am vorigen Sonnabend sind in Hennersdorf, Kreis Namslau, zwei Mädchen im Alter von 6 und 2 Jahren und ein Knabe im Alter von 4 Jahren erstickt. Die Eltern hatten sich auf Tagesarbeit begeben. Vorher war jedoch der Ofen geheizt und die Stubentür dann sorgfältig verschlossen

Telegraphischer Specialdienst  
der Breslauer Zeitung.

Reichstag.

\* Berlin, 24. Januar. Der Reichstag erledigte heute in erster Berathung den Gesetzentwurf über den Erlaß der Wittwen- und Waisengeld-Beiträge von Angehörigen der Reichs-Civil-Verwaltung, des Reichsheeres und der Marine. Der Reichstag hat im vorigen Jahr durch eine einstimmige Resolution zu diesem Gesetz Veranlassung gegeben, und einstimmig sprachen sich auch heute die Vertreter der verschiedenen Parteien, die Abgeordneten von Benda, Dr. Baumbach, Frhr. von Manteuffel, Graf Behr-Behrenhoff und von Bernuth für das Gesetz aus. Da ein Antrag auf Commissionsberatung nicht gestellt wurde, so wird auch die zweite Lesung im Plenum stattfinden. In der weiteren Berathung der Special-Stats wurde der Etat für den Rechnungshof, sowie der Reichseisenbahnen ohne wesentliche Debatte genehmigt. Die folgende zweite Lesung des Militär-Stats gab ebenfalls nur an wenigen Punkten zur Discussion Anlaß. Die Position für pensionierte Offiziere, welche mit den Functionen der Bezirkscommandeure beauftragt werden sollen, wurde an die Budgetcommission zurückverwiesen. Der nationalliberalen Abgeordnete für Böhm, Dr. Haarmann, hatte nämlich über die Belästigung der Reserveisten und Landwehrleute in Folge der Centralisation des Meldewesens geklagt und war vom Abgeordneten Richter eindringlich unterstützt worden, so daß eine nochmalige Untersuchung in der Commission angebracht erschien. Auch die Errichtung einer eigenen Mühle durch die Militär-Verwaltung bemängelte der Abgeordnete Richter, der die Privatindustrie wie bisher herangezogen wissen wollte, die grade in Berlin mindestens so leistungsfähig wäre, wie die fiscalischen Anstalten. Allerdings müsse man das fiscalische Misstrauen den großen Mühlenanlagen gegenüber fallen lassen. Auch die Qualität des Commisbrotes sei wenig befriedigend. Der Vertreter der Militärverwaltung vertrat demgegenüber den Standpunkt, daß die mögliche Garantie für gutes Brot und möglichste Sicherung für alle Bedarfsfälle dem Heer Noth thäte. Hier wie auch später wurden die Positionen den Anträgen der Budget-Commission gemäß genehmigt. Windhorst vertrat die letzteren mehrmals umzustimmen mit dem Hinweis auf die Anspannung der Volkskraft durch die neue Militärvorlage und die daraus folgende Pflicht, daß Allernothwendig zu bewilligen. Doch wurde der Festsaal des Kriegsministers, den er bekämpfte, sogar mit den Stimmen eines großen Theils des Centrums unter Führung des Herrn von Huene, und fernerhin die Forderung für die Vorarbeiten zur Verlegung eines neuen Garderegiments nach Berlin bewilligt. Bevor die Kadettenhäuser an die Reihe kamen, um die sich voraussichtlich eine größere Debatte entspinnen wird, wurde die Sitzung vertagt. Morgen am Schwerinstag stehen die Anträge Letocha auf Arbeitsschuh und Lohnen auf Brotregulativ zur Berathung.

20. Sitzung vom 24. Januar.

1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Bötticher, Bronsart von Schellendorff, Aschenborn.

Präsident v. Wedell-Piesdorf eröffnet die Sitzung um 1½ Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Lesung des Gesetzes, betreffend den Erlaß der Wittwen- und Waisengeldbeiträge von Angehörigen der Reichscivilverwaltung, des Reichsheeres und der Marine.

Abg. v. Benda (natl.) begrüßt die Vorlage mit Freuden und als die Honorierung einer im Vorjahr von ihm beantragten und fast einstimmig angenommenen Resolution auch mit Genehmigung. Er hält die durch den Entwurf aufgestellten Grundsätze für nicht so streitig, daß es einer Commissionsberatung bedürfe, wünscht dem Gesetz dieselbe einstimmige Annahme, wie sie die Resolution gefunden habe, und hofft, daß sämtliche Einzelstaaten, dem bereits gegebenen Beispiel Preußens folgend, ihrerseits mit der Ausführung vorgehen werden.

Abg. Baumbach (dfr.) schließt sich dem letzteren Wunsche an und erklärt die Zustimmung der Freisinnigen zu der Vorlage. Auch er hält die commissarische Prüfung nicht für erforderlich.

Abg. v. Manteuffel (deutsch.) ist über die sympathische Aufnahme des Entwurfs sehr erfreut und empfiehlt gleichfalls einstimmige Annahme derselben.

Abg. Graf Behr-Behrenhoff (Reichsp.)theilt mit, daß die ursprünglich in seiner Partei vorhandene Absicht, die Aufhebung einstweilen nicht auf die höheren Beamtenkategorien zu erstrecken, wieder aufgegeben sei, um der Durchführung des Prinzip's kein Hemmnis zu bereiten, daß also auch die Reichspartei dem Entwurf, wie er vorliege, zustimmen werde.

Damit schließt die Generaldiscussion.

Die zweite Lesung wird im Plenum stattfinden. Hierauf wird die Etatsberathung fortgesetzt und zunächst der Spezialetat des Rechnungshofes unverändert ohne Debatte genehmigt.

Beim Etat der Verwaltung der reichsländischen Eisenbahnen erklärt auf eine Anfrage des Abg. Bingens der Bundescommissar, Geh. Rath Kiel, daß die Verwaltung unausgelebt bestrebt ist, ihren Beamten die auskömmliche Sonntags- und Feiertagsruhe zu gewähren. Die Bureau-Beamten hätten in dieser Beziehung volle Freiheit, nicht ganz so befriedigend siehe es mit den Stations- und Betriebsbeamten, doch werde auch hier jede thunliche Erleichterung gewährt.

Der Etat wird genehmigt, das Haus geht über zur Berathung des Spezialetats der Militärverwaltung.

Eine Reihe von Capiteln des Ordinariums der Ausgaben wird ohne jede Debatte bewilligt.

Bei Capitel 24 (Geldverpflegung der Truppen) bemängelt Abg. Haarmann (natl.) die Mehrforderung von 5040 Mark für sieben pensionierte Hauptleute, welche als Vorstände für die in Compagnie-Sationsorten zu errichtenden Centralmeldebureaux in Aussicht genommen sind. Die Errichtung solcher Centralmeldebureaux bedeute eine große Beleidigung der Mannschaften des Beurlaubtenstandes. Redner beantragt die Zurückweisung des Titels in die Budgetcommission.

Kriegsminister Bronsart von Schellendorff will dem letzteren Antrage nicht widersprechen, bemerkte aber schon jetzt, daß die geplante Einrichtung vorgesehen sei, um anderweitig sonst entstehende Mehrforderungen für Teilung des Vertragscommandos u. dgl. zu vermeiden. Bei der Entwicklung des Vertragswesens und der Communicationen glaubte die Verwaltung, die für einzelne vielleicht erwachende Unbedecktheit weiterer Wege im Interesse der mit der Nachreihung verbundenen großen Kriegsreserve nicht allzu hoch veranschlagen zu sollen.

Abg. Richter tritt den Ausführungen des Abg. Haarmann bei, und hält es außerdem für nothwendig, auch den Titel "Mannschaften", der wegen der Fehlwahl im Zusammenhang mit der beanstandeten Position sieher der Commission zu überlassen. Nach einer kurzen Erwideration des Abg. Haarmann, der den Vorschlag Richter's acceptirt, wird der Titel "Pensionierte Offiziere" an die Budgetcommission verwiesen.

Genehmigt ohne jede Debatte werden die übrigen Capiteln des Ordinariums mit Ausnahme der Mehrforderung für das Cadettencorps, deren Discussion bis zur Berathung über die Forderung für ein neues Cadettencorps in Karlsruhe ausgelebt wird.

Im Extraordinarium wird für den Neubau von Magazinbauten in Berlin eine erste Baurate von 2100000 Mark verlangt.

Abg. Richter hält es für angezeigt, an dieser Stelle gegen die Ausdehnung des industriellen Betriebes des Militärfiscus zu protestiren und beantragt die Zurückweisung des betreffenden Titels an die Commission. Die Militärmühle werde keineswegs besser und billiger arbeiten, als die in Berlin etablierte, bereits bestehende Mühlenindustrie. Jedoch werde sie nicht, wie es in der Commission gedacht sei, für 36 bis 40 Pf. den Centner vernahlen, während die Verwaltung 75 Pf. dafür zahlen müsse. Woher sind diese Zahlen entnommen, worauf führen sie?

Generalmajor Blume entgegnet, daß diese Zahlen den Erfahrungen der Verwaltung in Berlin entnommen sind. Die Privatmühlen-Industrie

habe gar keine Neigung gezeigt, mit der Verwaltung in Berlin in Verbindung zu treten. Die Verwaltung kaufe ihre Getreide selbst, sie müsse es auch selbst vernahlen können, um die volle Sicherheit zu gewinnen, daß das für das Brot des Soldaten erforderliche Mehl auch besser Qualität sei. Außerdem habe man ein großes Quantum Mehl dauernd für den Kriegsfall bereit zu halten.

Abg. Richter: Dann müßten wir ja mindestens überall da, wo eine Garnisonbäckerei ist, auch eine Garnisonmühle errichten. Soll diese Consequenz ernstlich gezogen werden? Daß die Privaten nicht Neigung haben, mit der Verwaltung Contracte abzuschließen, liegt daran, daß die Verwaltung ihnen Aufsichtsbeamte dauernd aufzunehmen zumuthet. Solche mißtrauliche Behandlung brauchen sich Firmen von Weltreis nicht gefallen zu lassen. Die Verwaltung steht in dieser Frage eigentlich immer noch auf dem Standpunkte des Königs Joseph in Egypten. (Große Heiterkeit.) Sie will große Vorräte aufzustapeln und dabei gleichzeitig von der Privatindustrie sich unabhängig machen.

Abg. Graf Behr kann die Bedenken Richters nicht als berechtigt anerkennen und glaubt, seinerseits nicht befürchten zu müssen, daß die Verwaltung in großem Umfange zu diesem industriellen Betriebe übergehen wolle.

Abg. Schröder (dfr.): Diese Annahme bleibt doch aber selbst hinter demjenigen zurück, was die Motive schon gegeben haben. In der That wird die Militärverwaltung immer mehr ein großer Fabrikant, ein großer Kaufmann.

Der Antrag Richter wird abgelehnt, der Titel bewilligt.

Für den Umbau des Festhauses im Kriegsministerium werden 111000 Mark verlangt.

Abg. Windhorst bemerkte, daß man den in Aussicht stehenden enormen Militärforderungen gegenüber nur die nothwendigen Forderungen bewilligen müsse. Diese gehören nicht dazu, deshalb bitte er den Titel abzulehnen.

Kriegsminister Bronsart von Schellendorff bemerkte, daß der alte Saal so niedrig sei, daß er für den Aufenthalt von Menschen unangenehm ist; ein Vortheil für die Dienstwohnung entsteht aus diesem Neubau nicht.

Der Titel wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und eines Theiles des Centrums genehmigt.

Gestrichen werden 57900 Mark zur Herstellung einer angemessenen Fassade für den Gesamtbaum des Generalcommando-Dienstgebäudes in Stettin und 207000 M. zum Neubau eines Casernements in Stolp.

Schluß 4½ Uhr.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 2 Uhr. (Anträge wegen des Besichtigungs-

nachweises und wegen des Brotverkaufs nach Gewicht.)

Landtag.

\* Berlin, 24. Januar. Von den beiden Parlamenten, die jetzt täglich zu gleicher Zeit tagen, erfreut sich gegenwärtig das Abgeordnetenhaus des lebhafteren Besuches und stärkeren Interesses, heute um so mehr, als das wichtige Gesetz, betr. die Erleichterung der Volkschullasten, zur Berathung stand. In der Debatte zeigte sich eine eigenhümliche Erscheinung. Dieses Gesetz, mit welchem die Regierung anscheinend einen ungemein populären Gedanken zu verwirklichen glaubte, fand nur seitens des Vertreters der entschiedenen Opposition, des Abgeordneten Richter, unbedingte Zustimmung und warme Fürsprache. Richter betonte, daß damit wenigstens etwas für die ärmeren Klassen gethan wäre, die unter den neuen Steuerbelastungen am meisten zu leiden haben. Allerdings müsse er auf eine Erhöhung der Lehrergehälter und auch auf eine Besserung der Stellung der unverdientermaßen in Deutschland zurückgesetzten Lehrerinnen dringen. Dagegen machten grade die conservativen und ultramontanen Redner schwere Bedenken geltend. Am offensenten sprach die Beweggründe zu dieser wenig entgegenkommenden Haltung der reactionären Parteien der Abgeordneten von Schorlemmer-Alst aus. Die Eltern müßten Schulgeld geben, sonst hätten sie kein Interesse an der Schule. Erst kämen die Eltern, dann die Kirche, dann erst der Staat in den Angelegenheiten der Schule. Er sah die Schule auch als Vorbereitung für das jenseitige Leben und fürchtete eine Verstaatlichung schon deshalb, weil die jetzige kirchliche Regierung nicht immer am Ruder sei. Schon jetzt seien die Lehrer zur Hälfte Ungläubige und Heiden und der alte einfache Schulmeister von ehedem, dem er einen wehmütigen Nachruf hielt, habe einem hochmütigen Individuum Platz gemacht, das am liebsten den Staat allein regieren möchte und an Paradies und Hölle nicht glaube. Darum also nicht der sozialdemokratischen Standpunkt vom kostlosen Unterricht! Auch der conservativen Herr von Rauchhaupt wies auf die Masse Socialdemokraten in Berlin hin, wo der Schulunterricht frei ist. Er wie der welsche Hospitant des Centrums, Brügel, wollen wenigstens das Schulgeld facultativ machen. Letzterer fehrt auch verfassungsmäßige Bedenken hervor, nur notleidenden Gemeinden dürfen nach dem Artikel 25 der Verfassung Staatssubventionen gewährt werden. Der alte von Meyer-Arnswalde wollte vom Staat abweichen, ob der über dem Unterricht seiner Kinder, sondern wenn er die Kinder nicht in die Schule schickt, wird er bestraft, wenn er das Schulgeld nicht bezahlt, erscheint der Executor. Das Schulgeld hat man bisher wohl nur bestehen lassen, weil man keine anderen Mittel hatte. Seine Befestigung hat die Regierung in allen ihren Rescripten stets im Auge gehabt. Man sollte bei diesem Gesetz nicht so sehr ins Auge fassen, ob der oder jener Gemeinde eine Unbequemlichkeit erwächst, sondern man sollte das Ganze ins Auge fassen. Die Last des Schulgeldes soll den ärmeren Leuten abgenommen und auf leistungsfähigere Schultern übertragen werden. Wenn man nun das Schulgeld beseitigen wollte, so würden die Gemeinden, welche bereits lange das Schulgeld durch Communalabgaben erlegt haben, benachteiligt werden gegenüber denjenigen, welche das Schulgeld aufrecht erhalten haben. Besonders muß ich warnen davor, daß das Schulgeld etwa nur so weit befeitigt wird, als die Übererhebung reicht. Das wäre eine Verzettelung der vorhandenen Mittel. Dagegen muß ich mich vertheidigen, daß man den Gemeinden die Bedürfniszusammen, die sie bisher erhalten haben, in irgend einer Weise abnahmert. Das Schuldotationsgesetz wird von allen Seiten wie eine Art Weihnachtsbelehrung erwartet. Die Lehrer hoffen dabei auf eine Gehaltszehröhung, die Bäter auf Befestigung des Schulgeldes, die Gemeinden auf Erleichterung der Schullasten, worauf der Staat dabei hofft, weiß ich nicht. Ich theile nicht alle diese Erwartungen, ich halte es für sehr zweckmäßig, daß die Schulgeldfrage endlich geregelt wird, aber ich hoffe, daß das Schulgesetz trotzdem eifrig gefordert wird. (Besfall rechts.)

Abg. Barth: Wenn die freiconservative Partei dem Gesetz auch freundlich gegenübersteht, so verkennt sie doch nicht, daß dem Gesetz, welches sich als Notgebet darstellt, manche Schwierigkeiten entgegenstehen. Das Schulgeld ist ja eigentlich theoretisch keine Steuer, aber es wirkt ebenso, denn der Vater zieht nicht mit dem Lehrer einen freien Vertrag ab über den Unterricht seiner Kinder, sondern wenn er die Kinder nicht in die Schule schickt, wird er bestraft, wenn er das Schulgeld nicht bezahlt, erscheint der Executor. Das Schulgeld hat man bisher wohl nur bestehen lassen, weil man keine anderen Mittel hatte. Seine Befestigung hat die Regierung in allen ihren Rescripten stets im Auge gehabt. Man sollte bei diesem Gesetz nicht so sehr ins Auge fassen, ob der oder jener Gemeinde eine Unbequemlichkeit erwächst, sondern man sollte das Ganze ins Auge fassen. Die Last des Schulgeldes soll den ärmeren Leuten abgenommen und auf leistungsfähigere Schultern übertragen werden. Wenn man nun das Schulgeld beseitigen wollte, so würden die Gemeinden, welche bereits lange das Schulgeld durch Communalabgaben erlegt haben, benachteiligt werden gegenüber denjenigen, welche das Schulgeld aufrecht erhalten haben. Besonders muß ich warnen davor, daß das Schulgeld etwa nur so weit befeitigt wird, als die Übererhebung reicht. Das wäre eine Verzettelung der vorhandenen Mittel. Dagegen muß ich mich vertheidigen, daß man den Gemeinden die Bedürfniszusammen, die sie bisher erhalten haben, in irgend einer Weise abnahmert. Das Schuldotationsgesetz wird von allen Seiten wie eine Art Weihnachtsbelehrung erwartet. Die Lehrer hoffen dabei auf eine Gehaltszehröhung, die Bäter auf Befestigung des Schulgeldes, die Gemeinden auf Erleichterung der Schullasten, worauf der Staat dabei hofft, weiß ich nicht. Ich theile nicht alle diese Erwartungen, ich halte es für sehr zweckmäßig, daß die Schulgeldfrage endlich geregelt wird, aber ich hoffe, daß das Schulgesetz trotzdem eifrig gefordert wird. (Besfall rechts.)

Abg. Brügel beantragt die Berathung der Vorlage an eine Commission von 21 Mitgliedern. Die Commission wird sich namentlich auch mit der Verfassungsfrage beschäftigen müssen. Ich kann zwar nach der Praxis, die sich herausgebildet hat, nicht mehr annehmen, daß die Verfassung jede Einzelgesetzgebung auf dem Gebiete des Schulwesens unterliegt, aber die Artikel 24—26 der Verfassung müssen doch beobachtet werden. Daß es sich hier um ein Notgebet handelt, macht dabei nichts aus. Nach der Verfassung soll der Staat nur der Gemeinde mit seinen Geldmitteln zu Hilfe kommen, welche leistungsfähig ist. Hier soll allen Gemeinden ohne Unterchied etwas überwiesen werden. Was das Gesetz selbst betrifft, so ist es ein Schritt weiter auf der Bahn, die Macht des Staates der Schule gegenüber zu stärken. Das Schulaufschlagsgesetz stellt allein die Staatsaufsicht fest und ignoriert das Recht der Kirche. Wie steht es hier um die Rechte der Gemeinden? Man will den landrechlichen Grundzüge verwirren: Schulen sind Verantwortungen des Staates. Meine Freunde wollen diese Entwicklung nicht mitmachen. Die Bedenken, die ich bisher entwickelt, sind nicht so entscheidend, daß ich mich gegen das Gesetz erklären müßte. Die Frage des Schulgeldes kann ich nicht so rein für erörtern. Wir stehen in gegebenen Verhältnissen. Die sozialdemokratische Ansicht — um es kurz zu sagen — geht dahin, daß die unteren Klassen entlastet werden sollen. Wenn der Staat wegen einer anderweitigen Belastung der ärmeren Klassen die Aufhebung des Schulgeldes selbst beantragt, so ist das ein factum irreparabile, keine Partei der Volksvertretung kann sich dem widersegnen. Ich bitte die Commission, die von mir angeführten Bedenken zu berücksichtigen. Das Gesetz ist, wie der Kultusminister sagte, sehr schnell gemacht worden, das sieht man auch aus der Fassung selbst. Ich muß dem Herrn Minister darin Recht geben, daß eine einfache Erstattung des aufgehobenen Schulgeldes seitens des Staates nicht richtig wäre, aber man sollte die Ausgaben für das Schulwesen überhaupt, namentlich aber die Höhe der Lehrerbefoldungen in Betracht ziehen, denn die 200 M. Zuschuß werden in einzelnen Fällen die Hälfte, in anderen nur ¼, oder ½ der Befoldung ausmachen. Da, wo die Befoldungen am niedrigsten sind, würde am meisten gewährt; da, wo die höchsten Befoldungen gezahlt werden, am wenigsten. Diese Ungerechtigkeit könnte vielleicht an besten dadurch beseitigt werden, daß der Staat vielleicht ein Viertel aller Lehrerbefoldungen, die auf 63 Millionen Mark veranschlagt werden können, übernimmt und vielleicht den einklassigen Schulen einen besonderen Zuschuß gewährt.

Abg. Hobrecht: Meine Freunde begrüßen die Vorlage als einen hochfreudlichen Schritt auf dem richtigen Wege der Erleichterung der Schullasten. Die Verfassungsbedenken des Vorredners werden wohl nicht das Entscheidende bei der Vorlage sein, sondern vielmehr die Begehrlichkeit der einzelnen Gemeinden. Die Regierung hat diese Vorlage gemacht, obgleich sie anerkennt, daß es besser gewesen wäre, zugleich mit organisatorischen Maßregeln vorzugehen. Es wird uns wieder einmal bringt vor Augen geführt, daß eine organische Reform wieder einmal gescheitert ist oder doch Hindernisse findet an dem Mangel einer Landgemeindeordnung, in den östlichen Provinzen. Das Hauptbedenken ist die Art der Vertheilung, daß

entfernt ist. Ich ersehe auch aus diesem Vorschlag, wie sehr wir uns daran gewöhnt haben, von fremden Mitteln zu leben, auf die Einnahmen aus dem Reich zu rechnen. Wir lassen unsere eigenen Einnahmen verfallen, weil wir das Deficit durch das Reich haben decken können, und auch die Städte sollen jetzt in solche Abhängigkeit von den Reichsstädten hineingezogen werden. Dieses Mißverhältnis fängt jetzt an überall die alten Grundsätze preußischer Finanzpolitik zu verdrängen.

Gultusminister v. Gösler: Aus den Ausführungen des Vorredners kann ich nur entnehmen, daß die Durchführung des Gesetzes schwierig sein wird, aber wir haben Größeres geleistet und werden auch dieses vollbringen, namentlich wo das Ziel allgemein Bestall findet. Die finanziellen Bedenken des Vorredners kann ich nicht theilen. Ich kann als Rentenminister das Gesetz nur mit Freuden begrüßen. Ich habe früher die Hoffnung ausgesprochen, daß die Summungen für die Schulen größer werden möchten. Diese Hoffnung hat sich schneller erfüllt, als ich dachte. Ich fühle mich in meiner verantwortungsvollen Stellung durch dieses Gesetz erleichtert, denn die Gemeinden werden leichter an die Befestigung der Schulstellen herangehen, wenn sie einen rechtlichen Anspruch an den Staat haben. Gegen die Construction des Gesetzes lassen sich Bedenken geltend machen.

Abg. Graf Behr kann die Bedenken Richters nicht als berechtigt anerkennen und glaubt, seinerseits nicht befürchten zu müssen, daß die Verwaltung in großem Umfange zu diesem industriellen Betriebe übergehen wolle.

Abg. Schröder (dfr.): Diese Annahme bleibt doch aber selbst hinter demjenigen zurück, was die Motive schon gegeben haben. In der That wird die Militärverwaltung immer mehr ein großer Fabrikant, ein großer Kaufmann.

Der Antrag Richter wird abgelehnt, der Titel bewilligt.

Für den Umbau des Festhauses im Kriegsministerium werden 111000 Mark verlangt.

Abg. Windhorst bemerkte, daß man den in Aussicht stehenden enormen Militärforderungen gegenüber nur die nothwendigen Forderungen bewilligen müsse. Diese gehören nicht dazu, deshalb bitte er den Titel abzulehnen.

Kriegsminister

für die einzeltstehenden bzw. ersten Lehrer 400 M., für die anderen nur 200 M. gewährt werden soll. Von dem Standpunkte aus, daß dadurch die einklassigen Schulen auf dem Lande bevorzugt würden, könnte ich mich ja im Interesse meines Wahlkreises damit einverstanden erklären. Aber diese Art der Vertheilung ist besonders bedenklich, weil vielen Gemeinden bei der Aufhebung des Schulgeldes daraus Schwierigkeiten erwachsen werden. Städtische Gemeinden haben das Schulgeld namentlich deswegen aufrecht erhalten, weil man fürchtete, daß städtische Schulen dadurch in den Augen des Publikums zu Armenschulen herabrücken. Diese Befürchtungen haben sich in Berlin als vollständig grundlos erwiesen. Deswegen werden meine Freunde der verfassungsmäßigen Forderung der Beseitigung des Schulgeldes gern entsprechen und wir hoffen, daß es möglich sein wird, einen Übergang zu finden, der den Städten die Beseitigung des Schulgeldes erleichtert.

Abg. v. Schorlemer-Alst: Man hätte erst einmal ein organisches Gesetz machen, dann fragen sollen, wie viel es kostet. Das vorgelegte Gesetz ist zu einfach, es ist ein einfaches Multiplicationserempel. Ich bin zweifelhaft, ob wir uns damit auf den richtigen Weg befinden. Vielleicht haben wir eine „gebundene Marschroute“. Ich dachte Herr Hobrechtf würde eine neue Landgemeindeordnung verlangen, er hat aber nur wieder die bekannte schon oft wiederholte regisierte Anregung gegeben. Die Artikel 15 und 16 der Verfassung hat man aufgehoben, die Bevölkerung wünscht mehr, daß man diese wieder herstellt, als daß man den Art. 25 aufhört. Der Gesetzentwurf widerspricht der Verfassung. Ich bin kein Freund der Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts, denn die Eltern werden einem von ihnen bezahlten Unterricht mehr Aufmerksamkeit und Achtung erweisen, als einem unbezahlten. Aber wenn man die Schule zur Staatsanstalt machen will, dann muß das Schulgeld beseitigt werden. Ich meine aber, daß an der Schule in erster Linie die Eltern, dann die Kirche, erst in dritter Linie der Staat ein Interesse hat. Die Eltern und die Kirche haben in der Schule nichts mehr zu sagen, der einfache Schullehrer, der in der Erziehung der Kinder seine Hauptaufgabe sah, ist verschwunden. An seine Stelle ist der hochmuthige Lehrer getreten, dem der Unterricht eine lästige Nebenaufgabe ist, der am liebsten den ganzen Staat allein regieren möchte. Die Beseitigung des Schulgeldes entlastet den Wohlhabenderen unmöglich Weise, warum soll der Wohlhabende kein Schulgeld bezahlen. Von einer gleichmäßigen Erleichterung kann nach dem Gesetz keine Rede sein. Wie wird es bei einer Steigerung der Schulfesten, bei einer Erhöhung der Lehrergelder sein? Ich wünschte, daß man jetzt noch zu einer anderen Verwendung kommen möge. Ich schließe mich dem Antrage an, eine Commission von 28 Mitgliedern einzurichten.

Abg. v. Rauchhaupt: Unsere Stellung zur Vorlage ist bei der Etatsberatung bereits allgemein dargelegt worden. Die Schulfesten sind eine schwere Last, aber niemals hat dieses Haus auf eine Beseitigung des Schulgeldes gedrängt, sondern stets nur eine Erleichterung der Schulfesten im Allgemeinen verlangt. Einen Zweifel, ob das Gesetz mit Art. 25 der Verfassung vereinbar ist, können wir nicht unterdrücken, denn das Gesetz gibt ohne Prüfung der Leistungsfähigkeit den Gemeinden Zuschüsse. Meine Freunde werden sich einer zweimaligen Lesung des Gesetzes nach den Vorschriften über die Verfassungsänderungen nicht widersezen. So ohne Weiteres kann man die Vorlage nicht annehmen, denn bei Beseitigung des Schulgeldes ergeben sich in einzelnen Gemeinden so große Fehlbeträge in den Gemeindehaushalten, daß man große Bebenken haben muß. Man muß da, wo die Beseitigung des Schulgeldes zu schweren Schulteuern führen würde, das Schulgeld aufrecht erhalten. Die Selbstverwaltungskörperschaften könnten ja nach dem neuesten Gesetz über diese Frage entscheiden, ob die Gemeinden die neuen Lasten tragen können. Gerade in den kleinen Städten würden die Lasten nicht unerheblich sein. Es werden nicht immer dieselben Leute sein, die früher das Schulgeld zahlten und jetzt die Schulteuern bezahlen werden. Die Schwärmerie des Herrn Hobrechtf für die neue Landgemeindeordnung ist doch zu antik, davon spricht man immer nur, wenn man nichts zu sagen weiß. Das Schulgeld wird ganz gern bezahlt, lieber als die Steuer. Hat denn in Berlin die Beseitigung des Schulgeldes Befriedenheit erzeugt? Schulgeldfreiheit ist das Correlat zur Staatschule, aber nicht zum Schulzwang, wenn man den Gemeinden die Schulfesten auferlegt. Nur weil die finanziellen Mittel aus der Brautwintsteuer hereinkommen, fassen wir die Beseitigung des Schulgeldes ins Auge, soweit nicht daraus neue Lasten entstehen. Und wie steht es denn mit den Bedürfniszuschüssen, die jetzt schon gezahlt werden? Sollen sie beibehalten werden, soweit sie die neue Zuwendung übersteigen? (Finanzminister v. Scholz: Natürlich!) Es müssen neue Grundätze für die Vertheilung der Bedürfniszuschüsse aufgestellt werden. Wir wünschen, daß der betreffende Etatstitel, soweit erwartet werden sollte, verwendet wird zu Alterszulagen für die Lehrer, damit diese auch etwas von dem Gesetz haben. (Schr richtig! rechts.) Wir wünschen das Gesetz bereits am 1. Juli in Kraft treten zu lassen, das wird möglich sein, denn in den meisten Fällen wird eine Verhandlung mit den einzelnen Gemeinden gar nicht notwendig sein. (Beifall rechts.)

Finanzminister v. Scholz: Wenn die Wünsche des Herrn von Rauchhaupt berücksichtigt werden sollen, dann wird die Zeit bis zum 1. Oktober kaum ausreichen, um zur Besiedlung über das Gesetz zu gelangen. Trotz der vielfachen Widersprüche hoffe ich doch, daß wir in der Commission zur Einigung gelangen werden. (Beifall.)

Abg. Ritter: Eine so abfällige Kritik, wie seitens des Herrn von Rauchhaupt, ist auf dieser Seite an der Vorlage nicht geübt worden. Alles hat Herr von Rauchhaupt gedacht und die schwerste Unzufriedenheit als Folge der Vorlage bezeichnet. Bei der Bewilligung neuer Steuern vertritt man Allerlei, nämlich wenn es an die Erfüllung der Versprechungen geht, dann entstehen Schwierigkeiten. Es besteht nicht einmal ein Einverständnis zwischen den Conservativen und der Regierung über die Verwendung der 20 Millionen. Herr v. Meyer-Arnswalde, der einzige Conservative in diesem Hause (Widerspruch rechts), ist unserer Meinung, daß die Überweisungs-Politik zur Verschwendug öffentlicher Mittel führt. Ein bloßer Verfassungssatz, sagt Herr von Rauchhaupt. Was ist ihm die Verfassung? Ein solcher Auspruch läßt tief blicken. (Schr richtig! links.) Wir werden das Gesetz zu ändern versuchen, aber wir werden es fertigstellen helfen gerade dieses Verfassungssatzes wegen. (Beifall links.) Einwider muß der Artikel ausgeführt oder er muss befürwortet werden. Ich bin mit Herrn Hobrechtf einig in Bezug auf die Notwendigkeit einer neuen Landgemeinde-Ordnung. Ich werde mich freuen, wenn die Nationalliberalen festhalten an der Parole: „Ohne Landgemeinde-Ordnung keine Überweisung von Realsteuern.“ Den Gemeinden, welche entgegen der Verfassung das Schulgeld aufrecht erhalten haben, soll dafür keine Prämie gewährt werden. Dass die Lehrer enttäuscht sind, hat Herr von Rauchhaupt ebenso, wie ich, ausgeführt. Es ging sogar noch weiter, er wollte Alterszulagen haben. Vielleicht befürchtet die Commission die Wittwengelbeiträge. Ich rege das an, trotzdem der Finanzminister die Fürsorge für die Lehrer für sich allein in Anspruch genommen hat. Denn der Initiative dieses Hauses verdanken wir überhaupt die bessere Ausstattung des Unterrichts-Etats, nicht der Anregung der Regierung. Wir haben nicht den Constitutionalismus, welcher es rechtfertigt, daß das Parlament nicht weiter geht, als die Regierung. Deshalb machen wir von dem Recht unserer Initiative Gebrauch und halten dieses Recht aufrecht. Ablehnend können wir uns nicht verhalten, einmal, weil endlich das Schulgeld beseitigt werden soll, dann, weil die neuen Steuern bewilligt sind unter dem Vertrag der Entlastung. Trotzdem wir die Steuern nicht bewilligt haben, übernehmen wir die Verpflichtungen mit den daraus entstehenden Folgen. (Beifall links.)

Finanzminister v. Scholz: Bereits bei Einbringung des Etats ist mitgetheilt worden, daß die Regierung in Verhandlung ist wegen der Beseitigung der Reliktenbeiträge. Diesen Punkt hat Herr Ritter herabgesetzt verfügt, dagegen habe ich mich schon früher ausgesprochen. Die Schwierigkeiten, welche sich der Absicht entgegenstellen, sind sehr bedeutend. Was Herr v. Rauchhaupt andeutet, ist längst Absicht der Regierung. Wenn bei dem Fonds der Bedürfniszuschüsse Eriparungen gemacht werden, werden diese für andere Zwecke verfügbare. Es können den Lehrern neue Zuwendungen gemacht werden (Zustimmung rechts), aber ich kann doch bei der ersten Lesung des Etats nicht alle diese Einzelheiten vortragen. (Beifall rechts.)

Abg. Tramm bedauert, daß nach der lebhaften Kritik das Gesetz wohl nicht unverändert zur Annahme gelangen wird, während dasselbe doch den nationalen und sozialpolitischen Gesichtspunkten vollständig entspricht. Dass das Gesetz die Verstaatlichung der Schule fördern soll, ist nicht richtig, es handelt sich nur um die Erleichterung der Schulfesten, die seit langen Jahren versprochen ist. Die teilweise Aufrechterhaltung des Schulgeldes, wie sie Herr v. Rauchhaupt anregte, dürfte die Annahme der Vorlage gefährden. Die preußische Regierung hat lange eine schwankende Stellung dem Schulgeld gegenüber eingenommen. Jetzt seit einigen Jahren hat sie sich gegen die Aufrechterhaltung derselben ausgesprochen im sozialpolitischen Interesse. Da die ganze Maßregel bestimmt ist, die Gemeinden zu entlasten, so muß ein Maßstab gefunden werden, der dies auch überall herbeiführt. Deshalb

ist es wohl falsch, den Zuschuß für die ersten und die folgenden Lehrer und für die Lehrerinnen verschieden zu bemessen.

Damit schließt die Discussion.

Die Vorlage wird einer Commission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Schluss 3½ Uhr.

Nächste Sitzung Mittwoch, 11 Uhr. (Verlesung der Interpellation der Polen, Rechnungsvorlagen und Uebersichten.)

### Vom Kronprinzen.

\* San Remo, 24. Januar. Der Kronprinz fuhr heute aus. Prinz Heinrich wohnte einer Felddienstübung der Garnison von San Remo in der Nähe von Bordighera bei.

\* London, 24. Januar. Dr. Mackenzie reist nächsten Sonnabend nach San Remo.

\* Berlin, 24. Januar. Durchaus nicht für ein Krebsleiden, so wird der „Frei. Ztg.“ bemerkt, sprechen die jüngsten Erscheinungen im örtlichen Leben des Kronprinzen. Ein Krebs bildet sich nicht derart stöpsweise mit solchen Aussonderungen aus, im Gegen teil haben auch die neuesten Erscheinungen nichts Überraschendes gerade für denjenigen, welcher das Vorhandensein einer Knorpelhautentzündung für wahrscheinlicher hält als ein Krebsleiden. Eine Knorpelhautentzündung habe einen langwierigen, vor zeitweisen Aussonderungen begleiteten Verlauf. In der bisherigen Darstellung der Krankheit von zuständiger Seite ist allerdings nicht ein solcher Verlauf in Betracht gezogen. Desto mehr Bedeutung wurde in diesen Darstellungen den Bernarbungen beigelegt, obgleich solche Erscheinungen auf der Oberfläche keinen sicheren Rückschlüsse gestatten, solche stellenweise Bernarbungen ebenso wohl mit einem Krebsleiden wie mit einer Knorpelhautentzündung zu vereinbaren sind. Es hatte vor Kurzem den Anschein, als ob die in San Remo behandelnden Ärzte endlich in den Begriffe waren, einmal eine klare objective Darstellung der Krankheiterscheinungen zu veröffentlichen, welche auch anderen Sachverständigen ein sicheres Urtheil ermöglicht hätte. Der letzte Zwischenfall scheint die Verwirklichung dieser Absicht zunächst wieder aufgehoben zu haben. Eine operative Entfernung des abgestorbenen Knorpels, wie sie Dr. Mackenzie für Ende dieser Woche beabsichtigt, gehöre nicht zu den besonders schwierigen und gefährlichen Operationen. Die legte im November vorgenommene mikroskopische Untersuchung hat ergeben, daß dasjenige, was man für weichen Krebs aussagte, in Wirklichkeit nur ein Überrest von genossenem Comptot gewesen ist.

\* Berlin, 24. Jan. Die Neuerungen des Fürsten Bismarck gegenüber einem Hamburger Kaufmann, die neulich die Berliner Börse stark beschäftigten, werden jetzt wie folgt erzählt: Einer der anwesenden Tischaufsteller sagte zu dem Fürsten, wie es wohl zu erkennen sei, daß trotz der anscheinend günstigen Aussichten für die Erhaltung des Friedens die Börse noch ängstlich wäre. Die Antwort des Fürsten zerstört in drei sich schnell folgende Sätzen. Der erste ging dahin, daß wir, wie die neuesten Börsgänge hoffen ließen, „für zwei oder drei Jahre kaum einen Krieg zu befürchten hätten“. Dies schränkte der Fürst aber sodann durch den Satz ein: „für dieses Jahr wenigstens möchte ich dies mit ziemlicher Bestimmtheit annehmen“, und fast ohne Unterbrechung fügte er hinzu: „allerdings habe ich dies auch im Jahre 1870 geglaubt, und es kam doch anders“.

\* Berlin, 24. Januar. In Folge der Erhebung der deutschen Gesandtschaft in Madrid zu einer Botschaft stehen nicht unbedeutende Verschiebungen in dem Personale der deutschen Diplomatik bevor. Auch die aus Brüssel kommende Nachricht, daß Graf v. Brandenburg beabsichtige, aus dem diplomatischen Dienst zu scheiden, deutet auf Veränderungen in jenem Kreisfort hin.

\* Berlin, 24. Jan. Im Reichstage kommt die erste Lesung des Socialistengesetzes am Freitag auf die Tagesordnung. In parlamentarischen Kreisen erwartet man, daß Fürst Bismarck zur Befragung des Socialistengesetzes im Reichstag erscheinen und an der Debatte teilnehmen wird. Von anderer Seite wird der sicherer Vermuthung Ausdruck gegeben, Minister von Puttkamer werde vom Bundesrathätsche aus die Kosten der Vertretung des Socialistengesetzes allein zu bestritten haben.

\* Berlin, 24. Jan. Die Wehrgegesetz-Commission beginnt am Donnerstag die zweite Lesung der ihrer Prüfung überwiesenen Vorlage, und hofft, sie noch an demselben Tage zu beendigen. Sollte die Wehrgegesetz-Commission am Donnerstag wider Erwarten nicht fertig werden, so findet am Freitag Abend eine weitere Sitzung statt.

\* Berlin, 24. Jan. Der „Berl. Wbf. Courier“ bringt die Meldung, daß der Austritt des Herrn Stöcker aus dem Vorstande der Berliner Stadtmission beschlossene Sache ist, und daß die Mittel vollkommen flüssig gemacht sind, um Herrn Stöcker diesen Gelde zurückzuerstellen, welche er darlehnsweise für die Zwecke der Stadtmission hergegeben hat. Der Prediger an der Christuskirche, Professor Paulus Gassel, der, wie man weiß, in der antisemitischen Bewegung einer der entschiedensten Gegner des Herrn Stöcker gewesen ist, soll an Stelle des Letzteren für die Leitung der Berliner Stadtmission auseinander sein. (Die Nachricht klingt, so erfreulich sie auch wäre, nicht sehr glaublich, wir geben sie daher mit aller Reserve wieder. — Red.)

\* Berlin, 24. Januar. Über eine Petition der Ohlauer Tabakproduzenten um Erhöhung der Tabakzölle von 80 auf 150 M. ist von der Petitionscommission des Reichstags mit 9 gegen 6 Stimmen zur Tagesordnung übergegangen.

\* Berlin, 24. Jan. Der Regierungs-Assessor Freiherr von Seeherr-Thöß in Grünberg ist zum Landrat ernannt und ihm das Landratsamt im Kreise Grünberg übertragen worden. (Reichsamt.)

\* Berlin, 24. Jan. Bei der heute fortgesetzten Sitzung der vierten Klasse preußischer Klasse-Lotterie fielen ein Gewinn von 30 000 Mark auf Nr. 184577, Gewinne von 5000 M. auf Nr. 87939 97809 112969, Gewinne von 3000 M. auf Nr. 13037 29607 35294 49539 71000 88568 99988 111548 119035 132281 136883 138639 141306 147645 161381 161427 168104 178028 179709 181733, Gewinne von 1500 M. auf Nr. 11470 12281 12642 26896 28872 39193 43200 60362 68048 83696 84861 89730 93416 96478 97087 106591 119240 119258 122588 130758 132470 135386 138865 145964 154406 160422 163191 170931 171511 177416 181920 188056.

\* Wien, 24. Januar. Die „Polit. Corr.“ meldet aus Konstantinopel: Seit dem Putsch von Burgas versuchten wiederholt kleine Abtheilungen von der Türkei aus in Ostrumellen einzudringen. Einzelne wurden von den Türken, die Mehrzahl von den Bulgaren entwaffnet und verhaftet. Die Zahl der beiderseits Gefangenen beträgt etwa 50. Weitere Einfallsversuche bulgarischer Emigranten stehen bevor. Der Hauptthit der betreffenden Agitation befindet sich auf dem Berge Athos.

\* Brüssel, 24. Januar. Die Anderlechter Patronenfabrik bei Brüssel hat mit der bulgarischen Regierung die Lieferung von fünfzehn Millionen Patronen abgeschlossen. Die Patronen sind innerhalb sechs Monaten lieferbar.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Berlin, 24. Jan. Der Kaiser empfing Vormittags den Polizeipräsidenten Richthofen und nahm eine Reihe militärischer Meldungen entgegen, conserierte darauf mit Caprlvi und Albedyll und machte Nachmittags eine Spazierfahrt. Um 4 Uhr erscheint Graf Herbert Bismarck zum Vortrag. Abends ist größere Theegesellschaft.

Berlin, 24. Januar. Der Kaiser hat den Professor Gneist zum stimmfähigen Mitglied des Ordens pour le mérite ernannt.

Karlsruhe, 24. Januar. Die kirchenpolitische Commission der zweiten Kammer nahm die Bestimmung der Vorlage, welche die Curie zur Errichtung von Convicten ermächtigt, mit Zustimmung im Sinne der Verschärfung der Staatsauffrischen, dagegen wurde der Artikel über die vorübergehende, ausnahmsweise Zulassung der ordensgeistlichen Seelsorge abgelehnt.

Metz, 24. Jan.) Die „Lothringer Zeitung“ meldet: Die Entwaffnung des französischen Jägers Barberot aus dem französischen Grenzdorf Trier erfolgte auf deutschem Gebiete etwa 20 Kilometer westlich von Diedenhofen durch den deutschen Grenzaufseher Hahnemann aus Lommerringen. Am 21. Januar befand sich Hahnemann Vormittags 10½ Uhr auf einem Dienstgange zwischen Lommerringen und der Grenzstation Fentsch. Er bemerkte, wie Barberot auf deutschem Boden jagte. Da Wilddiebereien täglich in dem dortigen Gebiete vorkommen, so beschloß Hahnemann, die Verhaftung des Franzosen vorzunehmen, und setzte Barberot nach, der sich bald zurückzog. Einige Schritte von der Grenze auf deutschem Boden trafen beide zusammen. Barberot knüpfte ein Gespräch mit dem Grenzwächter an, Lechterer jedoch forderte ihn auf, ihm nach Fentsch zu folgen. Als Barberot energischen Widerstand leistete, entstand ein Ringen, welches mit der Entwaffnung Barberots durch Hahnemann endigte. Heute begaben sich der Kreisdirektor Killinger und der Polizeicommissar Kaler aus Diedenhofen nach dem Thiatort, um Erfundungen einzuziehen.

Peist, 24. Jan. Das Abgeordnetenhaus nahm mit 215 gegen 113 Stimmen das Budget zur Grundlage der Specialdebatte an.

Stockholm, 24. Januar. Das höchste Gericht bestätigte in zweiter Instanz die Stockholmer Wahlen zur zweiten Kammer. Die Schußzöllner haben nunmehr definitiv die Majorität im Reichstage.

Bremen, 23. Jan. Der Schnellbahn „Ems“, Capt. Th. Küngst, vom Norddeutschen Lloyd in Bremen, welcher am 12. Januar von Bremen und am 13. Januar von Southampton abgegangen war, ist gestern 10 Uhr Morgens wohlbthalten in Newyork angekommen.

\*) Für einen Theil der Ausgabe wiederholt.

### Handels-Zeitung.

R. B. Oppeln, 23. Januar. [Handelskammer für den Reg Bezirk Oppeln.] II. Weitere Beschlüsse: 2) dem Antrag Ollendorff gemäß Anschluß an den Antrag der Handelskammer zu Mannheim, betr. Aufhebung des Identitäts-Nachweises für Getreide und Aussstellung von Berechtigungsscheinen mit dem Anheigen, ob die königliche Regierung darunter Import- oder Exportscheine versteht; 3) die königliche Eisenbahndirection zu Breslau hinsichtlich ihrer Bemängelungen des diesseitigen Jahresberichts pro 1886 zu ersuchen, künftig dieserhalb nicht mit dem Secretär privat zu verhandeln, sondern die Handelskammer offiziell um etwaige persönliche Erwiderungen und Aufschlüsse anzuheben, sowie stets Vertreter der Kammer zu Conferenzen einzuladen; außerdem solle ihr für die bisherigen Bemühungen weitere Tarifermäßigung für oberschlesische Kohle nach Stettin herbeizuführen, der Dank der Kammer übermittelt werden; 4) dieselbe Behörde um Verfügung zu ersuchen, dass auf den Stationen der Secundarbahnen Privattelegramme zur Beförderung angenommen werden; 5) dem Präsidium der Kammer nachträgliche Zustimmung zu dem, der Handelskammer zu Liegnitz bereits erklärten Beitreit zur Petition, betr. das Gesetz über den Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen, zu geben; 6) über den Antrag, betreffend die nähere Definition des Begriffes „Kaufmann“ im Handels-Gesetzbuche und die event. Notwendigkeit der Eintragung von Handelsfirmen ins Handelsregister, sowie über den Antrag des Centralverbands deutscher Industrieller, in eine Beratung über die Grundzüge des Gesetzeswurfs, betreffend die Alters- und Invaliden-Versorgung der Arbeiter einzutreten, nach dem Referate des Herrn Domänenaths Klewitz zur Tagesordnung überzugehen und weitere Schritte dem Präsidium zu überlassen; 7) der von letzterem erfolgten Ablehnung dreier Proteste gegen die Giltigkeit der letzten Wahlen zu Handelskammermitgliedern (in den Kreisen Kattowitz, Zabrze und Beuthen) zuzustimmen; 8) den Antrag, für die Erschwerung der Einfuhr amerikanischer Holzstöße nach Deutschland einzutreten, abzulehnen, dagegen 9) die Anträge auf Ermäßigung der Getreide-Frachttarife, ferner für Stückgüter zur Ausfuhr über die deutschen Nord- und Ostseehäfen zu befürworten und dem Antrage der Handelskammer zu Frankfurt a. M., betreffend den Gesetzentwurf über den Verkehr mit Wein, weil er Obstwein und Cyder ausschließt, zuzustimmen. Endlich wurde beschlossen, nach dem Referate des Herrn Generaldirektor Meier, eine Petition an das Abgeordnetenhaus, dahin gehend zu richten, dasselbe möge beschließen, den Minister der öffentlichen Arbeiten zu ersuchen, die Canalisierung der oberen Oder noch in dieser Session an das Haus der Abgeordneten zu bringen. — Schluss der Sitzung um 4½ Uhr Nachm.

\* Vom rheinisch-westfälischen Eisen- und Kohlenmarkt. Aus Dortmund, 22. Januar, wird der „V. Z.“ geschrieben: Das Eis



Die Verlobung unserer jüngsten Tochter Marie mit Herrn Julius Proslauer erlauben wir uns hiermit ergebenst anzugeben. [1907] Gr. Strehlitz, Oppeln, im Jan. 1888.

Joachim Anges und Frau.

Julie Fiedler,  
Fritz Scholz,  
Neuvermählte.  
Breslau. [1945] Jauer.

Als Vermählte empfehlen sich:  
Theobald Lange,  
Emma Lange,  
geb. Kloß.  
Berlin, 24. Januar 1888.

Die glückliche Geburt eines kräftigen Jungen zeigen hoherfreut an Max Bernstein und Frau Franziska, geb. Altmann. Breslau, den 23. Januar 1888.

Die glückliche Geburt eines kräftigen Jungen zeigen hoherfreut an Bürgermeister Schneider u. Frau Bertha, geb. Bettgenhäuser. Hasselbach, den 22. Jan. 1888.

Statt besonderer Anzeige. Die glückliche Geburt eines Knaben zeigen Freunden und Bekannten hoherfreut an Gr.-Rabb. Dr. S. Bernfeld und Frau Anna, geb. Lewin. Belgrad (Serbien), 17. Januar (n. St.) 1888.

Den 21. d. Mts. endete der Tod die langen Leiden unseres lieben Bruders und Schwagers, des Kaiserlich Deutschen Dolmetschers und Lieutenants a. D. [734]

**Richard Gebauer,**

was allen Verwandten und Freunden statt besonderer Meldung anzeigen

Die trauernden Hinterbliebenen.

Königsberg, den 23. Januar 1888.

Statt besonderer Meldung.

Hente Nachmittag 2 Uhr verschied nach längerem Leiden unser guter Gatte, Vater, Schwiegersohn und Schwiegervater

**Robert Vogelgesang,**  
prakt. Arzt, Assistenzarzt a. D.,

in seinem 63. Lebensjahr. Gohlis und Mannheim, den 22. Januar 1888. [314]

Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Theilnahme, welche uns anlässlich des Ablebens unseres Gatten und Vaters, des

**Herrn Carl Plessner,**

in so liebenswürdiger Weise zu Theil geworden sind, sagen wir unsern herzlichsten Dank. [1238]

Breslau, im Januar 1888.

Die Hinterbliebenen.

## Möbel-Ausverkauf.

Nach beendeter Inventur haben wir einzelne Möbelstücke zurückgelegt und wollen dieselben zu sehr billigen Preisen ausverkaufen. [1036]

Auch verkaufen wir hochelegante, in unserer Fabrik vorzüglich gearbeitete complete Wohnungs-Einrichtungen zu sehr billigen festen Preisen.

Verkaufsstelle: Ohlauerstr. 65, I.  
Möbelfabrik mit Dampfbetrieb: Klosterstr. 60.

**B. Schlesinger & Co.**

## Nürnberg Hôtel zum Strauss.

Die ergebenst Unterzeichneten beehren sich anzugeben, daß sie das

### Hôtel zum Strauss dahier

künftig übernommen haben und bemüht sein werden, allen Anforderungen des gehirten reisenden Publikums nach besten Kräften Rechnung zu tragen. Es wird unter Bestreben sein, die Einrichtungen dieses altenenommierten, in den Jahren 1872—1875 neu aufgebauten Hotels den modernsten Ansprüchen gemäß zu erhalten und zu verbessern.

Die Leitung des Hotels haben wir den bisherigen Besitzern desselben

Herren Fritz Renner u. Michael Renner anvertraut, welche es sich angelegen sein lassen werden, den guten Ruf des Hauses zu wahren und zu fördern. [499]

Julius Ulmer.

Karl Mandel.

## Stadt-Theater.

Mittwoch. Zum 2. Male: „Die Weisheit Salomo's.“ Schauspiel in 5 Acten von Paul Heyne. Donnerstag. Abend. „Der Troubadour.“ Nachmittags. (Ermäßigte Preise.) „Wilhelm Tell.“

## Lobe-Theater.

Mittwoch und folgende Tage: „Das verwunsch'n Schloss.“

## Helm-Theater.

Heute Mittwoch, den 25. Januar.

Bons-Vorstellung:

„Pechschulze.“ Gr. Posse mit Gefang in 6 Bildern von Salinger.

Ausspank von vorzüglichem Helm-Brän.

## Historische Section.

Donnerstag, den 26. Januar,

Abends 7 Uhr:

Herr Professor Dr. Caro: Ueber Macchiavelli's spätere Lebensjahre und Schriften. [1225]

## Section für Staats- und Rechtswissenschaften.

Donnerstag, den 26. Januar,

Abends 8 Uhr:

Herr Landgerichtsrath Frauenstädt: Zur Geschichte des Begnadigungsrechts in Deutschland.

## Orchesterverein.

Donnerstag, den 26. Januar 1888,

Abends 7 1/4 Uhr,

im Musiksaal der Universität:

## VI. Kammermusik-Abend.

1) Streichquartett

(D-moll) .... W. A. Mozart.

2) Lieder. [1230]

(Fräulein W. Schausell.)

a. Gretchen am Spinnrad. F. Schubert.

b. Im April. E. Rudorff.

3) Streichquartett

(D-dur) .... F. Mendelssohn.

4) (Zum ersten Mal)

Serbisches Liederspiel.

Eine Reihe Alt-Serbischer Volkslieder. (Für Soloquartett.)

G. Henschel.

Gesang: Fräulein Wally Schauseil,

Frau Clara Bruch, Herr Pohl, Herr

Director Kühn.

Streichquartett: Die Herren Himmel-

stoss, Köhler, Trautmann und

Melzer.

Gastbillets à 2 Mark sind in der

Kgl. Hof-Musikalien-, Buch- und

Kunsthandlung von Julius Hal-

mauer zu haben.

Journal-Lesezirkel von 74 Zeit-

schriften.

Bücher-Leih-Institut für neueste deutsche, französ., u. englische Literatur.

Abonnements können täglich beginnen.

Prospectus gratis und franco.

Grosses Lager von Büchern aus allen Zweigen der Literatur.

Journal-Lesezirkel in Breslau, Stadttheater

H. Scholz, Buchhandlung

von 74 Zeit-

schriften.

Bücher-Leih-Institut für neueste deutsche, französ., u. englische Literatur.

Abonnements können täglich beginnen.

Prospectus gratis und franco.

Max Nessel Buchhandlung, Leibbibliothek, Journal-Leib-Institut, Breslau, [1530] Neue Schweidnitzerstrasse 1, Eing. Schweidn.-Stadtgr.

Wegen Aufgabe des Geschäfts.

Tarlatans in den schönsten Farben,

Meter 30 Pf.

B. Gocksch, Nicolaistraße 80, [1904]

vis-à-vis der Elisabethkirche.

Preußische Lotterie - Originalloose

4. Klasse, pro Bierkt.-Original-

Loos à 50 Pf., verkauft u. vergeben

W. Striemer, Breslau, Neiche-

straße 55, I., zur Pfauen-Ecke".

Costumes werden bei elegantem Sitz in ge-

schmackvoller Ausführung zu billigen

Preisen angefertigt bei

Franz Engler, Freiburgerstr. 30.

Für Unbenannte unentgeltlich.

Engl. u. franz. Unter-

richt Kirchstr. 6, 3. Etage. [411]

Eine Seminaristin wünscht einem

Mädchen von 6—9 Jahren Nach-

hilfestunden zu geben. Öff. sub A. 17.

Postlagernd Reichenstrasse. [1920]

Dienst Fedor erleichtert das

schreiben, verschönert schlechte

Schrift, spricht nie und ist sehr dauerhaft. Aus-

wahl-Sortiment. Halter (50 Pf.) in allen Schreibwaren-Geschäften.

Berlin \* F. SOENNEKEN's VERLAG, BONN \* Leipzig.

Preisgekr.: Dresden, Madrid, Frankfurt, Amsterdam, Graz, Antwerp.

Diese Feder ist ohne Druck-Anwendung

Auswahl-Sortiment mit Halter

11

Emil Driesen, [1780] prakt. Zahn-Arzt,

Teichstrasse 7, I. Etage.

Sprechst.: Vorm. 9—12 Uhr,

Nachm. 2—5

Für Unbenannte unentgeltlich.

Engl. u. franz. Unter-

richt Kirchstr. 6, 3. Etage. [411]

Eine Seminaristin wünscht einem

Mädchen von 6—9 Jahren Nach-

hilfestunden zu geben. Öff. sub A. 17.

Postlagernd Reichenstrasse. [1920]

Dienst Fedor erleichtert das

schreiben, verschönert schlechte

Schrift, spricht nie und ist sehr dauerhaft. Aus-

wahl-Sortiment. Halter (50 Pf.) in allen Schreibwaren-Geschäften.

Berlin \* F. SOENNEKEN's VERLAG, BONN \* Leipzig.

Preisgekr.: Dresden, Madrid, Frankfurt, Amsterdam, Graz, Antwerp.

Diese Feder ist ohne Druck-Anwendung

Auswahl-Sortiment mit Halter

11

Emil Driesen, [1780] prakt. Zahn-Arzt,

Teichstrasse 7, I. Etage.

Sprechst.: Vorm. 9—12 Uhr,

Nachm. 2—5

Für Unbenannte unentgeltlich.

Engl. u. franz. Unter-

richt Kirchstr. 6, 3. Etage. [411]

Eine Seminaristin wünscht einem

Mädchen von 6—9 Jahren Nach-

hilfestunden zu geben. Öff. sub A. 17.

Postlagernd Reichenstrasse. [1920]

Dienst Fedor erleichtert das

schreiben, verschönert schlechte

Schrift, spricht nie und ist sehr dauerhaft. Aus-

wahl-Sortiment. Halter (50 Pf.) in allen Schreibwaren-Geschäften.

Berlin \* F. SOENNEKEN's VERLAG, BONN \* Leipzig.

Preisgekr.: Dresden, Madrid, Frankfurt, Amsterdam, Graz, Antwerp.

Mein am 15. d. M. von Herrn Gustav Schroeter übernommenes

**Tabak- und Cigarren-Geschäft  
en gros & en détail,  
Haupt-Niederlage  
von Wilh. Ermeler & Co., Berlin,  
befindet sich bis auf Weiteres in den bisherigen Räumlichkeiten  
Junkernstrasse 1819.**

Mein

[1209]

**Kerzen-Geschäft en gros & en détail  
verbleibt nach wie vor**

Ohlauer Strasse 1617.

**Gustav Sperlich.**

Vom Sonntag, den 15. Januar a. er. an:  
**Aufstich unseres Lagerbieres.**

Mit dem Verkauf unseres  
**Münchener Versandt-Bieres**  
können wir wegen grosser baulicher Umänderungen erst  
zum Osterfest beginnen. [797]

**Hopf & Görcke,**  
vorm. H. Kirchner.

Eigene Ausschank-Lokalitäten:  
„Brauerei in Gräbschen“,  
„Stadt Danzig“, Schmiedebrücke Nr. 58,  
„Promenaden-Garten“ (früher Gorlauer  
Garten), Neue Gasse Nr. 15.

# Die Gartenlaube

beginnt soeben einen neuen Jahrgang mit  
**E. Marsills sechtem Roman**  
Das Eulenhäus. [1097]

Zu beziehen in Wochen-Nummern (Preis M. 1,60 vierteljährlich)  
oder in 14 Heften à 50 Pf. oder 28 Halbheften à 25 Pf. durch  
**Trewendt & Granier's Buch- u. Kunsthdlg.**  
(Bernh. Hirsch), Breslau, Albrechtstr. 35/36.

## „Der Kampf ums Glück“

von Ulrich Frank, ein spannender Roman aus dem Berliner Leben,  
erscheint demnächst im täglichen Heftblatt des „Berliner Tageblatt“,  
welcher das Interesse der Leser in besonderer Weise erregen dürfte.

Ferner wird die Veröffentlichung der [489]

„Memoiren des Grafen Lisséps“  
fortgesetzt und werden nunmehr die das große Publikum besonders  
interessirenden Ereignisse, welche mit Erbauung des Suez-Kanals in  
Verbindung stehen, eine eingehende Beleuchtung erfahren.

Zwei-Monats-Aboements, für Februar und März, auf das  
**Berliner Tageblatt** und **Handels-Zeitung**  
mit Effecten-Verlohnungsliste nebst illustr. Beiblatt „ULK“ belieferst.  
Sonntagsblatt „Deutsche Presse“, feuerlose Beiblatt „Der Geist“, „Mittheilungen über Landwirtschaft, Gartenbau und Haus-  
wirthschaft“ nehmen entgegen: alle Postanstalten, Gartenbau und Haus-  
wirthschaft des Deutschen Reiches zum Preise von nur 3 Mk. 50 Pf.  
Probe-Nummern vers. gratis die Exped. des „Berliner Tageblatt“,  
Berlin SW.

## Einladung

zur  
**Ausschüttung des Oberschlesischen Berg-  
und Hüttentümmlischen Vereins**  
am Donnerstag, den 2. Februar 1888, Vormittags 11½ Uhr,  
**in Kattowitz, Welt's Hotel (O. Retzlaff).**

Tagesordnung:  
1) Die Kanalisirung der oberen Oder.  
2) Mittheilungen.

Der Vorstehende  
des Oberschlesischen Berg- und Hüttentümmlischen Vereins.  
Im Auftrage:  
Der Geschäftsführer.  
Dr. Voltz.

**Sanitätsrat Dr. Nega's**  
**Tannin-Pomade,**  
einzig sicheres Mittel, das Ausfallen und Ergrauen der  
Haare zu verhindern, sowie  
das Wachsthum derselben zu  
befordern,  
a Kraut 75 Pf.  
(plombirt, sonst unrecht).

**R. Hausfelder,**  
Breslau,  
Toilette-Seifen- u. Parfümerie-  
Fabrik, [491]  
Schweidnitzerstraße 28,  
dem Stadttheater schrägüber.

**Pianinos**  
bekannt  
erster Qualität  
Billigste Fabrikpreise bzw.  
oder 15-20% Fracht, Frachtkosten  
mehr wünschen. Probe, Preisverzeichnung  
Ehrenvolle Anrechnungen  
Friedrich Bornemann & Sohn  
Fabrik Berlin, Dresdnerstr. 38.

Sog. Parfüm der Königl.  
Gemächer, fl. 75 Pf., hoch-  
Zimmerparfüm zum Nachern.  
Stoermer's Nachf. Rossobildt,  
Ohlauerstr. 24. [719]



## WARNING!

**S. Roeder's  
BREMER-BÖRSENFEDER**

### Anerkannt beste Bureau- und Comptoir-Feder.

Schutzmarke  
Gesetzlich depositar. Zu beziehen durch alle Schreibwaren-Händlungen  
des In- und Auslandes.

Berlin SO. **S. Roeder**, Königl. Hoflieferant.

Durch die besten und direktesten Bezugsquellen bin ich im Stande  
speziell die feinsten und besten Sorten Coffee zu außergewöhnlich  
billigen Preisen zu liefern. Haushaltungen, Gastr. und Landwirths.,  
Familien etc. können daher durch den Einkauf grosse Ersparnisse machen  
und versichert sein, daß die neu konstruirte amerikanische Dampfrost-  
Maschine, welche ich in Anwendung bringe, dem Coffee seine Kraft  
und sein Aroma in einer Weise bewahrt, wie es auf keiner anderen  
möglich sein dürfte. Halte mich daher zu gesuchten Aufträgen von  
Seiten des den feinen Geschmack des Coffees beherrschenden Publikums  
empfohlen und werde demselben stets zur größten Zufriedenstellung zu  
genügen bemüht sein.

**Oswald Blumensaat, Breslau,**  
Neufeststr. 12 (Ecke Weißgerbergasse).

IN DETAIL ENGRS PREISE  
**Sächsische Wollwaaren Manufaktur**  
PREISE STRENG FEST  
Fabrikniederlage BRESLAU, Zwingerplatz 1  
nahe der Schweidnitzerstrasse.  
Größtes Lager von Wollwaaren  
eigener Fabrikation.  
Spezialitäten: Tricot-Anzüge, Tricot-  
Kleidchen, Herrenwesten, Damen-  
westen und Röcke.

**Berliner Maschinenbau-Actien-Gesellschaft**  
BERLIN,  
vorm. L. Schwartzkopff, Chausseestrasse 17/18.

**Gasmotoren,**  
einfache Construction, ge-  
ringer Gasverbrauch,  
große Kraftleistung, in  
jedem Raume aufstellbar  
Patent-Vacuum-Eis- und  
Kühlmaschinen  
in allen Größen für Dampf-  
betrieb bis zu 300 Ctr. Eis  
pro Tag; ferner Vacuum-Eismaschinen für Hand-  
betrieb, Kühlapparate für Chocolade-Fabriken.

**Dampfkessel mit rauchfreier Verbrennung.**  
aller Art in vollendetem Ausführung; insbesondere für elektrische  
Lichtanlagen. [10204]

**Langsam laufende Dynamos,** direct gekuppelt  
mit Dampfmaschinen.  
Complete elektrische Lichtinstallations.

## 9% Netto Geld-Anlage!

Theilung halber soll direct vom Erbauer mit mehr wie 50% unter Werth  
eine große herrschaftl. Villa f. 3 Familien in feinster Lage von Dresden-  
Altstadt mit bedeutendem Obst- u. Garten sofort für den Spottpreis von  
39 000 Thlr. fest verkauft werden. Langjährige billige Miete. Anzahlung  
10 000 Thlr., welche sich zu 9% netto verzinsen. Restaufgeld bleibt zu  
4% lange stehen. Vermittlung und Tausch verbieten. Ges. Offerten sub  
„Villa-Kauf 564“ sind an Rudolf Wosse in Dresden zu senden.

### An die Herren Fabrikbesitzer und selbstständigen Leiter industrieller Anlagen jeder Art.

Wie all bekannt, ruht das Geschäft in allen Zweigen, der Verdient ist  
ein kleiner, die Ausgaben des Betriebes sind aber dieselben geblieben. Es  
muß also jeder Fabrikant seine Ersparnisse zu machen und selbst die ge-  
ringsten nicht bei Seite schreiben. Wie viel jährliche Ersparnisse könnten  
die Fabrikbesitzer nur allein bei Zahlung der Feuerprämie machen, wenn  
sie nur bei einer solchen Gesellschaft ihr Etablissement versichert, welche  
ihnen die denkbar niedrigsten Prämien zugestellt? — Eine alte  
deutsche, gut accreditede Feuerversicherungs-Gesellschaft will hier  
zu die Hand bieten und ersucht deshalb alle Besitzer und selbstständigen  
Leiter industrieller Anlagen jeder Art, vertraulich ihr unter  
H. 2360 durch Haasenstein und Vogler, Berlin, folgende Mit-  
teilungen einzusenden: [501]

- von welcher Art das betreffende Etablissement ist, mit kleiner  
Beschreibung des Betriebes und eines genauen Situations-  
planes,
- wie die Bauart und wie hoch die Versicherungssumme der  
einzelnen Gebäude und des Inhalts,
- welcher Prämienatz jetzt gezahlt wird, bei welchen Gesell-  
schaften versichert und  
d. wann der Ablauf der Versicherung ist.

**Bon heut ab**  
vermähle ich nach Bergprüfung meiner Mahlwerke auch [466]  
**Chemikalien, Farben u. Drogen**

(Mineralien, Schlacken u. s. w. — wie früher) in gewünschter Reinheit  
und jedem, auch dem größten Quantum, unter Garantie der Rein-  
haltung des Mahlguts.

**Carl Georg Berger,**  
Herdain bei Breslau.

**Bei Diphtherie und Scharlach**  
erfolgreiche Desinfection, ohne Beschädigung gemarter und tapezierte  
Zimmer durch die Drogenhandlung von [1322]  
Robert Dzialas, Maistraße 63 b und Ohle-Gasse.

**Liebe's Nahrungsmittel in löslicher Form,**  
das bekannte Liebig'sche Suppenretract sichert nach zwanzigjähriger Er-  
fahrung normale Entwicklung des Säuglings. Original-Pflaume in den  
Apothen, wobei ausdrücklich zu verlangen: von Dr. Paul Liebe in  
Dresden. Lager: Adlerapotheke, Ring 59. [1958]

**Eisenbahn-Directionsbezirk Breslau.**  
Die Lieferung des Bedarfs an Schreibmaterialien für das unterzeichnete  
Betriebsamt pro 1888/89 soll in dem Wege der öffentlichen Ausschreibung ver-  
geben werden.

Angebote mit der Aufschrift:  
„Angebot auf Schreibmaterialien“

findt versiegelt und portofrei bis Montag, den 20. Februar d. J., Vor-  
mittags 11 Uhr, an uns einzureichen, zu welcher Zeit ihre Eröffnung in  
Gegenwart der etwa erschienenen Bewerber stattfinden soll.

Bedingungen und Angebots-Formulare können in unserer Calculatur  
eingesehen, oder gegen Zahlung von 60 Pf. von der selben bezogen werden.  
Breslau, den 20. Januar 1888. [1234]

Königliches Eisenbahn-Betriebsamt.  
(Breslau-Tarnowitz.)

**Gerichtlicher Verkauf.**  
In der Concursache Gustav Sok sollen die vorhandenen  
Specereien, Spirituosen, Cigarren nebst Ladeneinrichtung,  
welche am 25. und 26. d. M. im Geschäftslocal Bohrauer-  
strasse 18 zu besichtigen sind, im Ganzen verkauft werden.  
[508] Julius Sachs, Concursverwalter.

**Gewächshäuser,**  
nach Haupt's System, beste bekannte  
Construction, baut mit vorzüglichster  
Heizung, Ventilation und innerer Ein-  
richtung. **Carl Stephan, Schlosser-**  
meister, Brieg, Bez. Breslau.  
Haupt's Gewächshäuser bie u. viele  
andere sind v. mir zur vollst. Zufrieden-  
heit der Besitzer ausgeführt worden.

**Trauben-Wein,**  
stachelreif, absolute Aechtheit  
garantiert, 1881er Weißwein à 55, 1880er Weißwein à 70,  
1878er Weißwein à 85, 1874er  
ital. kräftigen Rothwein à 95  
Pfg. per Liter, in Fläschchen von 35  
Liter an, per Nachnahme. Probefläschchen  
stehen berechnet gern zu  
Diensten. [0201] J. Schmalgrund, Dettelsbach a. M.

Siehe eine jüdische Pension für  
ein 14-jähr. Mädchen zum ersten  
Februar. Offerten K. H. 6 Postamt  
Lauensteinpl. [1917]

**Bekanntmachung.**  
Die Lieferung des für das fiscalische  
Steinkohlenbergwerk Königin Luise  
für Jahrz. OS. in der Zeit vom  
1. April 1888 bis 31. März 1889 er-  
forderlichen Dynamits, sowie der  
Guttayerchen - Zündschnüre und  
Zündhütchen soll im Wege der  
Submission vergeben werden.

Termin ist hierzu auf Donner-  
tag, den 9. Februar ex., Vor-  
mittags 10 Uhr, im Amtslocle  
der Materialien-Verwaltung anzu-  
treten.

Angebote sind portofrei und ver-  
siegeln mit der Aufschrift: „Angebot  
auf Dynamit, Zündschnüre u. c.“ ver-  
sehen an die Unterzeichneten vor Er-  
öffnung des Termins einzureichen.

Die Lieferungsbedingungen sind  
bei der Materialien-Verwaltung ein-  
zusehen, auch werben dieselben gegen  
Erstattung der Schreibgebühren von  
70 Pf. in Briefmarken abschriftlich  
ertheilt.

Zabrze, den 19. Januar 1888.  
Königliche Berginspektion.

Eine Firma Damenschneiderin in  
Eu. außer dem Hause empfiehlt sich.  
Nusche, Berlinerstr. 41, IV.

**Concursverfahren.**  
Neben das Vermögen des Bildhauers und Steinmetzmeisters  
**Johann Jansche**  
zu Ober-Piesau I ist heute  
am 21. Januar 1888,  
Mittags 12 Uhr,  
das Concursverfahren eröffnet worden.  
Der Kaufmann Paulisch hier ist  
zum Concursverwalter ernannt.  
Termin zur Anmeldung der Concursforderungen bis [1215]  
zum 15. Februar 1888.  
Wahl- und Prüfungstermin  
am 1. März 1888,  
Vormittags 10 Uhr.  
Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis  
zum 10. Februar 1888.  
Reichenbach u. Gute, d. 21. Jan. 1888.

**Schönfeldt,**  
Gerichtsschreiber  
des Königlichen Amtsgerichts,  
Abtheilung III.

**Concursverfahren.**  
Neben das Vermögen des Kaufmanns [1216]

**Wilhelm Hirschberger,**  
zu Peterswaldau ist heute  
am 21. Januar 1888,

Nachmittags 1 Uhr,  
das Concursverfahren eröffnet worden.  
Der Kaufmann von Einem hier  
ist zum Concursverwalter ernannt.  
Termin zur Anmeldung der Concursforderungen bis

zum 20. Februar 1888.  
Wahl- und Prüfungstermin  
am 3. März 1888,  
Vormittags 10 Uhr.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis  
zum 10. Februar 1888.  
Reichenbach u. Gute, d. 21. Jan. 1888.

**Schönfeldt,**  
Gerichtsschreiber  
des Königlichen Amtsgerichts,  
Abtheilung III.

**Zwangsvorsteigerung.**

Im Wege der Zwangsvollstreckung  
sollen die im Grundbuche von Krappitz  
a. Kapitel Band I, Blatt Nr. 1,  
b. Garten Band I, Blatt Nr. 2,  
Nr. 55 und Band II, Blatt  
Nr. 66, sowie

c. Wiese Band III, Blatt Nr. 105,  
Nr. 121 und Nr. 131

auf den Namen der verehelichten  
Maurermeister Seidel, Julie, geborene  
Eicher, aus Krappitz eingetragenen  
dasselbst belegenen Grundstücke

am 14. März 1888,  
Vormittags 9 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht —  
an Gerichtsstelle — versteigert werden.

Die Grundstücke sind und zwar

1) Kapitel Nr. 1 mit 8,28 Mark  
Reinertrag und einer Fläche von  
0,3040 Hectar zur Grundsteuer,

2) Garten Nr. 2 mit 294 Mark  
Ruhungsvermögen zur Gebäudesteuer,

3) Garten Nr. 55 mit 13,98 Mark  
Reinertrag und einer Fläche von  
0,7440 Hectar zur Grundsteuer,

4) Garten Nr. 66 mit 6,87 Mark  
Reinertrag und einer Fläche von  
0,3650 Hectar zur Grundsteuer,

5) Wiese Nr. 105 mit 1,20 Mark  
Reinertrag und einer Fläche von  
0,1120 Hectar zur Grundsteuer,

6) Wiese Nr. 121 mit 6,36 Mark  
Reinertrag und einer Fläche von  
0,3790 Hectar zur Grundsteuer  
und

7) Wiese Nr. 131 mit 18,96 Mark  
Reinertrag und einer Fläche von  
0,4480 Hectar zur Grundsteuer  
verauflagt. Auszug aus der Steuerrolle, beklagte Abchrift des Grundbuchblattes, etwaige Abschläge und andere die Grundstücke betreffende Nachweisungen, sowie befondere Kaufbeschreibungen können in der Geschäftsschreiberei eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Erreicher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Capital, Zinsen, wiederkehrenden Lebungen oder Kosten, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzunehmen und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigens dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigentum der Grundstücke beanspruchen, werden aufgefordert, vor dem Schluss des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigens nach erfolgtem Auftakt das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Erteilung des Aufschlags wird [1217]

am 14. März 1888,  
Nachmittags 4 Uhr,  
an Gerichtsstelle verkündet werden.

Krappitz, den 17. Januar 1888.  
Königliches Amts-Gericht.

**Harzer Kanarienvögel,**  
feinste Nölker, schöne Weibchen  
zum Verkauf Neuschestrasse  
in der Grün-Eiche. [1939]

Ein wie neu vorgerichtetes Vier-

## Auction.

**Freitag, d. 27. Januar,**  
Vormittag 11 Uhr,  
werde ich **Neue Tauenstrasse**  
**Nr. 10—14** bei Herrn Bahnspediteur  
C. Schierer lagernde: [1899]  
3 Fas feinen Cognac,  
2 Fas feinen Rum  
öffentliche meistbietend versteigern.  
Termin zur Anmeldung der Concursforderungen bis [1215]  
zum 15. Februar 1888.

Wahl- und Prüfungstermin  
am 1. März 1888,  
Vormittags 10 Uhr.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis  
zum 10. Februar 1888.  
Reichenbach u. Gute, d. 21. Jan. 1888.

**Schönfeldt,**  
Gerichtsschreiber  
des Königlichen Amtsgerichts,  
Abtheilung III.

**Concursverfahren.**  
Neben das Vermögen des Kaufmanns [1216]

**Wilhelm Hirschberger,**  
zu Peterswaldau ist heute  
am 21. Januar 1888,

Nachmittags 1 Uhr,  
das Concursverfahren eröffnet worden.  
Der Kaufmann von Einem hier  
ist zum Concursverwalter ernannt.  
Termin zur Anmeldung der Concursforderungen bis

zum 20. Februar 1888.  
Wahl- und Prüfungstermin  
am 3. März 1888,  
Vormittags 10 Uhr.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis  
zum 10. Februar 1888.  
Reichenbach u. Gute, d. 21. Jan. 1888.

**Schönfeldt,**  
Gerichtsschreiber  
des Königlichen Amtsgerichts,  
Abtheilung III.

**Zwangsvorsteigerung.**  
Im Wege der Zwangsvollstreckung  
sollen die im Grundbuche von Krappitz  
a. Kapitel Band I, Blatt Nr. 1,  
b. Garten Band I, Blatt Nr. 2,  
Nr. 55 und Band II, Blatt  
Nr. 66, sowie

c. Wiese Band III, Blatt Nr. 105,  
Nr. 121 und Nr. 131

auf den Namen der verehelichten  
Maurermeister Seidel, Julie, geborene  
Eicher, aus Krappitz eingetragenen  
dasselbst belegenen Grundstücke

am 14. März 1888,  
Vormittags 9 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht —  
an Gerichtsstelle — versteigert werden.

Die Grundstücke sind und zwar

1) Kapitel Nr. 1 mit 8,28 Mark  
Reinertrag und einer Fläche von  
0,3040 Hectar zur Grundsteuer,

2) Garten Nr. 2 mit 294 Mark  
Ruhungsvermögen zur Gebäudesteuer,

3) Garten Nr. 55 mit 13,98 Mark  
Reinertrag und einer Fläche von  
0,7440 Hectar zur Grundsteuer,

4) Garten Nr. 66 mit 6,87 Mark  
Reinertrag und einer Fläche von  
0,3650 Hectar zur Grundsteuer,

5) Wiese Nr. 105 mit 1,20 Mark  
Reinertrag und einer Fläche von  
0,1120 Hectar zur Grundsteuer,

6) Wiese Nr. 121 mit 6,36 Mark  
Reinertrag und einer Fläche von  
0,3790 Hectar zur Grundsteuer  
und

7) Wiese Nr. 131 mit 18,96 Mark  
Reinertrag und einer Fläche von  
0,4480 Hectar zur Grundsteuer  
verauflagt. Auszug aus der Steuerrolle, beklagte Abchrift des Grundbuchblattes, etwaige Abschläge und andere die Grundstücke betreffende Nachweisungen, sowie befondere Kaufbeschreibungen können in der Geschäftsschreiberei eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Erreicher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Capital, Zinsen, wiederkehrenden Lebungen oder Kosten, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzunehmen und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigens dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigentum der Grundstücke beanspruchen, werden aufgefordert, vor dem Schluss des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigens nach erfolgtem Auftakt das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Erteilung des Aufschlags wird [1217]

am 14. März 1888,  
Nachmittags 4 Uhr,  
an Gerichtsstelle verkündet werden.

Krappitz, den 17. Januar 1888.  
Königliches Amts-Gericht.

**Harzer Kanarienvögel,**  
feinste Nölker, schöne Weibchen  
zum Verkauf Neuschestrasse  
in der Grün-Eiche. [1939]

Ein wie neu vorgerichtetes Vier-

## Auction.

**Freitag, d. 27. Januar,**  
Vormittag 11 Uhr,  
werde ich **Neue Tauenstrasse**  
**Nr. 10—14** bei Herrn Bahnspediteur  
C. Schierer lagernde: [1899]  
3 Fas feinen Cognac,  
2 Fas feinen Rum  
öffentliche meistbietend versteigern.  
Termin zur Anmeldung der Concursforderungen bis [1215]  
zum 15. Februar 1888.

Wahl- und Prüfungstermin  
am 1. März 1888,  
Vormittags 10 Uhr.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis  
zum 10. Februar 1888.  
Reichenbach u. Gute, d. 21. Jan. 1888.

**Schönfeldt,**  
Gerichtsschreiber  
des Königlichen Amtsgerichts,  
Abtheilung III.

**Concursverfahren.**  
Neben das Vermögen des Kaufmanns [1216]

**Wilhelm Hirschberger,**  
zu Peterswaldau ist heute  
am 21. Januar 1888,

Nachmittags 1 Uhr,  
das Concursverfahren eröffnet worden.  
Der Kaufmann von Einem hier  
ist zum Concursverwalter ernannt.  
Termin zur Anmeldung der Concursforderungen bis

zum 20. Februar 1888.  
Wahl- und Prüfungstermin  
am 3. März 1888,  
Vormittags 10 Uhr.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis  
zum 10. Februar 1888.  
Reichenbach u. Gute, d. 21. Jan. 1888.

**Schönfeldt,**  
Gerichtsschreiber  
des Königlichen Amtsgerichts,  
Abtheilung III.

**Zwangsvorsteigerung.**  
Im Wege der Zwangsvollstreckung  
sollen die im Grundbuche von Krappitz  
a. Kapitel Band I, Blatt Nr. 1,  
b. Garten Band I, Blatt Nr. 2,  
Nr. 55 und Band II, Blatt  
Nr. 66, sowie

c. Wiese Band III, Blatt Nr. 105,  
Nr. 121 und Nr. 131

auf den Namen der verehelichten  
Maurermeister Seidel, Julie, geborene  
Eicher, aus Krappitz eingetragenen  
dasselbst belegenen Grundstücke

am 14. März 1888,  
Vormittags 9 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht —  
an Gerichtsstelle — versteigert werden.

Die Grundstücke sind und zwar

1) Kapitel Nr. 1 mit 8,28 Mark  
Reinertrag und einer Fläche von  
0,3040 Hectar zur Grundsteuer,

2) Garten Nr. 2 mit 294 Mark  
Ruhungsvermögen zur Gebäudesteuer,

3) Garten Nr. 55 mit 13,98 Mark  
Reinertrag und einer Fläche von  
0,7440 Hectar zur Grundsteuer,

4) Garten Nr. 66 mit 6,87 Mark  
Reinertrag und einer Fläche von  
0,3650 Hectar zur Grundsteuer,

5) Wiese Nr. 105 mit 1,20 Mark  
Reinertrag und einer Fläche von  
0,1120 Hectar zur Grundsteuer,

6) Wiese Nr. 121 mit 6,36 Mark  
Reinertrag und einer Fläche von  
0,3790 Hectar zur Grundsteuer  
und

7) Wiese Nr. 131 mit 18,96 Mark  
Reinertrag und einer Fläche von  
0,4480 Hectar zur Grundsteuer  
verauflagt. Auszug aus der Steuerrolle, beklagte Abchrift des Grundbuchblattes, etwaige Abschläge und andere die Grundstücke betreffende Nachweisungen, sowie befondere Kaufbeschreibungen können in der Geschäftsschreiberei eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Erreicher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Capital, Zinsen, wiederkehrenden Lebungen oder Kosten, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzunehmen und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigens dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Vertheilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigentum der Grundstücke beanspruchen, werden aufgefordert, vor dem Schluss des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigens nach erfolgtem Auftakt das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Erteilung des Aufschlags wird [1217]

am 14. März 1888,  
Nachmittags 4 Uhr,  
an Gerichtsstelle verkündet werden.

Krappitz, den 17. Januar 1888.  
Königliches Amts-Gericht.

**Harzer Kanarienvögel,**  
feinste Nölker, schöne Weibchen  
zum Verkauf Neuschestrasse  
in der Grün-Eiche. [1939]

Ein wie neu vorgerichtetes Vier-

## Auction.

**Freitag, d. 27. Januar,**  
Vormittag 11 Uhr,  
werde ich **Neue Tauenstrasse**  
**Nr. 10—14** bei Herrn Bahnspediteur  
C. Schierer lagernde: [1899]  
3 Fas feinen Cognac,  
2 Fas feinen Rum  
öffentliche meistbietend versteigern.  
Termin zur Anmeldung der Concursforderungen bis [1215]  
zum 15. Februar 1888.

Wahl- und Prüfungstermin  
am 1. März 1888,  
Vormittags 10 Uhr.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis  
zum 10. Februar 1888.  
Reichenbach u. Gute, d. 21. Jan. 1888.

**Schönfeld**

# Bekanntmachung.

Hierdurch bringen wir die Bekanntmachung des Reichsversicherungs-Amtes vom 12. Dezember 1887, betreffend die Nachweisung von Regie-Bauarbeiten, nebst zugehöriger Anleitung zur öffentlichen Kenntnis mit dem Bemerkung, daß nach Abschnitt I der ministeriellen Ausführungs-Vorschriften vom 16. Dezember 1887 zum Bauunfallversicherungsgesetz vom 11. Juli 1887 die Nachweisungen von Regie-Bauarbeiten der Gemeindebehörde desjenigen Ortes, in deren Bezirk die Bauarbeiten ausgeführt werden, vorzulegen sind.

Mit Rücksicht darauf, daß die Verpflichtung zur Einreichung solcher Nachweisungen auch allen Privat-Personen, welche Bauarbeiten nicht gewerbsmäßig als Unternehmer, sondern für ihre eigne Rechnung ausführen, insofern zur Ausführung der Bauarbeiten wie beispielsweise Öfensegen, Tapezieren (Tapetenankleben), Stubenbohnen &c., einzeln genommen mehr als 6 Arbeitstage verwendet worden sind (cfr. auch Ziffer 2 und 6 der Anleitung), auferlegt ist, empfehlen wir allen Hauswirthen, Miethern &c., die vorliegende Bekanntmachung aufzubewahren, damit sie eintretenden Falls sofort feststellen können, ob und in welcher Form die Nachweisungen einzureichen sind.

Breslau, den 20. Januar 1888.

**Der Magistrat**  
**Hiesiger Königlichen Haupt- und Residenzstadt.**

## Bekanntmachung

betreffend

### die Nachweisungen von Regie-Bauarbeiten.

Vom 12. Dezember 1887.

Nach § 22, Absatz 1 des Bauunfallversicherungsgesetzes vom 11. Juli 1887 (Reichs-Gesetzblatt S. 287) haben Unternehmer, welche Regie-Bauarbeiten ausführen, zu deren Ausführung, einzeln genommen, mehr als sechs Arbeitstage tatsächlich verwendet worden sind, von einem von dem Reichs-Versicherungsamt zu bestimmenden und öffentlich bekannt zu machenden Zeitpunkte ab der von der Landes-Zentralbehörde bestimmten Behörde nach einem von dem Reichs-Versicherungsamt vorzuschreibenden Formular

längstens binnen drei Tagen nach Ablauf eines jeden Monats eine Nachweisung der in diesem Monate bei Ausführung der Bauarbeiten verwendeten Arbeitstage und der von den Versicherten dabei verdienten Löhne und Gehälter vorzulegen.

Als Zeitpunkt, von welchem ab die Nachweisungen vorzulegen sind, wird hiermit der 1. Januar 1888 bestimmt.

Für die einzureichenden Nachweisungen wird das unten abgedruckte Formular vorgeschrieben.

Zu Uebrigen wird wegen der Anmeldung auf die beigefügte Anleitung hingewiesen.

Berlin, den 12. Dezember 1887.

Das Reichs-Versicherungsamt.

Bödiker.

## Formular für die Nachweisung.

|                 |   |   |   |
|-----------------|---|---|---|
| Staat . . . . . | Bezirk der höheren Verwaltungsbehörde . . . . . | Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde . . . . . | Gemeinde- (Stadt-) (Guts-) Bezirk . . . . . |
|-----------------|---|---|---|

## Nachweisung

der im Monat . . . . . 18 . . . ausgeführten Regie-Bauarbeiten, zu deren Ausführung mehr als sechs Arbeitstage tatsächlich verwendet worden sind.  
(§ 22 des Bauunfallversicherungsgesetzes.)

- |  |             |
|--|-------------|
| a. Vor- und Zuname, Stand und Wohnung des Unternehmers   | { . . . . . |
| b. Ort der Bauarbeit (Baustelle)   | . . . . .   |
| c. Gegenstand der Bauarbeit <sup>1)</sup>  | . . . . .   |
| d. Art des Betriebes <sup>2)</sup>   | . . . . .   |
| e. Ist die Arbeit schon im vorvergangenen Monat begonnen worden? (Ja oder Nein.) <sup>3)</sup>                           | . . . . .   |
| f. Ist für den vorvergangenen Monat schon eine Nachweisung vorgelegt worden? (Ja oder Nein.) <sup>3)</sup> <sup>4)</sup> | . . . . .   |
| g. Ist die Bauarbeit beendigt? (Ja oder Nein.)   | . . . . .   |
| h. Wenn die Bauarbeit noch nicht beendigt ist, wird sie im laufenden Monat fortgesetzt werden? (Ja oder Nein.)           | . . . . .   |

<sup>1)</sup> S. B. Neubau eines Schuppens durch Maurer-, Zimmer- und Dachdeckerarbeit.  
Bei mehreren Arbeitszweigen ist der Hauptarbeitszweig zu unterscheiden.

<sup>2)</sup> S. B. Handbetrieb, Betrieb mit Motoren &c.

<sup>3)</sup> Bei Einreichung der Nachweisung für den Monat Januar 1888 sind die Fragen e und f nicht zu beantworten.

<sup>4)</sup> Die Frage f ist nur dann zu beantworten, wenn die Frage e bejaht worden ist.

<sup>\*)</sup> Die Personen, welche mit derselben Art von Banarbeit beschäftigt waren, sind thunlichst unmittelbar nach einander vorzutragen, z. B. zuerst alle, welche mit Meurerarbeit beschäftigt waren, dann diejenigen, welche Zimmerarbeiten ausgeführt haben &c.

\*\*) Auch halbe und Viertels-Arbeitstage sind anzugeben.

\*\*\* Hier ist nur dann etwas einzutragen, wenn die Arbeit schon im vergangenen Monat begonnen, aber für denselben eine Nachweisung nicht vor-  
gelegt worden ist. Bei Einreichung der Nachweisung für den Monat Januar 1888 ist unter II nichts einzutragen.

(Datum.)

(Unterschrift des zur Vorlegung der Nachweisung Verpflichteten.)

# Anleitung in Betreff der Nachweisung von Regie-Bauarbeiten.

1. Zur Einreichung von Nachweisungen sind gemäß § 22 Absatz 1 in Verbindung mit § 4 Biffer 4 Absatz 1 des Bau- unfallversicherungsgesetzes verpflichtet:

- a. alle Privatpersonen, welche Bauarbeiten nicht gewerbsmäßig als Unternehmer, d. h. für ihre Rechnung ausführen, bezüglich dieser Bauarbeiten;
  - b. Kommunalverbände (Provinzen, Kreise, Stadt- und Landgemeinden, selbstständige Gutsbezirke, Distriktsgemeinden in Bayern, Amtsverwaltungen in Württemberg, Aemter in der Provinz Westfalen &c.) und andere öffentliche Korporationen (z. B. Deich- oder Meliorationsverbände, Kirchengemeinden oder Stiftungen), welche Bauarbeiten als Unternehmer in eigener Regie ausführen, bezüglich dieser Bauarbeiten;

2. Nachweisungen sind einzureichen für diejenigen Bauarbeiten, zu deren Ausführung, einzeln genommen, mehr als sechs Arbeitstage tatsächlich verwendet worden sind. Letzteres ist sowohl dann der Fall, wenn ein Arbeiter mehr als sechs Arbeitstage thätig gewesen ist, als auch dann, wenn mehr als sechs Arbeiter einen Arbeitstag thätig waren, als auch dann,

wenn überhaupt Arbeiter zusammen mehr als sechs Arbeitstage (Arbeitsstunden, Tagewerke) aufgewendet haben.

3. Beziiglich der Verpflichtung zur Einreichung einer Nachweisung macht es keinen Unterschied, ob es sich um einen Neubau oder um die Unterhaltung und Wiederherstellung bestehender Baulichkeiten handelt.

4. Nicht verpflichtet zur Einreichung von Nachweisungen  
find:

- a. das Reich und die Bundesstaaten bezüglich derjenigen Bauarbeiten, welche von ihnen als Unternehmer ausgeführt werden;
  - b. alle Eisenbahnverwaltungen, einschließlich der Verwaltungen von Pferdebahnen, Arbeitsbahnen oder ähnlichen Unternehmungen, bezüglich derjenigen Bauten, welche von ihnen für eigene Rechnung (in eigener Regie, ohne Übertragung an einen anderen Unternehmer, durch direkt angenommene und gelohnte Arbeiter und Betriebs-Beamte) ausgeführt werden;
  - c. Personen, welche gewerbsmäßig Bauarbeiten (Hoch- oder Tiefbauarbeiten) ausführen, bezüglich dieser Arbeiten;

a. Unternehmer, welche Bauarbeiten ausführen, die als Nebenbetriebe oder Theile eines anderen Betriebes anderweit verpflichtig sind.

Die laufenden Reparaturen an den zum Betriebe der Land- und Forstwirtschaft dienenden Gebäuden und die zum Wirtschaftsbetriebe gehörenden Bodenkultur- und sonstigen Bauarbeiten, insbesondere die diesem Zweck dienende Herstellung oder Unterhaltung von Wegen, Dämmen, Kanälen und Wasserläufen, gelten als Theile des land- und forstwirtschaftlichen Betriebes, wenn sie von Unternehmern land- und forstwirtschaftlicher Betriebe ohne Übertragung an andere Unternehmer auf ihren Grundstücken ausgeführt werden. Wenn aber solche Bauarbeiten nicht von dem Unternehmer desjenigen land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes, zu dessen Gunsten sie vor genommen werden, für eigene Rechnung ausgeführt werden, so gelten sie nicht als Theile dieses Betriebes.

Die laufenden Reparaturen an den Gebäuden, welche zu den im § 1 des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 gedachten Betrieben dienen, und die zum laufenden Betriebe gehörenden Bauarbeiten gelten als Theile des Fabrik- u. c. Betriebes, wenn sie von dem Unternehmer des Fabrik- u. c. Betriebes ohne Übertragung an andere Unternehmer auf seinem Grundstücke ausgeführt werden.

#### 5. Die Verpflichtung zur Einreichung von Nachweisungen fällt weg:

a. für Kommunal-Verbände oder andere öffentliche Korporationen, wenn dieselben bezüglich aller oder einzelner Arten der von ihnen als Unternehmer ausgeführten Bauarbeiten derjenigen Berufs-Genossenschaft, welche in dem betreffenden Bezirke für die Gewerbetreibenden der betreffenden Art errichtet ist (Tiefbau-Berufs-Genossenschaft oder die betreffende Baugewerks-Berufs-Genossenschaft), durch eine von ihrem Vorstande abgegebene entsprechende Erklärung als Mitglied beigetreten sind, bezüglich derjenigen Arten von Bauarbeiten, betreffs deren die Erklärung abgegeben worden ist;

b. für Kommunalverbände oder andere öffentliche Korporationen, sofern die Landes-Centralbehörde auf deren Antrag erklärt hat, daß sie zur Übernahme der durch die Versicherung entstehenden Lasten für leistungsfähig zu erachten sind;

c. für Kommunalverbände, öffentliche Korporationen und andere Bauherren, welche regelmäßig ohne Übertragung an andere Unternehmer Bauarbeiten ausführen, wenn auf ihren Antrag von der Verwaltung der mit der Berufs-Genossenschaft verbundenen Versicherungsanstalt der Betrag der der Berechnung der Prämien zu Grunde zu legenden Arbeitslöhne und Gehälter in Pausch und Bogen festgesetzt worden ist (§ 29 des Bauunfallversicherungsgesetzes).

6. Nachweisungen sind vorzulegen für Bauarbeiten jeder Art, also für Maurer-, Zimmer-, Dachdecker-, Steinhaner-, Brunnenarbeiten, Tüncher-, Verputzer-, (Weißbinder-), Gypser-, Stuckateur-, Maler- (Anstreicher-), Glaser-, Klempner- und Lachterarbeiten bei Bauten, für die Ausrüstung, Abnahme, Verlegung und Reparatur von Blizableitern, für Schreiner- (Tischler-), Einseher-, Schlosser- und Anschlägerarbeiten bei Bauten, für Eisenbah-, Kanal-, Wege-, Strom-, Deich-, Meliorations-, Entwässerungs-, Bewässerungs-, Drainirungs- und andere Erd-Bauarbeiten, für Ofensezzen, Tapezieren (Tapetenankleben), Stubenbohnen, Ausrüstung, Abnahme und Reparatur von Wetterrouleaus, (Marquisen, Faloufien) u. c.

7. Wenn ein Baugewerbetreibender eine Bauarbeit aus führt, welche zu seinem gewerbsmäßigen Betriebe nicht gehört,

auch nicht zu demselben in dem Verhältnisse eines Nebenbetriebes (§ 9 Absatz 3 des Unfallversicherungsgesetzes bzw. § 9 Absatz 2 des Bauunfallversicherungsgesetzes) steht, so ist bezüglich dieser Bauarbeit eine Nachweisung ebenso einzureichen, als wenn ein Nichtgewerbetreibender eine Bauarbeit ausführt. Es ist also z. B. eine Nachweisung vorzulegen, wenn ein Bauschlosser im Regie betriebe für sich ein Wohnhaus errichtet.

8. Eine Nachweisung ist nicht einzureichen bezüglich solcher Bauarbeiten, welche eine Privatperson für ihre Rechnung (als Unternehmer) allein und ohne Gehilfen und sonstige Arbeiter ausgeführt hat. Dagegen ist eine Nachweisung einzureichen, wenn bei der Ausführung einer Bauarbeit ein Familienangehöriger des Unternehmers als Gehilfe oder sonstiger Arbeiter beschäftigt war, mit Ausnahme der Chefrau, welche niemals als eine von ihrem Ehemanne beschäftigte Arbeiterin gilt. Im Uebrigen ist die Pflicht zur Einreichung der Nachweisungen weder von der Zahl der bei der Ausführung der Bauarbeit beschäftigten Arbeiter, noch von der Art der Ausführung (Handbetrieb, Motorenbetrieb u. c.) abhängig.

9. Zur Einreichung der Nachweisung verpflichtet ist der Unternehmer der Bauarbeit oder sein gesetzlicher Vertreter.

Als Unternehmer im Sinne des Bauunfallversicherungsgesetzes gilt bei Bauarbeiten, welche nicht in einem gewerbsmäßigen Baubetriebe ausgeführt werden, Derjenige, für dessen Rechnung dieselben ausgeführt werden.

Für die Verpflichtung zur Einreichung der Nachweisungen ist es an sich ohne Bedeutung, ob der Unternehmer eine physische oder eine juristische Person, ein Kommunalverband oder eine Privatperson ist.

10. Die Einreichung der Nachweisungen hat vom 1. Januar 1888 ab zu erfolgen, d. h. es sind erstmalig für die im Monat Januar 1888 ausgeführten Bauarbeiten Nachweisungen einzurichten. Die Einreichung muß längstens binnen drei Tagen nach Ablauf des Monats, also für die im Monat Januar ausgeführten Bauarbeiten längstens bis zum 3. Februar einschließlich, geschehen.

11. Wenn der dritte Tag eines Monats ein Sonntag oder allgemeiner Feiertag ist, so endigt die Frist zur Vorlegung der Nachweisung für die im vorhergehenden Monat ausgeführten Bauarbeiten mit Ablauf des nächstfolgenden Werktages.

12. Wenn eine einzelne Bauarbeit, zu deren Ausführung mehr als sechs Arbeitstage tatsächlich verwendet werden, sich über zwei Monate erstreckt und auf den ersten Monat nur sechs oder weniger als sechs Arbeitstage entfallen, so ist für den ersten Monat keine Nachweisung vorzulegen. Dagegen sind in die Nachweisung für den zweiten Monat die sämtlichen auf die Ausführung der Bauarbeit bis dahin verwendeten Arbeitstage, sowie die sämtlichen von den Versicherten dabei verdienten Löhne und Gehälter aufzunehmen.

Zum Beispiel: ein Privatmann läßt durch einen Dachdecker gesellen, welcher gerade außer Arbeit steht, das Dach seines Hauses umdecken. Die Arbeit, welche acht Arbeitstage in Anspruch nimmt, wird am 30. Januar 1888 begonnen und — da der 5. Februar 1888 ein Sonntag ist — am 7. Februar beendet. In diesem Falle ist für den Monat Januar keine Nachweisung vorzulegen; dagegen ist eine solche für den Monat Februar einzurichten und sind in derselben die sechs Arbeitstage, welche im Monat Februar auf die Ausführung des Dachumdeckens verwendet worden sind, und die zwei Arbeitstage des Monats Januar nebst allen von den Versicherten hierbei verdienten Löhnen und Gehältern aufzuführen.

Wenn dagegen eine Bauarbeit sich über zwei Monate erstreckt, in jedem Monat aber mehr als sechs Arbeitstage zu ihrer Ausführung verwendet werden sind, so ist für jeden dieser Monate eine besondere Nachweisung rechtzeitig einzurichten. Gesetzt z. B., die oben aufgeführte Arbeit des Dachumdeckens hätte vierzehn

Arbeitstage erforderd und vom 24. Januar bis 8. Februar 1888 gewährt, so müßte für die im Monat Januar auf die Ausführung verwendeten sieben Arbeitstage spätestens am 3. Februar eine Nachweisung eingereicht werden, desgleichen für die im Monat Februar verwendeten sieben Arbeitstage spätestens am 3. März. In der Nachweisung für den Monat Januar wäre auf Seite 1 des Formulars die Frage g mit „Nein“ zu beantworten; dagegen wären in der Nachweisung für den Monat Februar auf Seite 1 des Formulars die Fragen e, f und g mit „Ja“ zu beantworten.

Gleiches gilt, wenn eine Bauarbeit sich über zwei Monate erstreckt und im ersten Monat mehr als sechs, im zweiten Monat nur sechs oder weniger als sechs Arbeitstage zu ihrer Ausführung verwendet werden. In diesem Falle ist nicht nur für den ersten Monat, sondern auch für den zweiten, obgleich in diesem, für sich allein genommen, nicht mehr als sechs Arbeitstage verwendet worden sind, eine Nachweisung vorzulegen. In der Nachweisung für den zweiten Monat ist hierbei durch Bejahung der auf Seite 1 des Formulars unter lit. e gestellten Frage ersichtlich zu machen, daß die Bauarbeit, auf deren Ausführung im zweiten Monat Arbeitstage verwendet wurden, eine schon im vorvergangenen Monat begonnene, im Ganzen mehr als sechs Arbeitstage erfordernde Bauarbeit war. Wenn z. B. die mehrertwähnte Arbeit des Dachumdeckens am 20. Januar 1888 begonnen und am 4. Februar geendigt hätte, so wäre der Unternehmer verpflichtet, für die im Monat Januar auf die Ausführung verwendeten zehn Arbeitstage (und den hierauf treffenden Lohn) spätestens am 3. Februar eine Nachweisung einzureichen und für die im Monat Februar hierauf verwendeten vier Arbeitstage spätestens am 3. März eine weitere Nachweisung vorzulegen.

13. Für die einzureichenden Nachweisungen ist das oben abgedruckte Formular zu benutzen.

Eine Nachweisung ist nur vorzulegen für diejenigen Monate, in welchen Bauarbeiten stattgefunden haben.

14. In der Nachweisung sind die in dem betreffenden Monat bei Ausführung der Bauarbeit verwendeten Arbeitstage (einschließlich der halben und Viertels-Arbeitstage) anzugeben, desgleichen die von dem Versicherten hierbei verdienten Löhne und Gehälter.

Wenn die Arbeiter nicht nach Tagelöhnen, sondern nach einer Akkordsumme bezahlt wurden, so ist der verdiente Lohn nach Maßgabe der in jedem Monat auf die Ausführung verwendeten Arbeitszeit zu berechnen und in die Nachweisung des betreffenden Monats einzustellen.

In die Nachweisungen sind die von den Versicherten verdienten Löhne und Gehälter voll einzusezen, auch wenn sie den Betrag von vier Mark für den Arbeitstag übersteigen.

Als Gehalt oder Lohn gelten auch Tantiemen und Naturalbezüge, letztere nach Ortsdurchschnittspreisen berechnet.

Die Arbeitstage, Löhne und Gehälter der bei den Bauarbeiten beschäftigten Betriebsbeamten, deren Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 2000 Mark übersteigt, sind in die Nachweisungen nicht aufzunehmen.

15. In den Nachweisungen sind der Gegenstand der Bauarbeit und die Art des Betriebes genau zu bezeichnen, insbesondere ob derselbe lediglich ein Handbetrieb ist oder unter Benutzung elementarer Kräfte (Wind, Wasser, Dampf, Gas, heiße Luft etc.) erfolgt.

Wenn bei der Ausführung einer Bauarbeit mehrere Arten (Kategorien) von Bauarbeiten vertreten waren — z. B. bei der Ausführung eines Schuppens fanden Maurer-, Zimmer- und Dachdeckerarbeiten statt —, so sind die sämtlichen Arten anzugeben, und, wenn möglich, für jede Art die verwendeten Arbeitstage und die verdienten Löhne getrennt aufzuführen. Ist letzteres nicht angängig, so ist die Hauptkategorie besonders hervorzuheben.

16. Die Nachweisung ist der von der Zentralbehörde bestimmten zuständigen Behörde vorzulegen, in deren Bezirk die Bauarbeit ausgeführt wurde.

Für jedes einzelne Bauobjekt ist eine besondere Nachweisung einzureichen.

17. Ist der Unternehmer einer Bauarbeit zweifelhaft, ob er eine Nachweisung vorzulegen habe, so wird derselbe gut thun, die Einreichungsfrist nicht unbemüht verstreichen zu lassen, wenn er sicher sein will, den aus der Nichteinreichung einer vorzulegenden Nachweisung sich ergebenden Nachtheilen zu entgehen. Hierbei bleibt ihm unbenommen, in der Spalte „Bemerkungen“ die Gründe anzugeben, aus denen er seine Verpflichtung zur Einreichung einer Nachweisung bezweifelt.

18. Schließlich werden die beteiligten Unternehmer noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn sie die vorgeschriebene Nachweisung nicht rechtzeitig oder nicht vollständig einreichen, die von der Landes-Zentralbehörde bestimmte Behörde die Nachweisungen nach ihrer Kenntniß der Verhältnisse selbst aufzustellen oder zu ergänzen hat. Sie kann zu diesem Zweck die Verpflichteten zu einer Auskunft innerhalb einer zu bestimmten Frist durch Geldstrafen bis zu eihundert Mark anhalten.

Ferner können Unternehmer, welche den ihnen obliegenden Verpflichtungen in Betreff der Einreichung der Nachweisungen nicht rechtzeitig nachkommen, mit einer Ordnungsstrafe bis zu dreihundert Mark belegt werden, und endlich können gegen Unternehmer Ordnungsstrafen bis zu fünfhundert Mark verhängt werden, wenn die von ihnen eingereichten Nachweisungen unrichtige thatsächliche Angaben enthalten.